

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Band: 195 (2017)

Artikel: Die GGG im 20. Jahrhundert : die Bedeutung der "Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige" im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Basel
Autor: Braunschweig, Sabine
Kapitel: 3: Unter dem Patronat der GGG
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006772>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

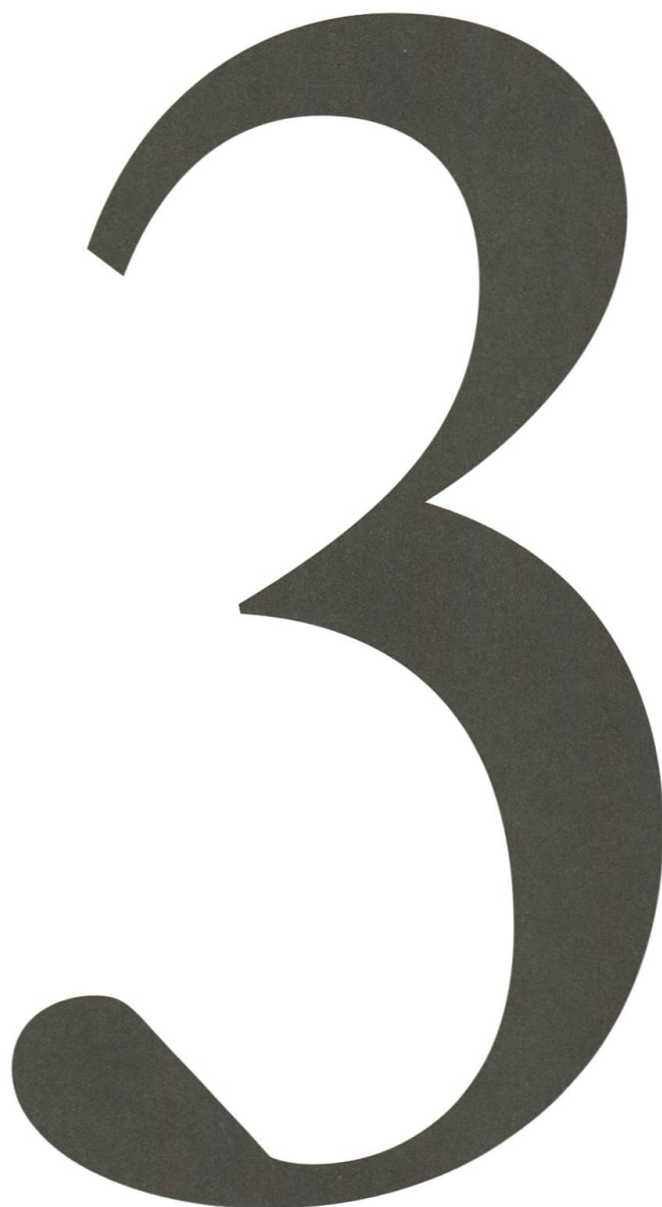
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Teil III:
Unter dem Patronat der GGG



Einleitung

Zwar veränderten sich die Schwerpunkte der GGG im Verlauf ihrer Entwicklung, doch sie unterstützt nach wie vor A-, B- und C-Organisationen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und Soziales. 1984 fragte Vorsteher Werner Meyer in seiner Schlussrede, ob angesichts von «Umweltschutz, Drogensucht, Zukunftsangst, Orientierungslosigkeit, Überalterung und Freizeitbeschäftigung» die Tätigkeitsfelder angepasst werden müssten.¹ Doch keine der Aktivitäten der GGG würde «völlig neben den Bedürfnissen unserer Zeit» liegen. Einige Organisationen seien eingegangen wie der 1878 gegründete Kirchenchor St. Theodor, der formell aufgelöst wurde. «Man mag das bedauern, aber so wenig wir aus unserer Altstadt ein denkmalgepflegtes Freilichtmuseum machen dürfen, so wenig können wir Vereinigungen, die in Form und Zweck überholt sind, als kosmetisch hergerichtete Mumien der Nachwelt überliefern.»

Im Folgenden werden einige Institutionen und Projekte vorgestellt, die im Verlauf des letzten Jahrhunderts von der GGG ins Patronat aufgenommen, aus dem Patronat wieder entlassen, in eine Stiftung umgewandelt oder beendet und abgeschlossen wurden. Die Auswahl fiel auf Einrichtungen, von denen heute kaum oder gar nicht mehr bekannt ist, dass sie zum Netzwerk der GGG gehörten wie etwa das Merian-Iselin-Spital oder der Verein der Jugendherbergen, auf Institutionen, die als Antworten auf brennende politische Fragen gegründet wurden wie die GGG Migration oder das Projekt educomm, und auf Projekte, die während einer gewissen Zeit wichtig waren, aber dann aus verschiedenen Gründen zum Erliegen kamen, wie die Schülergärten, und heute in neuer Form mit anderer Trägerschaft unter modernem Namen wiederaufleben. Schliesslich wird auf die GGG Kurse und die GGG Stadtbibliothek eingegangen, zwei der ältesten heute noch bestehenden Gründungen. Die Auswahl gibt einen Einblick in die Vielfalt der GGG und zeigt, welchen Stellenwert sie in der städtischen Gesellschaft und der Finanzierung von gesellschaftlich notwendigen Bereichen hat. Es wird sichtbar, wie stark die GGG in Basel verwurzelt ist und welchen Einfluss sie auf zahlreiche relevante Themen hat.

Im Zentrum stehen Fragen nach der Beziehung dieser Organisationen zur GGG, nach besonderen, unerwarteten Wendepunkten, nach Erfolg und Misserfolg. Nicht die Entwicklung der jeweiligen Institution an und für sich steht im Fokus, sondern Schlüsselmomente, die illustrieren, wie die GGG «arbeitet», wie sie Initiativen ergreift oder aufnimmt, wie sie Entscheidungen trifft, wie sie funktioniert. Dabei zeigte sich Meyer zufolge,

dass Ideen und Impulse des Vorstandes oft auf wenig Echo stiessen und im Sand verliefen. «Den innovativen und kreativen Möglichkeiten des Vorstandes sind durch die finanziellen Rahmenbedingungen von vornherein enge Grenzen gesetzt», weshalb die GGG für zusätzliche Aktivitäten auf externe Trägerschaften angewiesen sei.²

Ein Projekt wird vorgestellt, das Schiffbruch erlitten hat. Doch insgesamt ist die GGG eine Erfolgsgeschichte, wie die zahlreichen, weit über hundert unterstützten Projekte und Organisationen belegen.

GGG Kurse

Die GGG Kurse, die zu den ältesten noch bestehenden Institutionen der GGG gehören und mit dem Gründungsjahr 1784 nur wenig jünger sind als die GGG selbst, konnten sich in ihrer Entwicklung stets den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen anpassen. Sie wurden weder jemals grundsätzlich in Frage gestellt noch wurden ihre Auflösung oder ihre Übernahme durch den Staat diskutiert. Sie waren als Papiererschule entstanden in einer Zeit, als es noch keine allgemeine Schulpflicht gab. An ihr wurden Kinder, die in den Papiermühlen im St. Albantal beschäftigt waren, täglich zwei Stunden in Lesen und Schreiben unterrichtet.³ Später wurde die Fabrik-schule auch für junge Arbeiter anderer Industrie- und Manufakturbetriebe geöffnet. Als 1838 die Schulpflicht eingeführt wurde, wandelte sie sich in eine Repetierschule für männliche Jugendliche ab dem 13. Altersjahr, die ihr Schulwissen vertiefen wollten. Solche Repetierschulen gab es schon im 18. Jahrhundert in vielen Kantonen.

1879 nahm die Repetierschule in Basel erstmals wieder junge Frauen auf, die allerdings getrennt von den Männern unterrichtet wurden. Es zeigte sich, dass «Mädchen im Ganzen den gewissenhafteren und fleissigeren Teil der Jugend bilden» und die Mehrzahl der Teilnehmenden ausmachten, während männliche Jugendliche, denen ein grösseres und vielfältigeres Freizeitangebot zur Verfügung stand, sich eher sportlich betätigten oder andere Fortbildungen besuchten.⁴ Bis weit ins 20. Jahrhundert wurden weibliche und männliche Jugendliche getrennt unterrichtet, Erstere im Steinenschulhaus oder in der Töchterschule, Letztere im Schulhaus zur Mücke. Diese Geschlechtertrennung entsprach auch der Regelung in der Volksschule.

Schon früh standen Fremdsprachen im Zentrum des Programms. Weil die öffentliche Schule «nur sprachbegabte Schüler» so förderte, dass sie bei Schulaustritt eine zweite Landessprache schriftlich und mündlich beherrschten, war es das Ziel der Repetierschule, Erwachsenen Französisch, Englisch und Italienisch zu lehren. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen nach Bedarf weitere Sprachen hinzu, wie etwa Alt- und Neugriechisch, Arabisch, Ivrit (modernes Hebräisch), Latein, Russisch, Schwedisch, Spanisch und Portugiesisch. 1950 wurden 53 Sprachkurse angeboten. Im Sommer waren 425 und im Winter 410 Interessierte eingeschrieben.⁵ 2010 waren es rund 1600 Studierende in über 200 Kursen, die in 16 Fremdsprachen sowie in Baseldeutsch und Deutsch für Fremdsprachige unterrichtet wurden.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war neben der seit 1919 an der Universität Basel eröffneten Volkshochschule noch weitere Konkurrenz zur Repetierschule entstanden. Seit 1944 vermittelte die Migros mit den Klubschulen preisgünstige «Bildung für alle», und auch die Gewerkschaften führten eigene Sprachkurse ein.

Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, modernisierte sich die Institution, nannte sich ab 1954 GGG-Abendkurse und bot neben den Sprachkursen für Einzelpersonen und Firmen auch kulturelle Kurse an. So führte etwa Edibert Herzog einen Musikkurs über Instrumente des Barock durch.⁶ Überdies wurden Stadt- und Museumsführungen ins Programm aufgenommen, nachdem die 1904 gegründete Kommission für Führungen durch die Museen und Sammlungen aufgehoben worden war.⁷ Auch der stadtbekannte Historiker und Lehrer Markus Fürstenberger gab in Stadtrundgängen vielen Gruppen seine detaillierten Kenntnisse über die Stadtgeschichte weiter. Die künstlerischen und kulturellen Themen stiessen Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre auf Anklang und entsprachen der Haltung der GGG, angesichts der Arbeitszeitverkürzung «Wege für eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu weisen». Das «Freizeitproblem der Erwachsenen» wertete sie als typische Folge der Hochkonjunktur.⁸

Die Kulturkurse entwickelten sich aber nicht zu einem tragenden Standbein. Zwar wurde 1994 nochmals ein Versuch gemacht, indem man etwa ein Seminar zur Lektüre von historischen Quellen sowie Kochkurse anbot, aber das Interesse blieb gering, und die Kosten waren hoch. So entschied die Kommission der GGG-Abendkurse, sich auf die Sprachkurse zu konzentrieren.

Im Hinblick auf das neue Jahrtausend wurde der Name in GGG Kurse geändert. Seit 1994 finden nämlich erneut Tageskurse statt. Nach einem früheren Versuch, der wegen eines ungünstig gelegenen Kurslokals abgebrochen worden war, hatte man diese nun wieder aufgenommen. Man stellte fest, dass gerade ältere und pensionierte Menschen lieber tagsüber Kurse besuchen, während die Jungen vor allem abends Zeit haben. Das Segment zwischen 30- und 50-Jährigen ist eher untervertreten.

Die Abendveranstaltungen finden seit je in Schulhäusern statt, früher in der Mücke, im Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium (MNG) und im Realgymnasium (RG) und heute im De Wette-Schulhaus, dem ehemaligen MNG. Für die Tageskurse mussten anderweitig Räume gesucht werden. Das Gemeindezentrum Winkelriedplatz / Lukaskirche der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt etwa erwies sich schnell als ungünstig, weil der Raum mit einer Fahrschule geteilt werden musste. Vor Stundenbeginn hatten die Kursteilnehmenden jeweils den Unterrichtsraum einzurichten und etwa die Markierungspfeile und andere Gegenstände des Fahrunterrichts wegzuräumen.

Auf der Suche nach geeigneten Räumen wurde man schliesslich an der Eisengasse 5 fündig, als sich die Buchhandlung Wepf verkleinerte und

nicht länger benötigte Stockwerke zu vermieten begann. Heute stehen dort elf Unterrichtsräume und Büros für die Administration zur Verfügung. Die räumliche Erweiterung war auch nötig geworden, als die «Coop Freizeitkurse» aufgelöst wurden und die GGG Kurse 1996 zahlreiche Sprachkurse mit Teilnehmenden und Lehrpersonal integral übernehmen konnten.

Der GGG war es immer ein Anliegen, auf gesellschaftliche Bedürfnisse einzugehen und Kurse niederschwellig anzubieten. So waren die Kurse «Deutsch für Fremdsprachige» in den 1960er Jahren explizit an ausländische Arbeitskräfte gerichtet, die wegen des enormen Personalmangels in der Hochkonjunktur in die Schweiz geholt wurden. «Eines ist jedoch sicher, dass wir uns dieser eminent wichtigen Aufgabe, die ausländischen Arbeitskräfte an unsere Gesellschaft anzupassen, nicht verschliessen dürfen. Wer sonst könnte sich dieses Problems annehmen, wenn nicht die GGG?», fragte Kommissionspräsident Andreas Meier 1968.⁹

Die Kurse sind günstig und ermöglichen auch sozial wenig bemittelten Schichten den Besuch. In einzelnen Fällen werden Kursgelder für Erwerbslose, Asylsuchende oder Auszubildende auch ermässigt oder ganz erlassen – dank dem Zuschuss aus der GGG-Zentralkasse.

Um staatliche Subventionen haben die GGG Kurse nie ersucht, wie Leiter Anatol Schenker mitteilt. «Wir wollen unabhängig bleiben, damit wir kurzfristig auf aktuelle Fragen reagieren können.»¹⁰ Weil keine Prüfungen durchgeführt werden, müssen die Kurse weder fachliche Auflagen erfüllen noch bestimmte Standards erreichen. Viele der Kursbesucherinnen und -besucher wollen ihre Sprachkenntnisse für Ferien und Auslandsaufenthalte verbessern, andere schätzen die sozialen Kontakte, etwa die Au-pair-Mädchen, die dort Kolleginnen treffen, mit denen sie nachher in den Ausgang gehen. In den letzten Jahren besuchen vermehrt auch hochgebildete Arbeitskräfte aus südlichen Ländern wie Italien, Portugal und Spanien die Deutschkurse in der Hoffnung, dass sie mit besseren Deutschkenntnissen eine adäquate Stelle finden. Die Lehrkräfte sind fachlich sehr gut ausgebildet, wobei kein Lehrdiplom verlangt wird. Es sind entweder Studierende im Masterstudium oder (früh-)pensionierte Sprachlehrerinnen und -lehrer, die gerne mit einem reduzierten Pensum weiterarbeiten wollen.

Mit den Sprachkursen fördert die GGG die Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Stadt. Im Leitbild der GGG Kurse heisst es denn auch: «Sprachen sprechen und verstehen erleichtert persönliche Kontakte im Alltag, fördert den Durchblick im Studium, ermöglicht die Weiterentwicklung im beruflichen Umfeld, schafft Vertrauen im Umgang mit Amtsstellen und führt beim Reisen zu bereichernden Erlebnissen.»¹¹

Während sich die GGG Kurse als die älteste Institution mit dem Sprachenangebot an Erwachsene richten, nimmt sich eine der jüngsten A-Organisationen, die educomm, mit Französisch-Unterricht der Schulkinder an.

GGG Stadtbibliothek Basel

Die GGG Stadtbibliothek Basel hat die grösste Reichweite und ist wohl die bekannteste aller GGG-Institutionen in Basel.¹² Das reicht bis zum Ausspruch «I gang in d'GGG», wenn man deren Bibliothek besucht. Das Bibliotheksnetz mit den neun Filialen, davon sieben in Basel-Stadt und zwei in Baselland, gehört zu den ältesten Bildungsprojekten der GGG.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts übernahm die GGG die 13 Filialen der 1884 gegründeten Basler Volksbibliotheken und fusionierte sie mit ihren eigenen Institutionen der Jugend-, Bürger- und Arbeiterbibliothek.¹³ Die Kommission der Allgemeinen Bibliotheken der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen (ABG) lud in einem Flugblatt 1903 ein zur Benützung der Freien Städtischen Bibliothek im Schmiedenhof, die nur Erwachsenen zugänglich war, und der Quartierbibliotheken, die allen Altersgruppen offenstanden. Die Ausleihe war unentgeltlich, es musste nur beim ersten ausgeliehenen Buch ein Depot von einem Franken hinterlegt werden.¹⁴ Den Benutzenden stand neben den Büchern auch ein grosses Angebot von Tageszeitungen, Wochen- und Monatszeitschriften zur Verfügung.

Der pädagogische und moralische Impetus war in Reden und Werbeprospekten unverkennbar: «Die Freie Städtische Bibliothek soll ohne Einseitigkeit dem gesamten berechtigten Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnis der hiesigen Bevölkerung dienen und es sollen daher von ihr principiell nur solche Werke ausgeschlossen sein, welche entweder streng wissenschaftlich oder ästhetisch minderwertig, unwahrhaft oder sittlich direkt anstössig sind.»¹⁵ Zum reinen Lesevergnügen durften die Nutzerinnen und Nutzer *ein* Buch pro Monat ausleihen, bei den bildungsrelevanten Publikationen bestand keine Beschränkung. Die Sorge um die «Sittlichkeit der Jugend» war nicht nur in der Bibliothek, sondern in allen GGG-Werken, die sich der Jugend annahmen, präsent. Der «Kampf gegen den die Jugend gefährdenden Schund und Kitsch» prägte in der ersten Jahrhunderthälfte die Debatten um die Leseförderung.

Erst mit dem gesellschaftlichen Aufbruch in den 1960er Jahren, mit dem eine Demokratisierung der Bildung verbunden war, modernisierten sich die ABG. Mit der «Freihandaufstellung», die die traditionelle «Thekenbibliothek» ablöste, wurde die Ausleihe attraktiver gestaltet. Sie war den 1948 von der Migros eingeführten Selbstbedienungsläden nachempfunden und setzte sich überall durch, Jahrzehnte später auch an der Universitätsbibliothek Basel (UB). Gleichzeitig wurden die sehr kleinen Filialen zusammengeführt und in grösseren und helleren Räumen untergebracht. Man wollte «aus den düsteren, unterirdischen Lokalen in Schulhäusern herauskommen», wie die Kommunikationsverantwortliche Anne-Lise Hilty schildert.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahm die Bedeutung von Bildung und Wissensvermittlung enorm zu. Diese Entwicklung spiegelte sich im grossen Aufschwung der Bibliotheken, aber auch anderer

Bildungsinstitutionen wie der GGG Kurse und der Volkshochschulen. Neue Erkenntnisse wurden nicht mehr nur durch Bücher verbreitet, sondern auch durch «Nonbooks», wie heute der Sammelbegriff für alle neuen Medien lautet. Als die Hauptstelle Schmiedenhof nach dem verhinderten Abbruch 1976 total renoviert wieder eröffnet wurde, bot sie neu auch Spiele, Kassetten, Landkarten und Diaserien an. Ab Mitte der 1980er Jahre folgten in immer kürzeren Zeitabständen die Anschaffung von CDs, Videos, DVDs und Playstations. «Jede Einführung neuer Medien führte zu Kritik und Diskussion, galten sie doch als Gefahr fürs Bücherlesen», hält Anne-Lise Hilty fest. Doch trotz der Befürchtungen nahm die Ausleihe von Büchern nicht ab.

Eine grosse Umstellung bedeutete die Einführung der EDV ab 1990. Nicht mehr sperrige Zettelkästen, sondern Bildschirme und später das Internet ermöglichten nun die einfache und schnelle Suche nach Autorinnen und Autoren, Titeln oder Sachgebieten. Innerhalb von zwei Jahren wurden rund 240 000 Titel neu katalogisiert. Die Ausleihe wurde automatisiert und vereinfacht, so auch das Mahnwesen. (Allerdings blieben die Mahngebühren im Unterschied etwa zu jenen der Universitätsbibliothek Basel niedrig.)

Während in der Westschweiz Bibliotheken schon im 19. Jahrhundert staatlich geführt wurden, wie die Bibliothèque circulante in Genf oder später die Bibliothèque municipale in Lausanne, blieb die Allgemeine Bibliothek der GGG in privater Hand. Eine Übernahme durch den Staat, eine Verstaatlichung, wie sie bei der Musik-Akademie diskutiert wurde, war bei der GGG Stadtbibliothek nie ein Thema – weder von Seiten der GGG noch von staatlicher Seite.

Doch um eine flächendeckende Versorgung mit Leihbüchern sicherzustellen, war eine staatliche Unterstützung ab den 1930er Jahren unumgänglich. In der Wirtschaftskrise Anfang der 1920er Jahre war die ABG gezwungen, Lesesäle und einzelne Filialen zu schliessen. Um einen solchen Abbau nicht wiederholen zu müssen, erhält die GGG Stadtbibliothek seit 1931 jährliche Staatsbeiträge, die in regelmässigen Abständen im Grossen Rat verhandelt werden. In Zeiten allgemeiner Sparmassnahmen geht das nicht ohne Zwischentöne.

Ein schwerwiegender Einschnitt war das Jahr 2005, als die Filiale in Kleinhüningen geschlossen werden musste. Als Ersatz hat die GGG Stadtbibliothek die «Leseförderung Kleinhüningen» eingeführt. Im Quartiertreffpunkt finden nun rund ums Lesen Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche statt mit dem Ziel, ihre Lesemotivation und Lesekompetenz zu fördern. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der Bibliothek Bläsi und verschiedenen anderen Basler Bildungs- und Integrationsstellen.

Als weitere negative Auswirkung der Sparmassnahmen ist die GGG Stadtbibliothek seitdem verpflichtet, Betriebsbeiträge auch über Spenden zu finanzieren, was für eine städtische Bibliothek dieser Grösse in der Schweiz einmalig ist. Trotz dieser finanziellen Erschwernisse hat sie sich neu ausgerichtet: vom reinen Buchverleih zu einem Treffpunkt für Klein und Gross. Mit Kinderanimationsprogrammen wie «LeseSpass»,



[Abb. 18]
[Abb. 19]



[18, 19] Bis Anfang der 1960er Jahre liehen die Lesenden die Bibliotheksbücher an der Theke aus. Dann stellten die GGG-Bibliotheken auf eine Freihandaufstellung um.

Erstklässlerkarten, der Bücherbande und einem Kinderliteratur-Bus ist es ihr ein zentrales Anliegen, die Lesefreude schon bei den Kindern zu wecken und zu fördern. Dazu hat sie die Publikumsflächen im Schmiedenhof wie auch in mehreren Filialen deutlich vergrössert und das Angebot insbesondere an elektronischen Arbeitsplätzen erweitert.

Musik-Akademie Basel

Die Anfänge der heutigen Musik-Akademie Basel gehen auf den Wunsch zurück, das Orgelspiel und den Gemeindegesang in den Kirchen zu verbessern. Als die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft 1864 ihre Jahresversammlung in Basel abhielt, referierte der Präsident der 1809 in Basel ins Leben gerufenen GGG-Kommission für Gesang- und Orgelunterricht zum Zusammenhang von Bildung und Musik. Die engagierte Rede wurde gedruckt und verbreitet.¹⁶ Wie in anderen Städten, in denen bereits Musikschulen aufgebaut worden waren, etwa in Genf, Bern oder Lausanne, initiierte die GGG angeregt durch diesen Vortrag 1867 auch in Basel eine «Allgemeine Musikschule». Die bisherige Kommission nahm sich ihr neu als «Commission zur Musikschule» an.

Als ab 1892 die Musikschule auch Fortbildungskurse für Klavierlehrerinnen und -lehrer anbot, verschärfte sich die seit längerem bestehende Raumnot. Mit der Erwerbung der Liegenschaft zum Rosengarten an der Leonhardsstrasse 6 löste die GGG das Problem. 1903 konnte ein geräumiges Schulhaus mit einem eigenen Konzertsaal bezogen werden. Vorerst konnten nun die Elementar- und die Fortbildungskurse erweitert werden, doch die Frage des Platzbedarfs war im 20. Jahrhundert ein wiederkehrendes Thema.

Die Ausbildung von Berufsmusikerinnen und -musikern erhielt mit dem Konservatorium, dem ersten in der deutschsprachigen Schweiz, 1905 eine wichtige Förderung. Mit der Revision der Schulordnung und dem Namenswechsel wurde dem Ausbau des Musikunterrichts in Basel der Weg geebnet.¹⁷ Die GGG begrüßte die neue Institution «Musikschule und Conservatorium in Basel» mit ihrer doppelten Aufgabe: «einerseits die Hebung der musikalischen Kunst im Hause, andererseits die berufliche Ausbildung in allen theoretischen und praktischen Zweigen der Tonkunst».¹⁸ Die Musik bildete für sie einen wichtigen Pfeiler ihrer kulturellen Unterstützung. Denn es waren zahlreiche GGG-Mitglieder, die regelmässig im Musiksaal des Stadtcasinos Konzerte besuchten oder sich im Theater an Opern- und Ballettinszenierungen erfreuten. So ist es nicht erstaunlich, dass sie Wert auf qualitativ gut ausgebildete Orchestermusiker und hochkarätige Solistinnen legten.

Als sich gegen Ende des Ersten Weltkriegs die wirtschaftliche Lage für die Mehrheit der Bevölkerung verschlechterte – verschärft durch die Spanische Grippe, die Teuerung sowie die Lebensmittel- und Brennstoff-

engpässe –, waren auch die Lehrpersonen an der Musikschule und dem Konservatorium betroffen. Im Vergleich zu staatlichen Lehrkräften hatten sie sehr niedrige Löhne.

Die GGG war zwar bestrebt, den hauptberuflichen Lehrern «eine ausreichende und möglichst gesicherte finanzielle Stellung zu bieten», wobei allerdings Sorge getragen werden müsse, «der Anstalt und mittelbar der GGG nicht zu weittragende Verbindlichkeiten aufzuerlegen». ¹⁹ Dennoch wurden diese finanziellen Verpflichtungen für die GGG zum Problem.

Organisiert in einem Lehrerverband stellten die Lehrer 1917 ein Gesuch um Teuerungszulagen. Der Kommissionspräsident schrieb dem GGG-Vorstand, dass er zu seinem «Bedauern» die Forderung ablehnen müsse, weil er nicht glaube, von der GGG «eine höhere Subvention erbitten zu dürfen», zumal die GGG selbst weniger Einkünfte generiere und im Vorjahr gar von einer Mittelkürzung gesprochen habe. Er war allerdings der Ansicht, dass das Begehren wegen der bescheidenen Lohnansätze berechtigt sei. ²⁰

Als die Kommission erfuhr, dass die Lehrerschaft mit ihrem Anliegen direkt an die Regierung gelangen wollte, kam sie diesem Schritt zuvor. In einem Gespräch mit dem Regierungsrat schilderte sie ihre finanzielle Lage und drückte den Wunsch nach einer staatlichen Subventionierung aus. ²¹ Gleichzeitig begründete sie aber ihre Ablehnung einer «Verstaatlichung».

Im Auftrag des Regierungsrats erstellte das Erziehungsdepartement mit den Informationen der Kommission einen Bericht. Erziehungsrat Dr. W. Brenner-Reich teilte am 17. November 1919 mit, dass die Schulkommission der Freisinnig-Demokratischen Partei sich mit den Anstellungs- und Besoldungsverhältnissen der Lehrerschaft befasse und eine Eingabe für eine staatliche Subventionierung erwäge. Wenige Tage später machte der Lehrerverband bei der GGG-Kommission eine Eingabe mit den folgenden Postulaten: die Unterrichtsstunden müssten angemessen honoriert, eine Mindest- und Höchstzahl der Unterrichtsstunden festgesetzt sowie die Pensionsverhältnisse reguliert werden – auf der Vergleichsbasis der Gehälter der öffentlichen Schulen. Der Präsident der Kommission teilte mit, dass ihr die «materielle Besserstellung» ebenfalls am Herzen liege und dass sie sich deshalb bereits an die Regierung gewandt habe, um Subventionen zu erbitten. Gegenwärtig habe sie beschlossen, mit dem von der GGG gewährten Vorschuss die Teuerungszulagen für den Winter auf 20 Prozent zu erhöhen. ²² Allerdings war sie sich der «höchst peinlichen Unzulänglichkeit» ²³ ihrer Massnahmen bewusst.

Am 12. Dezember 1918 reichte Grossrat Dr. Ferdinand Holzach (Radikale) einen Anzug zur Verstaatlichung der Allgemeinen Musikschule ein. Die freisinnige Fraktion wollte damit dem von sozialdemokratischer Seite geplanten Vorgehen zuvorkommen.

In einem Ratschlag an das Parlament diskutierte die Regierung zunächst die Berechtigung und Zulässigkeit einer Subvention an die Musikschule. Angesichts der Bedeutung des Instituts für die Stadt befürwortete sie eine solche, lehnte aber die Übernahme der Schule durch den Staat ab, da

dieser «mit einer Beitragsleistung immer noch billiger wegkomme». Zudem fand die Regierung es wichtiger, «auf diesem Gebiet auch der privaten Initiative etwas zu überlassen». Dazu bemerkte ein Zeitungskommentator süffisant, dass die Lehrerschaft «mit dieser privaten Initiative wenig erfreuliche Erfahrungen gemacht» habe, «um die geringsten Verbesserungen [...] hart kämpfen und eigentlich betteln» müsse.²⁴ Der Ratschlag verglich im weiteren die Gehälter der Lehrer an den mittleren und oberen Schulen mit denjenigen der Musikschule und war sich klar, dass die vorgeschlagene Subvention von 25 000 Franken den nötigen Finanzbedarf von 55 000 Franken nicht deckte. Es sei aber nicht notwendig, die Lehrer der Musikschule den staatlichen gleichzustellen, da sie zusätzlich mit Privatstunden und Konzerten weitere Einnahmen erzielen könnten. Der genannte Berichterstatter zerpfückte diese Vorschläge nach Strich und Faden: Es sei «ungerecht und unsittlich, eine zu niedrige Bewertung einer Arbeitsleistung mit dem Hinweis auf Nebenbeschäftigung zu beschönigen oder gar zu begründen».

Schliesslich wurde der Ratschlag im Grossen Rat debattiert. Ferdinand Holzach, der Befürworter einer staatlichen Übernahme, begründete seinen Anzug mit der prekären Situation der Musikschule. Wenn der Staat schon «helfend einspringen» müsse, warum solle er dann das Institut nicht gleich übernehmen? Sein Parteikollege Gustav Brändlin beantragte Nichteintreten, da «der Staat sich nicht auch noch in den Kunstbetrieb einmischen sollte, dem die Politik möglichst fernzuhalten» sei. Auch weitere Grossräte traten für eine Trennung von Staat und Kunst ein und wiesen auf die Gefahr hin, dass der Staat einmal angestellte Lehrer ohne Lehrerfolg behalten müsse. Es sei keine Staatsaufgabe, «Tausende von Kindern zu schlechtem Klavierspiel zu erziehen, um die Mitmenschen zu ärgern und ein musikalisches Proletariat heranzuzüchten», meinte der Liberale Dr. Wilhelm Vischer-Iselin, und ergänzte, dass auch unbemittelte musikbegabte Kinder Gelegenheit zu einer Ausbildung finden könnten. Regierungsrat Fritz Hauser äusserte «schwerwiegende, namentlich finanzielle Bedenken», erachtete etwa die Verstaatlichung des kaufmännischen Unterrichts «für unendlich viel dringender» und vermerkte mit einem Seitenhieb auf die GGG, dass sie sich ihrer Pflicht gegenüber der Musikschule wieder mehr bewusst werden müsse. Schliesslich wurde der Anzug zur Prüfung überwiesen.

In der weiteren Debatte ging es um die Höhe des Staatsbeitrags. Während die Regierung 25 000 Franken vorschlug, beantragte der Radikale Dr. Victor Emil Scherer angesichts der Notlage der Lehrerschaft 40 000 Franken. Regierungsrat Hauser kritisierte den Lehrerverband, der am Tag zuvor direkt an den Grossen Rat gelangt sei, anstatt das Gespräch mit der Regierung zu suchen.

Der Sozialist Walter Strub war zwar mit dem höheren Betrag einverstanden, verlangte aber eine stärkere staatliche Vertretung in der Musikschulkommission. Regierungsrat Max Wullschleger hielt fest: «Die allgemeine und die Berufsbildung ist ein Staatsinteresse, die Heranbildung musikalischer Dilettanten [Laien] nicht.» Der wunde Punkt der

Musikschule sei, dass sie von Musikern ohne Verwaltungskenntnisse geleitet werde, meinte Regierungsrat Hauser und verwies auf die Möglichkeit eines Nachtragskredits, wenn der Betrag von 25 000 Franken nicht ausreiche.

Abschliessend wurde die ganze Vorlage mit grosser Mehrheit angenommen. So erhielt die Musikschule mit dem Konservatorium ab 1919 jährliche Staatsbeiträge. Neu nahmen zwei staatliche Vertreter Einsitz in der Kommission. Die Einnahmen der Musikinstitution setzten sich nun aus Beiträgen des Staats und der GGG sowie aus Schulgeldern und Konzerteinnahmen zusammen und führten so zu einem finanziellen Gleichgewicht.²⁵

Weitere Verbesserungen für die Musiklehrer und -lehrerinnen wurden mit der Einführung einer Pensionskasse erreicht, die nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Personalfürsorgestiftung umgewandelt wurde, in die die GGG jährlich einen Beitrag überwies.

Von grosser Tragweite für Musikschule und Konservatorium war ihre Verselbständigung Anfang der 1950er Jahre. Im GGG-Vorstand waren grundsätzliche Überlegungen über die Zukunft der eigenen Werke zur Sprache gekommen. Das Alter der GGG sei ein Problem: Die Macht der Gewohnheit, die das Altbewährte erhält, könne auch zur Erstarrung führen. Das grosse Erbe bedeute nicht nur Reichtum, sondern auch Belastung, schrieb Vorsteher Dr. Gustav Grossmann-Koechlin im Jahresbericht 1950.²⁶ Von den über hundert Organisationen unterstützte die GGG mehr als sechzig mit regelmässigen Beiträgen. Doch diese Zersplitterung ihrer Mittel behagte ihr nicht mehr. So begann sie aus finanziellen Gründen, Anschlussgesuche ihrer Institutionen nur noch zurückhaltend zu bewilligen oder gar abzulehnen, und glaubte, dass durch eine gezielte und grosszügige Unterstützung einzelner Projekte eine grössere Wirkung erreicht werden könne.

Überdies waren gewisse Institutionen so gross und komplex geworden, dass sie den Rahmen der ehrenamtlichen Arbeitsweise der GGG zu sprengen begannen. Dies war bei Musikschule und Konservatorium eindeutig der Fall. Bisher besass dieses Bildungsinstitut keine eigene Rechtspersönlichkeit, weshalb der GGG-Vorstand die Idee einer Verselbständigung beriet, um die rechtliche Situation für beide Seiten zu vereinfachen.²⁷ Musikschule und Konservatorium zeigten grosses Interesse daran. Den Entwurf zur Stiftungsurkunde, der in den verschiedenen Gremien diskutiert wurde, verfasste das Justizdepartement.²⁸ Nach Verhandlungen wurde beschlossen, dass die GGG der neuen Stiftung das Vermögen widme, das durch die Musikschule repräsentiert wurde, ohne dass sich dadurch die Betriebsrechnungen der Musikschule und der GGG ändern sollten. Für den Fall einer Zweckentfremdung des Stiftungsvermögens oder eines Verkaufs der Liegenschaft liess sich die GGG einen grösseren Teil des Vermögens in Form einer zinslosen Hypothek sicherstellen. Am 5. Juli 1951 stimmte die Mitgliederversammlung der GGG als oberste Instanz dem Beschluss zu, «Musikschule und Konservatorium in eine Stiftung zu verselbständigen».²⁹ Mit dieser Umstrukturierung erhofften sich die Verantwortlichen mehr Handlungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben gemäss dem

doppelten Zweck der Stiftung, «1. den weitesten Kreisen Musikunterricht durch qualifizierte Lehrkräfte zu ermöglichen (Musikschule), 2. die berufliche Ausbildung in allen praktischen und theoretischen Zweigen der Tonkunst zu vermitteln (Konservatorium)» (§ 2).

«Die GGG hatte das von ihr gehegte Lieblingskind weitgehend aus ihrer Obhut entlassen», folgerte Hans Oesch in der Festschrift 1967. Ihr standen noch zwei Delegierte im Stiftungsrat zu.

Durch die Errichtung einer Stiftung wurde verhindert, dass die immer stärker von öffentlichen Geldern gespeiste Institution an den Staat überging. Der Grosse Rat bewilligte indessen in seiner Sitzung vom 25. Mai 1952 eine massive Erhöhung der staatlichen Subvention.

Die rechtliche Verselbständigung ermöglichte und vereinfachte die inhaltliche und künstlerische Erweiterung der Institution. An einer zukunftssträchtigen Sitzung vom 27. Mai 1953 stimmten alle Verantwortlichen der Fusion von «Musikschule und Konservatorium Basel» mit der 1933 von Paul Sacher gegründeten «Schola Cantorum Basiliensis (SCB)» zu.

Mit dem neuen Namen «Musik-Akademie der Stadt Basel» war eine Musikinstitution entstanden, die «das ganze abendländische Musikschaffen in Lehre und Praxis umfasst und die weitherum ihresgleichen suchen dürfte», wie es im Ratschlag der Regierung an den Grossen Rat hiess. Damit die Vereinbarung rechtskräftig werden konnte, wurde sie vom Parlament am 10. Dezember 1953 angenommen. In den folgenden Jahrzehnten gewann das Institut internationale Bedeutung und führte viele talentierte Musikstudierende nach Basel.

Die GGG unterstützte die Musik-Akademie fortan mit einem Beitrag an den Schulbetrieb und einem Beitrag an die 1966 errichtete Personalfürsorgestiftung.³⁰ Punktuell hiess sie auch einzelne Finanzgesuche gut oder zeigte sich bei besonderen Aktivitäten grosszügig. So half sie bei notwendigen Umbauten mit Darlehen aus, stiftete etwa einen Brunnen zur abgeschlossenen Gebäuderenovation 1956, gab anlässlich ihres eigenen Jubiläums 1977 einen Musikführer durch die Stadt Basel heraus und übernahm eine Defizitgarantie für die «Woche der Alten Musik», die die Abteilung Schola Cantorum Basiliensis zu ihrem 50-Jahr-Jubiläum 1983 durchführte.³¹ Gelegentlich unterstützte die GGG auch die Kammerkunst Basel als konzertierendes Forum der Musikschullehrkräfte.³² Durch ihre zwei Delegierten nahm die GGG im Stiftungsrat weiterhin Anteil an der Entwicklung der Musik-Akademie.

Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge

Als die Eröffnung der Schule für Sozialarbeit Basel am 20. Oktober 1971 in der Waisenhauskirche gefeiert wurde, war eine langjährige Vorberei-

tungszeit zu einem erfolgreichen Ende gekommen. Dabei hatte die GGG in vielfältiger Weise Unterstützung geleistet. Während in Freiburg, Genf, Luzern und Zürich bereits Schulen für Sozialarbeit bestanden, die Fachleute für die offene Fürsorge ausbildeten, gab es in Basel noch keine Ausbildungsstätte. Hingegen war die Ausbildungssituation für die geschlossene Fürsorge, die stationäre Betreuung von Kindern, Jugendlichen und beeinträchtigten Erwachsenen in Heimen, in Basel recht gut.³³

Die auf der Vormundschaftsbehörde angestellte promovierte Juristin Marguerite Gigon beklagte seit längerem den Mangel an fachlich gut ausgebildeten Sozialarbeitern und Fürsorgerinnen. Das fehlende qualifizierte Personal stellte in den sozialen und pflegerischen Bereichen in der Nachkriegszeit ein wachsendes Problem dar. Den Jahresberichten der Zürcher Schule für Sozialarbeit zufolge konnten zu Beginn der 1960er Jahre nicht einmal die Hälfte der Stellenausschreibungen mit ausgebildeten Kräften besetzt werden.³⁴ Als in Zürich die Arbeitsbedingungen von Sozialarbeitenden verbessert wurden, konnte Basel auch nicht mehr mit höheren Löhnen Schulabsolventinnen aus Zürich abwerben.

So wurde Gigon selbst aktiv. Ihr schwebte die Idee einer Aus- und Weiterbildungsinstitution vor, die nicht nur Sozialtätige für die unterschiedlichen Berufsfelder qualifizierte, sondern auch Forschung betrieb. Eine Umfrage bei verschiedenen Institutionen und Ämtern hatte den Bedarf deutlich ausgewiesen. Mit ihrem Privatvermögen von 25 000 Franken errichtete sie die «Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge», die im April 1964 verkündet und im Handelsamtsblatt publiziert wurde.³⁵ Der Zweckartikel lautete «Förderung der Forschung und der Ausbildung in den Wissensgebieten, die zur sozialen Arbeit gehören». Schon im Oktober 1963 hatte sie mit Gleichgesinnten das Pilotprojekt eines dreijährigen «Berufsbegleitenden Ausbildungskurses für im Amte stehende Sozialarbeiter» gestartet. Auf diesen inhaltlichen, personellen und finanziellen Erfahrungen wurde in der Folge aufgebaut.

Um die Finanzierung abzusichern, reichte Gigon Ende Juni 1964 ein Unterstützungsgesuch bei der GGG ein, die in der Vergangenheit bereits Bildungsprojekte initiiert und begleitet hatte. Doch in den 1960er Jahren tauchten im GGG-Vorstand Zweifel auf, ob Ausbildungsfragen noch ins Feld von privaten Trägerschaften gehörten. Waren solche Berufsbildungsprojekte nicht vielmehr staatliche Aufgaben, die mit öffentlichen Geldern finanziert werden sollten?³⁶ Wenn sie privat organisiert würden, müssten sie dann nicht selbsttragend sein? Trotz der Skepsis übernahm der zuständige Ressortverantwortliche Daniel Heusler die Aufgabe, mit Marguerite Gigon weitere Details abzuklären.³⁷

Es zeichnete sich schnell ab, dass ohne staatliche Subventionen ein solches Vorhaben nicht zu stemmen war. So gelangte Gigon auch an die Basler Regierung. Diese erkannte die Notwendigkeit einer «Tagesschule für Sozialarbeiter» und überwies die Eingabe den zuständigen Departementen zur Berichterstattung.

Inzwischen leisteten die Stiftungsräte des Instituts für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge mit Unterstützung der GGG weitere Vernetzungs- und Organisationsarbeit. Einer der Meilensteine war die Informationsveranstaltung am 11. Juni 1965, zu der die GGG in Absprache mit der Stiftung einlud.³⁸ Anwesend waren zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen von staatlichen und privaten Fürsorgeinstitutionen, von Fachverbänden und Behörden der Kantone Basel-Stadt und Baselland. In Referaten stellten die federführenden Stiftungsräte, Präsidentin Marguerite Gigon, der Psychologe Urs Maag und der stellvertretende Leiter der Vormundschaftsbehörde Friedrich Breitenstein, das Projekt zur Diskussion.

Zur selben Zeit plante der Vorsteher des Sozialamtes Dr. Alfred Zihlmann eine «Basler Abendschule für soziale Arbeit», die ihre Tätigkeit im Frühjahr 1966 aufnehmen sollte. Um Doppelspurigkeiten zu verhindern, wurde dieses Projekt sistiert und Zihlmann in die Stiftung eingebunden.

Der GGG-Vorstand, der die Schaffung einer Schule für Sozialarbeit und die Einrichtung einer Forschungsstelle inzwischen vollumfänglich unterstützte, stellte der Mitgliederversammlung den Antrag, die Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge als B-Organisation ins Patronat aufzunehmen. Diese folgte dem Vorstand am 29. Juni 1966.

Bis zu diesem Moment waren die Vorarbeiten ehrenamtlich geleistet worden, etwa die Ausarbeitung des Lehrplans auf der Grundlage der zahlreichen Anregungen von Berufsschulen, Universitätsinstituten, Frauenorganisationen und weiteren Interessierten, die zu Aufnahmeverfahren, theoretischen und praktischen Fächern, Praktikumsplätzen und Prüfungsbedingungen Stellung genommen hatten.³⁹ Nun verzögerte sich der Start, weil die Regierung das eingereichte Subventionsgesuch noch nicht abschliessend behandelt hatte. Das Erziehungsdepartement prüfte nämlich die Frage, ob die neue Ausbildungsinstitution mit der bereits bestehenden Schule für Heimerziehung zusammengelegt werden könne, um die Kosten zu senken. Weil dies nicht durchführbar schien, regte das ED die Gründung eines gemeinsamen Trägervereins an, der die Koordination übernehmen sollte. Um diesen Wünschen nachzukommen, wurde der «Schulverein für soziale Berufe Basel» gegründet. Die Mitgliederversammlung der GGG war bereit, auch diese Organisation ins Patronat aufzunehmen.⁴⁰

Eine weitere Frage, bei der sich die GGG mit einem Vorschlag einbrachte, betraf die Schulräume. Die GGG plante am Claragraben 123 anstelle des Autonomen Jugendzentrums einen Neubau.⁴¹ Ein freies Stockwerk konnte sie anbieten. Auch die Schule für Heimerziehung zeigte Interesse, sich dort einzumieten. Durch die gemeinsame Nutzung von Bibliothek und Büromaschinen hätten Synergien entstehen können. Doch das Bauprojekt wurde damals nicht realisiert. So mietete man kurzfristig dank der Vermittlung einer Stiftungsrätin das Haus an der Hebelstrasse 96 an.

Im Herbst 1970 stimmten schliesslich der Grosse Rat in Basel-Stadt und der Landrat in Baselland dem Subventionsgesuch des Schulvereins für soziale Berufe zu.⁴² Beide Halbkantone übernahmen je die

Hälfte der Defizitdeckung. Der Schulverein erhielt demnach ab 1971 staatliche Subventionen und konnte den ersten Lehrgang der Basler Schule für Sozialarbeit starten. Damit war es Marguerite Gigon und ihren Mitstreitern gelungen, ihre Idee zu verwirklichen.

1980 bezogen die Schule für Heimerziehung und die Schule für Sozialarbeit das Theresienschulhaus an der Thiersteinallee 57, das die Kirchgemeinde Heilig Geist mit einem langen Mietvertrag zur Verfügung gestellt hatte. Diese räumliche Zusammenlegung der von Basel-Stadt und Baselland subventionierten Schulen bedeutete einen weiteren Schritt auf dem Weg zur einheitlichen Ausbildung in Sozialer Arbeit.

Als der Schulverein für soziale Berufe Basel 1988 in die Stiftung Höhere Fachschule im Sozialbereich umgewandelt wurde, nahm die GGG auch diese Nachfolgeorganisation in ihr Patronat auf und brachte 5000 Franken ins Stiftungskapital ein. 1995 beschlossen die beiden Trägerkantone, die Ausbildungen in Sozialarbeit und in Sozialpädagogik aus Spargründen zusammenzulegen. Dies geschah auch auf dem Hintergrund der «Verordnung über Minimalanforderungen für die Ausbildungen an Höheren Fachschulen im Sozialbereich», die das Eidgenössische Departement des Innern unter Bundesrätin Ruth Dreifuss am 18. Dezember 1995 erlassen hatte. Sie regelte auf nationaler Ebene die qualitativen und formalen Standards der Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Soziokultureller Animation, lehnte sich strukturell an analoge Erlasse etwa für die Höheren Technischen Lehranstalten an und wertete damit die Ausbildungen und die Praxis der Sozialen Arbeit gesellschaftlich auf.⁴³ Die Regelung war Teil der neuen «Bildungssystematik», nach der das Schweizer Bildungswesen ab dem neuen Jahrtausend vereinheitlicht und flexibler gestaltet werden sollte.

Mit dieser Umgestaltung und Neuausrichtung der Schule verlor die GGG jeglichen Einfluss. So war es folgerichtig, dass 1997 die Stiftung Höhere Fachschule im Sozialbereich, der ehemalige Schulverein, aus dem GGG-Patronat entlassen wurde.⁴⁴ Nachdem das Ziel der «Schaffung einer Schule für Sozialarbeit in Basel erreicht und durch die kantonalen Subventionen finanziell gesichert» war, kündigte Marguerite Gigon, Gründerin und Präsidentin der nach wie vor bestehenden Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge auf 1998 ihren Rücktritt an. Interimistisch übernahm Daniel Heusler das Präsidium, nachdem beschlossen worden war, die Stiftung weiterzuführen und sich dem zweiten Stiftungszweck, der «Förderung der Forschung und der Ausbildung in den Wissensgebieten, die zur sozialen Arbeit gehören», zuzuwenden.⁴⁵

Gemäss Jahresberichten gewährte die Stiftung dem Verein Elternnotruf jährlich eine massgebliche Unterstützung. Dieser 1985 gegründete Verein stand seit kurzem unter dem Patronat der GGG. Er führte rund um die Uhr ein Beratungstelefon für Familien, die akut in Not waren, und setzte Betreuerinnen bei hilfesuchenden Familien vorwiegend mit Kleinkindern prophylaktisch und in Krisensituationen ein. Ein zweiter Betrag wurde dem Verein Tagesmütter Basel-Stadt ausbezahlt.⁴⁶

2010 beschloss die Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge, ihr restliches Vermögen zu verteilen und die Stiftung zu liquidieren. Begünstigte Organisationen waren u. a. der Verein Elternhilfe beider Basel, das Projekt Mädonna der Basler Freizeitaktion, der Verein eifam und weitere, die im Bereich Eltern und Kinder arbeiteten. Überdies wurden eine Tagung zur Psychomotoriktherapie und eine Veranstaltung von Avenir Social, dem Berufsverband der in der Sozialen Arbeit tätigen Personen, unterstützt. Der Restbetrag wurde dem Forschungsprojekt «Wirkungsanalyse Heimerziehung» gewidmet. Nachdem keine Beschwerden gegen die Liquidation der Stiftung eingegangen waren, bestätigte die behördliche Aufsichtskommission die Auflösung der Stiftung.⁴⁷ Damit endete nach beinahe fünfzig Jahren gemeinsamen Engagements im Bildungs- und Sozialbereich auch das Patronat der GGG.

GGG educomm

Eine der Bildungsfragen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts virulent wurden, betraf den Fremdspracherwerb in der Primar- und Sekundarschule.⁴⁸ Die GGG nahm sich dieser grundlegenden Frage mit der A-Organisation educomm an.

Bis 1975 wurde in Schweizer Schulen die erste Fremdsprache, die selbstredend eine Landessprache war, auf Sekundarstufe unterrichtet. In der Deutschschweiz war dies Französisch. Viele Schulabgängerinnen und -abgänger verbrachten anschliessend ein Jahr in der Westschweiz, um die Französischkenntnisse zu vertiefen. Das «Welschlandjahr», das vielfach als Au-pair-Mädchen in einer Familie oder als Praktikant oder Praktikantin in einem Gewerbebetrieb verbracht wurde, war verbreitet und beliebt. 1975 beschloss die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) eine Reform, nach der die erste Fremdsprache (eine Landessprache) ab dem 4./5. Schuljahr und die zweite Fremdsprache (Englisch oder eine weitere Landessprache) ab dem 6./7. Schuljahr ins Curriculum aufgenommen wurden.

Aufgrund der veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa befassten sich in den 1990er Jahren sowohl der Europarat als auch die Europäische Union verstärkt mit Fragen der Mehrsprachigkeit und der Interkulturalität. Auf Initiative der Schweiz fand im November 1991 im zürcherischen Rüschlikon ein Symposium zum Spracherwerb in der Berufsausbildung statt. Daraus gingen der Gemeinsame Europäische Referenzrahmen für Sprachen (GER) und das Europäische Sprachenportfolio (ESP) hervor, deren vordringliches Anliegen es war, die mehrsprachigen und interkulturellen Kompetenzen zu fördern. Diese Ziele waren für die aktuelle Sprachenpolitik in Europa wegweisend.

1995 gab die EU das Weissbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung heraus. Dieses postulierte, dass jeder Bürger und jede Bürgerin in

Europa drei europäische Sprachen beherrschen sollte, was bedeutete, dass jeder und jede in der obligatorischen Schulzeit zwei Fremdsprachen zu lernen hatte. Überdies wurden das lebenslange Lernen und die Anwendung von innovativen Unterrichtstechniken gefordert.

Diese Massnahmen auf europäischer Ebene dienten als Grundlage des 1998 ausgearbeiteten nationalen Gesamtsprachenkonzepts in der Schweiz. 2004 beschloss die EDK, dass spätestens ab 2012/13 zwei Fremdsprachen in der Primarschule, wovon mindestens eine Landessprache, gelehrt werden sollten. In der Folge entbrannte über die Frage des Fremdspracherwerbs eine heftige Diskussion. Konnten Kindern, insbesondere jenen mit Migrationshintergrund, zwei Fremdsprachen in der Primarschule zugemutet werden und welches sollte die erste Fremdsprache sein? Englisch, das sich in der internationalen Kommunikation durchgesetzt hatte, oder eine Landessprache, die dem nationalen Zusammenhalt der Schweiz Rechnung trug? Während Ostschweizer Kantone Frühenglisch bevorzugten, konzentrierten sich Kantone, die an die Romandie grenzen, auf Frühfranzösisch: Neben Basel-Stadt gehören somit Baselland, Solothurn, Bern, Freiburg und das Wallis zu den sogenannten Passepartout-Kantonen, in denen Französisch ab der 3. und Englisch ab der 5. Primarklasse unterrichtet wird.

Zusammen mit dem damaligen Kantonalen Beauftragten für Schüleraustausch, Victor Saudan, initiierte die GGG 2001 das Projekt «educomm Schulpartnerschaften» zur Förderung des Sprachaustauschs im Sinne eines «échange de proximité»: Die Nähe zum Jura und zum Elsass sollte stärker genutzt werden, um die Schülerinnen und Schüler miteinander in Kontakt zu bringen. Der Name educomm bringt die Verbindung von Ausbildung (éducation) und Austausch (communication) zum Ausdruck. Als Projektleiterin konnte Brigitta Kaufmann gewonnen werden. Sie unterrichtete in Basel Französisch und übernahm später die Aufgabe einer Kantonalen Beauftragten für Schüleraustausch. Auch in der Begleitgruppe des Projekts educomm war von Anfang an eine Leitungsperson der Volksschule vertreten, so dass die enge Zusammenarbeit mit dem ED immer gesichert war.

Im Rahmen einer langfristigen Zusammenarbeit mit Schulen im Elsass und in der Westschweiz erhalten Basler Schulklassen bis heute die Möglichkeit, den Austausch mit anderssprachigen Klassen und einzelnen Schülerinnen und Schülern zu pflegen. GGG educomm unterstützt dabei organisatorisch und finanziell die Lehrpersonen, die Projektleiterin erstellt zweisprachige Unterrichtsmaterialien wie etwa Spiele, Postenläufe, Museumsaktivitäten, vermittelt Adressen und gewährt Unterstützung bei Fragen und Problemen.

Im Verlauf der Jahre hat die GGG educomm das Angebot ausgebaut. So organisierte die Verantwortliche mit der Hauptstelle und den Filialen der GGG Stadtbibliothek den Bereich «À petits pas», in dem Kinder französische Bücher und andere Medien ausleihen können. An alle Schulhäuser der Primarschule wurden zudem Kisten mit je fünfzig französischen Medien, die sogenannten «Bibambules» (Bibliothèques ambulantes) verteilt.

Seit August 2011 können Lehrpersonen aus 29 Ateliers auswählen, um mit ihren Klassen Aktivitäten auf Französisch ausserhalb des Curriculums durchzuführen. Da stehen etwa Vorstellungen des Figurentheaters Felucca oder das Kunos Circus Theater auf dem Programm. Es gibt zweisprachige Führungen in Kunst-, Geschichts- und Naturmuseen. Die K'Werk-Bildschule bis 16 der Schule für Gestaltung Basel bietet Tier- und Pflanzenbeobachtungen im Botanischen Garten an, und in der Jukibu, der interkulturellen Bibliothek für Kinder und Jugendliche, gibt es Kamishibai-Vorstellungen (japanisches Erzähltheater) auf Französisch.

Unter den Einzelaustauschprojekten sei das Sprachbad hervorgehoben: Während zwei Wochen besuchen Schülerinnen und Schüler aus Basel und Riehen ein Collège im grenznahen Elsass, und Kinder aus dem Elsass gehen in Basel in die Schule. Sie verbringen den ganzen Tag am anderen Ort, essen in der Kantine oder bei ihren Gastfamilien und kehren nach dem Nachmittagsunterricht nach Hause zurück. Die Collèges im Elsass sind so ausgewählt, dass sie ab Basel mit den öffentlichen Verkehrsmitteln (Tram oder Bus) erreichbar sind. Im Jahr 2015 nahmen 87 Schülerinnen und Schüler aus Basel / Riehen und 35 aus dem Elsass an diesem Programm teil.

Zur Unterstützung und Ermutigung der Lehrpersonen organisiert das ED Weiterbildungen zum Thema «Austausch und zweisprachiges Unterrichten» mit gegenseitigen Hospitationen.

Die von der GGG unterstützten Projekte im Rahmen der Förderung des französischen Spracherwerbs in der Orientierungs- und heute in der Primarschule erwiesen sich als erfolgreich und führten beim Erziehungsdepartement zur Bereitschaft, sich finanziell stärker zu beteiligen. So wurde im November 2012 zwischen der Volksschulleitung des ED und der GGG eine Leistungsvereinbarung unterzeichnet, in der die zukünftige höhere finanzielle Beteiligung des ED an GGG educomm geregelt wird.

Die Ziele von educomm gehen weit über die reine Sprachförderung hinaus, denn «Austausch fördert die Kinder in ihrer sozialen und interkulturellen Kompetenz: Sie überwinden ihre Scheu, gewinnen Selbstvertrauen und machen die Erfahrung, dass sie trotz ihren noch geringen sprachlichen Kompetenzen – mit Hilfe geeigneter Strategien – Kontakte knüpfen können. Und sie merken mit zunehmender Vertrautheit, dass vermeintlich «Komisches» oft einfach nur «anders», ja vielleicht sogar anregend ist», hält die Projektleiterin Brigitta Kaufmann fest.⁴⁹

Die A-Organisation GGG educomm reiht sich ein in das Geschäftsfeld Familie der GGG. Spracherwerb und Sprachkompetenz sind seit der Gründung der GGG wichtige Bereiche. Kommunizieren – auch über die eigene Sprache hinaus – gehört zum bildungsbürgerlichen Ideal von aufgeklärten und mündigen Menschen. Sich verständigen, sich austauschen, unterschiedliche Meinungen diskutieren können sind wichtige Pfeiler in einem demokratischen mehrsprachigen Land wie der Schweiz. Damit nutzt GGG educomm die Chance der Grenzlage Basels zu Frankreich und zur Westschweiz und hat ein Projekt aufgebaut, dem Pioniercharakter zukommt.

Merian-Iselin-Spital, homöopathisches Spital

«Ich vermache der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel eine Summe von Achthunderttausend Franken (Fr. 800 000.–) unter folgender Bedingung: Die Gesellschaft ist verpflichtet, von dieser Summe einen Betrag von Siebenhunderttausend Franken (Fr. 700 000.–) zur Erstellung und Dotierung eines Homöopathischen Spitals von mindestens fünfzehn Betten im Stadtbezirk von Basel zu verwenden.»⁵⁰

Drei Jahre vor ihrem Tod am 15. Dezember 1901 hatte Adèle (Adelheid) Merian-Iselin (1827–1901) ihr Testament, dem das obige Zitat entnommen ist, notariell hinterlegt. Sie vermachte der GGG ihr grosses Vermögen, die damit ein homöopathisch geführtes Spital mit fünfzehn Betten für unbemittelte Kranke in Basel errichten sollte. Einen Teil des Betrags erhielt die GGG zur freien Verfügung.

Eigentlich hätte sich die GGG über dieses grosszügige Legat freuen sollen, doch sie geriet in ein ungeahntes Dilemma. Im GGG-Vorstand waren Ärzte vertreten, die allopathisch, also schulmedizinisch praktizierten und die Homöopathie als «Scharlatanerie» ablehnten. Sie befürchteten, dass die GGG mit dem Projekt eines homöopathischen Spitals ihr Ansehen und ihre Akzeptanz als gemeinnützige Organisation aufs Spiel setze. Dagegen betonten andere GGG-Mitglieder, dass die Verstorbene mit dem Legat ihr Vertrauen in die GGG ausdrücke. Tatsächlich verweigerte die Mitgliederversammlung vom 20. Juni 1902 mit 36 zu 26 Stimmen die Annahme des Legats und stimmte einem Rückweisungsantrag zu.⁵¹

Wie konnte die GGG den Betrag von 100 000 Franken, der ihr zur freien Verfügung in Aussicht gestellt wurde, für sich retten, ohne den Hauptzweck – das homöopathische Spital – erfüllen zu müssen? Wie konnte sie verhindern, Jahresberichte des homöopathischen Spitals im Blaubuch abzudrucken und damit ihren Ruf zu schädigen? Diese Fragen trieben die GGG-Verantwortlichen um. Die kontroverse Debatte gelangte auch an die Öffentlichkeit.

Doch wie kam Adèle Merian-Iselin überhaupt auf die Idee eines homöopathischen Spitals in Basel? Dazu sind wir auf Vermutungen angewiesen. Die Homöopathie, die der aus Meissen stammende Samuel Hahnemann (1755–1843) begründet hatte, verbreitete sich auch in der Schweiz.⁵² Möglicherweise war der in Basel wirkende Franz Josef Siegrist der erste Arzt, der in der Schweiz mit der Homöopathie in Berührung kam. Sein

Sohn Albert studierte ebenfalls Medizin und legte 1860 das Staatsexamen ab. Zur Zeit seiner Weiterbildung in Wien herrschte eine Typhusepidemie. Gemäss den Berichten aus den verschiedenen Spitälern stellte er fest, dass im homöopathischen Spital die Todesrate weitaus geringer war als in den anderen Krankenanstalten. Als er an Typhus erkrankte, erfuhr er die positive Wirkung der homöopathischen Mittel auch an sich selbst. Er kehrte als Anhänger dieser Heilmethode nach Basel zurück und eröffnete neben der seit einigen Jahren bestehenden homöopathischen Praxis von Theophil Bruckner seine eigene.⁵³ Albert Siegrist war zeitweilig auch als Leiter der homöopathischen Abteilung des Katholischen Spitals an der Hammerstrasse 45 tätig.⁵⁴ Und er war der Hausarzt von Adèle Merian-Iselin. Damit hatte er eine Vertrauensposition.

Als in Zeitungsartikeln der Zwiespalt der GGG bekannt wurde, erhielt sie etliche gute Ratschläge. Der Präsident des Vereins homöopathischer Ärzte der Schweiz bot aus St. Gallen seine Unterstützung an.⁵⁵ Der Präsident der Diakonissen-Anstalt in Riehen zeigte sich bereit, das Spital dort zu integrieren.

Ein vom GGG-Vorstand eingeholtes und in der Allgemeinen Homöopathischen Zeitschrift abgedrucktes Gutachten löste unter den Homöopathen Empörung aus. «Die Mehrzahl der Homöopathen sind keine Betrüger», schrieb der Vereinspräsident Albert Grubenmann an die GGG. Sie hätten Medizin studiert und seien erst durch die Praxis auf diese Heilmethode gestossen. Er zerpfückte das Gutachten Punkt für Punkt und widerlegte etwa die Behauptung, dass die avisierten unteren Schichten gar kein Bedürfnis nach homöopathischer Behandlung hätten. Aus Erfahrungen in Amerika und Europa sei bekannt, dass «die Armen sich gerne der homöopathischen Behandlung zuwenden, wo es ihnen möglich gemacht» werde.⁵⁶

Der Ausweg aus dem Dilemma war die Gründung der Merian-Iselin-Stiftung, die der GGG als B-Organisation angehören würde.⁵⁷ Spitzfindig konnte nun gesagt werden, dass das homöopathische Spital nicht Eigentum der GGG, sondern der Merian-Iselin-Stiftung sei. Und der GGG stand der Betrag von 100 000 Franken zur freien Verwendung. Die ablehnenden Stimmen, die der Homöopathie «den Trieb nach Wahrheit und Wissenschaftlichkeit» absprachen und für die GGG einen Präzedenzfall fürchteten – so etwa Stadtarzt Theophil Lotz –, erinnerten an das Wort «für 100 000 Fr. verkauft man seine Seele nicht».⁵⁸ Doch sie wurden an der Mitgliederversammlung überstimmt.⁵⁹ Das Projekt konnte in die nächste Phase gehen.

Gemäss der Vereinbarung zwischen GGG und Testamentsvollstrecker übernahm eine dreiköpfige Delegation die Aufgabe, der GGG jährlich Bericht zu erstatten. In die Spitalkommission wählte der GGG-Vorstand neun Männer. Präsident wurde Prof. Dr. Wilhelm Bruckner, Sohn von Theophil Bruckner.⁶⁰ Der ehemalige Hausarzt der Verstorbenen verpflichtete sich nur für ein Jahr. Andere wie der Apotheker Engelmann sagten aus persönlichen Gründen ab.



[20] Adèle Merian-Iselin stiftete ihr Vermögen der GGG für den Bau eines homöopathischen Spitals mit fünfzehn Betten für unbemittelte Kranke in Basel. 1918 wurde das Merian-Iselin-Spital eröffnet. Hier der Blick von der Gotthelfstrasse aus um ca. 1930.

Als erstes klärte die Spitalkommission die finanzielle Situation, suchte ein geeignetes Grundstück und wählte einen Spitalleiter. Ein Gutachten ergab, dass zur Deckung der Betriebskosten jährlich 500 000 Franken nötig seien. Also blieben für die Baukosten 200 000 Franken, was als unzureichend erachtet wurde. So entschied sich die Kommission, mit dem Bau noch zuzuwarten, um das Kapital mit Zinsen zu vermehren.⁶¹ Das war die erste zeitliche Verzögerung.

Im Februar 1904 teilte der Kommissionspräsident auf einem Blatt Papier mit Briefkopf «Homöopathisches Spital in Basel» der GGG mit, dass ein Bauplatz gefunden worden sei. Er liege zwischen Eichen-, Föhren-, Gotthelf- und Buchenstrasse, umfasse etwa 3900 Quadratmeter und gehöre dem Bürgerspital Basel. Das Pflegamt verkaufe das Land zu akzeptablen Bedingungen für 32 Franken pro Quadratmeter. Für die Bedürfnisse eines Spitals mit fünfzehn bis zwanzig Betten sei der Platz reichlich bemessen, doch gehe man davon aus, dass in nicht ferner Zeit eine Erweiterung nötig sei, etwa ein «kleines Absonderungshaus für infectiöse Krankheiten».⁶² Wie vorausschauend diese Bemerkung war, sollte sich bereits bei der Eröffnung zeigen.

Auch ein Spitalarzt war bereits gefunden. Es war Edwin Scheidegger sen. aus Aarau.⁶³ Er hatte in Bern Medizin studiert und nach dem Staatsexamen 1892 als Assistent im Pathologisch-anatomischen Institut gearbeitet. Ein Jahr später liess er sich als Hausarzt in Grindelwald nieder. Offenbar kam er bei den Bauernfamilien, die sich im Winter – abgeschnitten von schneller ärztlicher Hilfe – mit homöopathischen Heilmitteln selbst behandelten, in Kontakt mit der Homöopathie. Einige Jahre später übernahm er die Praxis eines homöopathischen Arztes in Aarau, der nach Basel gezogen war. Scheidegger wurde zunächst Mitglied und später auch Sekretär des Verbandes Schweizerischer Homöopathischer Ärzte (SVHA).

Als ihm 1904 die Leitung des geplanten homöopathischen Spitals übertragen wurde, zog er nach Basel, um beim Bau, bei der Konzeption und der Organisation mitzureden. Bis zur Spitaleröffnung führte er an der Schützenmattstrasse eine Praxis. Um sich umfassend zu informieren, besuchte er homöopathische Spitäler in Berlin, Leipzig und München sowie grössere und kleinere Spitäler in der Schweiz.

Nach fünf Jahren hatten Experten erkannt, dass ein Spital mit lediglich fünfzehn Betten unverhältnismässig teuer käme, wie der Kommissionspräsident der GGG 1909 mitteilte. Es werde nun die doppelte Bettenzahl angestrebt, um nach Eröffnung nicht sofort erweitern zu müssen.⁶⁴ Der GGG-Vorstand hiess die vorgelegten Baupläne gut.

Erneut vier Jahre später war mit dem Bau immer noch nicht begonnen worden. Womit diese weitere Verzögerung zu tun hatte, ist nicht bekannt. Als der Spitalverwalter Mayer 1913 die bereits genehmigten Pläne zur Beurteilung erhielt, kritisierte er wesentliche Mängel wie etwa fehlende Terrassen, zu wenige Nebenräume und weitere Unzulänglichkeiten. Weil Korrekturen nicht sinnvoll schienen, wurden die Pläne gleich ganz

aufgegeben. Der neu in die Kommission gewählte Kantonsbaumeister Carl Leisinger legte neue Skizzen und Pläne vor, die aber in der Ausführung zu teuer waren. Also entschied die Kommission, einen Gebäudeflügel wegzulassen. Der Baubeginn wurde auf das folgende Jahr angesetzt.⁶⁵

Aber auch 1914 wurde mit dem Bau nicht begonnen. Die Kommission wollte zuwarten, bis der Grosse Rat den «Ratschlag und Gesetzesentwurf betreffend die Errichtung einer öffentlichen Krankenkasse des Kantons Basel-Stadt» beraten hatte. Weil Adèle Merian-Iselin die Aufnahme von wenig bemittelten Kranken bestimmt hatte, war für die Kommission massgebend, wie die Organisation der Krankenkasse ausgestaltet wurde. Sie wollte sichergehen, dass das homöopathische Spital als Vertragspartner anerkannt wurde.⁶⁶

Es war nicht etwa der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der dazu führte, dass die Baupläne erneut aufs Eis gelegt wurden. Vielmehr wollte der Kommissionspräsident im Februar 1915 vor Baubeginn noch die folgenden zwei Punkte mit der GGG klären: «Ist die Kommission befugt, im Falle sie es für wünschbar halten sollte, Teile des Spitals auch andern als homöopathischen Ärzten zur Verfügung zu stellen? Muss die ausdrückliche Bezeichnung «homöopathisches Spital» unbedingt beibehalten werden, oder darf die offizielle Bezeichnung auch etwa «Spital Merian-Iselin» lauten?»⁶⁷

Bruckner begründete die Fragen damit, dass sie das Spital mit dreissig Betten doppelt so gross planten, um rentabel zu sein, und dass sie mit der Einrichtung eines «Röntgenkabinetts» nicht auf «die Errungenschaften der modernen Medizin» verzichten wollten. Vielleicht sei es einmal wirtschaftlich notwendig, einzelne Räume anderen Ärzten zu vermieten. Ohne den Begriff «homöopathisch» in der Bezeichnung des Spitals sei es wohl einfacher, solche Ärzte zu finden. Es betreffe ja nur den Namen und nicht die Sache selbst, ergänzte er. Bruckner wollte sich vergewissern, dass damit die Erfüllung des Testaments nicht angefochten würde.

Der Vorstand lehnte das Gesuch der Kommission einstimmig ab.⁶⁸ Denn es sei gewiss, dass die Testatorin der Homöopathie ein Spital zur Verfügung stellen wollte und irgendeine andere Verwendung des Legatbetrags nicht gewünscht habe. Deshalb könne die Kommission das Spital nicht anderen als homöopathischen Ärzten zur Verfügung stellen und deshalb dürfe auch der Name nicht geändert werden. Der Testamentsvollstrecker gab überdies zu bedenken, dass die Erben die Aufhebung des gesamten Legats verlangen könnten, wenn sie den Eindruck erhielten, dass das Testament nicht korrekt vollzogen werde. Die Kommission war über diese Mitteilung nicht erfreut.

Nach letzten planerischen Anpassungen, vertraglichen Regelungen mit der Öffentlichen Krankenkasse und privaten Anbietern war es im Frühling 1916 endlich soweit, und der Bau wurde begonnen. Am 8. Dezember 1916 wurde die Stiftungsurkunde der Merian-Iselin-Stiftung unterzeichnet und ins Handelsregister eingetragen.

Aufgrund der kriegsbedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten «in der Lebensmittelbeschaffung und der ungemein verteuerten Heizung» wurde die Spitaleröffnung erst auf Frühling 1919 vorgesehen. Doch wegen der Grippeepidemie, die seit dem Sommer 1918 auch in Basel wütete und alle Spitäler und Noteinrichtungen an die Kapazitätsgrenzen brachte, fragte das Sanitätsdepartement die Merian-Iselin-Stiftung an, ob nicht früher eröffnet werden könne. Die Stiftung war dazu bereit unter der Voraussetzung, dass ihr die «erforderlichen Mengen an rationierten Lebensmitteln sowie an Brennmaterial und Gas zugeteilt» und dass ihr vom Bürgerspital die «Privatpatienten» zugewiesen würden.⁶⁹ Alle diese Forderungen wurden schnellstmöglich erfüllt, damit noch im Winter 1918/19 ein weiteres Spital mit Grippekranken belegt werden konnte.

Vom Tod Adèle Merian-Iselins bis zur Erfüllung ihres Testaments und Traums waren siebzehn Jahre vergangen. Deutlich weniger lang dauerte es, bis der Stiftungszweck unterminiert wurde. Zwei Jahre nach Inbetriebnahme zeigte sich, dass das Defizit zwar kleiner als budgetiert war, aber die Kapitalzinsen auch bei einer sparsamen Betriebsführung nicht ausreichten. Eine Ärztegruppe war interessiert, im noch unbenutzten Dachstock eine Privatklinik für Chirurgiepatienten einzurichten, und war bereit, die für den Aus- und Umbau anfallenden Kosten zu übernehmen. Der Kommissionspräsident schilderte der GGG die finanziellen Vorteile und betonte, dass Mittel der Stiftung nicht für die Privatklinik aufgewendet würden, dass hingegen Drittklasspatienten, für die das Spital in erster Linie bestimmt sei, günstiger aufgenommen werden könnten. Das Abkommen würde für fünf Jahre gelten, könnte aber aufgrund einer Vertragsklausel auch früher gekündigt werden. Zudem würden die Ärzte auf eigene Kosten einen Röntgenapparat installieren, den das Spital mitbenützen könne und der heute zu einer modernen Behandlung gehöre. Danach fügte der Präsident noch beiläufig hinzu, dass man bereits seit einem halben Jahr einem Arzt einige Zimmer zur Unterbringung seiner Privatpatienten zur Verfügung stelle.⁷⁰

Die GGG war bereit, auf die Untervermietung des Dachstocks einzugehen, wenn der Testamentsvollstrecker einverstanden war. Dieser sah eigentlich sein Mandat längstens als erledigt an, äusserte aber seine Bedenken, die weniger die Vermietung betrafen, als eine mögliche «Betriebsgemeinschaft (Küche, Linge, Röntgenapparat) mit allopathischen Ärzten». Durch operative Eingriffe an Patienten, die nicht Anhänger der Homöopathie seien, würde die allopathische Behandlung «in den Spital eingelassen», wozu die Homöopathen wohl kaum Hand bieten würden. Und er wiederholte, dass bei einer nicht stiftungsgemässen Verwendung des Legats die Erben berechtigt wären, das Geld zurückzufordern.⁷¹

Nun wurden die Erben aufgesucht. Nach verschiedenen Gesprächen stimmten sie 1920 einer Vermietung an die Ärztegruppe zu unter der Bedingung, dass die im Testament verlangten fünfzehn Betten für homöopathische Patienten reserviert blieben und die chirurgische von der homöopathischen Abteilung getrennt sei.⁷²

Bei allen Änderungen, die in den folgenden Jahrzehnten den Stiftungszweck betrafen, wurde auf die testamentierten fünfzehn Betten für homöopathische Patienten gepocht, ungeachtet des städtischen Bevölkerungswachstums. Solange diese Bettenzahl eingehalten wurde, erachtete man den Stiftungszweck als erfüllt. Dass der Stiftungszweck des «Homöopathischen Spitals», das Adèle Merian-Iselin wahrscheinlich vorgeschwebt hatte, bereits 1921 durch die Namensänderung in Merian-Iselin-Spital nicht mehr sichtbar war, gehört zu dem schrittweisen Wandel. Warum die Umbenennung nun möglich war, geht aus den Akten nicht hervor.

Der verantwortliche Spitalarzt Edwin Scheidegger trug diese Änderungen mit. Als Mitglied des Deutschen Zentralvereins homöopathischer Ärzte übernahm er zunehmend deren theoretische Vorstellungen. Sie vertraten weniger die genuine Hochpotenzhomöopathie als die naturwissenschaftlich-kritische Richtung. Damit geriet er in Konflikt mit den Schweizer Kollegen, die der klassisch-homöopathischen Ausrichtung verpflichtet waren und ihm eine «mangelhafte homöopathische Führung» des Spitals vorwarfen. Schliesslich trat Scheidegger 1924 nach 25-jähriger aktiver Mitgliedschaft aus dem Schweizer Verein Homöopathischer Ärzte (SVHA) aus.⁷³ In einem Nachruf wird es 1949 heissen, dass er es «allen theoretischen Bedenken zum Trotze» durchsetzte, dem Spital eine chirurgische Abteilung anzugliedern. Er sei bestrebt gewesen, die Homöopathie «auf naturwissenschaftliche Forschung und Methoden aufzubauen», was ihm von «fanatischen Anhängern der Homöopathie» übelgenommen worden sei, ihm aber die Achtung von «ernsten Homöopathen der modernen Richtung» wie etwa seinem Schüler, dem Berliner Dozent Fritz Donner, gebracht habe.⁷⁴ Der hier angesprochene Konflikt klassisch-homöopathische versus naturwissenschaftlich-kritische Richtung musste jedoch nicht zwingend identisch sein mit der Frage, ob man Chirurgie zulässt oder nicht.

Nach Scheideggers Rücktritt 1936 wählte die Stiftungskommission seinen älteren Sohn Edwin Scheidegger-Wüthrich zum Nachfolger.⁷⁵ Er hatte in Basel Medizin studiert und die homöopathische Heilmethode von seinem Vater gelernt. Im Merian-Iselin-Spital arbeitete er vor allem als Chirurg und Hausarzt.⁷⁶ Auch wenn den Briefkopf des Merian-Iselin-Spitals das Porträt von Samuel Hahnemann, dem Begründer der Homöopathie, zierte, ist nicht klar, wie weit Scheidegger jun. der Homöopathie verpflichtet war.

Nach seinem frühen Tod 1947 wurde sein jüngerer Bruder Walther Scheidegger, der ebenfalls in Basel Medizin studiert hatte, von der Kommission als Nachfolger eingesetzt. In seiner mehr als 20-jährigen Ära baute er das kleine Privatspital zu einem beachtlichen Klinikbetrieb aus. Die gestiegenen Anforderungen der modernen Medizin und die neuen technischen Untersuchungsmöglichkeiten verlangten Mitte der 1960er Jahre eine umfassende Neuplanung. Sollte die Merian-Iselin-Stiftung einen Neubau errichten, oder sollte sie sich andern sozialen Aufgaben zuwenden? Auch der Präsident des SVHA Rudolf Flury erkundigte sich nach den Plänen und

sprach an den Vereinssitzungen über die Situation des homöopathischen Spitals. Es sei ein vages Versprechen gegeben worden, bei einer Wahl eines homöopathischen Chefarztes den Verein einzubeziehen.⁷⁷ Im regierungsrätlichen Ratschlag betreffend die Gewährung eines Staatsbeitrags an den Neubau eines Akutkrankenhauses der Merian-Iselin-Stiftung, der 1970 dem Grossen Rat vorgelegt wurde, wurde die Homöopathie nur in der Einleitung zur Gründungsgeschichte erwähnt. Zwar versuchte der Präsident des SVHA, in Briefen und Gesprächen mit Mitgliedern des Stiftungsrats die Idee des homöopathischen Spitals zu retten, indem er vorschlug, zumindest eine homöopathische Abteilung für chronisch Kranke neben einem Seminar- und Medikamentenraum im Konzept des neuen Merian-Iselin-Spitals vorzusehen. Er bot auch an, die Suche nach einem geeigneten homöopathischen Arzt als Leiter der Abteilung zu unterstützen. Der Stiftungsrat lehnte aber aus baulichen Gründen einen Seminar- und Medikamentenraum ab und schrieb weiter: «Selbstverständlich sind wir bestrebt, den in den Statuten verankerten Zweck der Merian-Iselin-Stiftung zu erfüllen. So stehen für die homöopathische Behandlung von Patienten im neuen Merian-Iselin-Spital stets eine Anzahl Betten zur Verfügung.»⁷⁸ Wie weit die fünfzehn im Testament vorgesehenen Betten tatsächlich genutzt und Patienten homöopathisch behandelt wurden, geht aus den vorliegenden Akten nicht hervor.

Als im Oktober 1974 der Neubau mit 150 Betten in Betrieb genommen wurde, gab es vier Chefarzte, darunter einen für Homöopathie. Zwar verfügte Dr. Markus Greub über zwölf Betten, aber dem Vernehmen nach hatte er keine Ausbildung in dieser medizinischen Richtung. Die rechtliche Zulässigkeit dieser faktischen Stiftungszweckentfremdung wurde nach dem Grundsatz «wo kein Kläger, da kein Richter» beantwortet. Im SVHA sorgte das Thema «Homöopathisches Spital Basel» als Ausbildungsstätte für künftige Berufsleute öfters für Gesprächsstoff, etwa bei den Bemühungen, einen homöopathischen Ordinarius an die Basler Medizinische Fakultät zu berufen, was aber erfolglos blieb.⁷⁹

Zwar hielt die Merian-Iselin-Stiftung noch 1980 daran fest, dass der Grundsatz der homöopathischen Behandlungsmöglichkeit beibehalten werde. Im August 1981 erlassene «Grundsätze für die Belegärzte des Merian-Iselin-Spitals», die 1990 erneut revidiert wurden, hielten in Punkt 7 fest, dass «der Stiftungsurkunde Rechnung tragend der homöopathischen Medizin im Merian-Iselin-Spital eine Sonderstellung zuerkannt» werde und die für diese Disziplin benötigten Betten bei Bedarf bereit stünden.⁸⁰

Die GGG führte die Merian-Iselin-Stiftung in ihrem Jahresbericht 1998 zum letzten Mal als B-Organisation auf: «Akutspital sowie Tagesklinik mit freier Arztwahl für Privat- und Allgemeinpatienten. Bereiche: Chirurgie, Orthopädie, Urologie, Augenkrankheiten, HNO, Gefässkrankheiten und Innere Medizin. Pflegeheim mit angegliedertem Tagesheim. Spezialinstitute: Labor, Radiologie, Physiotherapie mit «Physio-Plus». Homöopathische Behandlungsmöglichkeiten.»⁸¹

Bei der Entlassung der Merian-Iselin-Stiftung aus dem Patronat der GGG spielten mehrere Faktoren eine Rolle. Schon seit längerem wollte der Stiftungsrat die Stiftungsurkunde durch ein neues Stiftungsstatut den aktuellen Verhältnissen anpassen. Mit der revidierten Organisationsstruktur sollten die Stiftungsräte auch operative Aufgaben gegen Entschädigung übernehmen. Der Stiftungsratspräsident sollte für die operative Leitung gar ein angemessenes Honorar erhalten.

Nach einigen Auseinandersetzungen zwischen Stiftungsrat und GGG-Vorstand erläuterte der Delegierte zur Merian-Iselin-Stiftung an der GGG-Mitgliederversammlung vom 16. Juni 1999 den Hintergrund, der zum Antrag geführt hatte, die Stiftung zu entlassen.⁸² In der GGG würden Ämter in Kommissionen und Stiftungen ehrenamtlich ausgeübt. Die finanzielle Abgeltung widerspreche ihren Prinzipien. Der GGG-Vorstand wolle an diesem Grundsatz festhalten. Er verstehe jedoch, dass zur professionellen Leitung eines Spitals ein ehrenamtliches Engagement nicht mehr ausreiche, zumal das Gesundheitswesen sehr komplex geworden sei. Überdies gehöre wohl die Führung eines kommerziell ausgerichteten Spitals nicht mehr zu den Kernaufgaben der GGG. In den Verhandlungen sei klar geworden, dass es klüger sei, getrennte Wege zu gehen und die Merian-Iselin-Stiftung in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Antrag ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung zu. Damit endete das Zusammengehen von GGG und Merian-Iselin-Spital, das fast hundert Jahre Bestand gehabt hatte.

Die revidierte Stiftungsurkunde des «Merian Iselin, Klinik für Orthopädie und Chirurgie» vom 22. September 1999 wurde von der kantonalen Aufsichtsbehörde genehmigt.⁸³

Basler Höhenklinik in Davos Dorf

Eine langjährige Institution der GGG, die auf eine Anregung der Medizinischen Gesellschaft Basel zurückging, war die 1896 eröffnete Basler Heilstätte für Brustkranke in Davos. Die Industrialisierung und das damit verbundene Bevölkerungswachstum in den Städten führten im 19. Jahrhundert zu vielen sozialen und gesundheitlichen Problemen. Eines betraf die Tuberkulose, die bei den ungesunden und beengten Wohnverhältnissen der Unterschichten enorm zunahm und eine der häufigsten Todesursachen war. Der Basler Hilfsverein für Brustkranke, die spätere Baslerstädtische Liga für Lungenkranke, übernahm den Betrieb des von den Architekten Gustav und Julius Kelterborn errichteten Sanatoriums.

Nur solche Kranke wurden aufgenommen, bei denen eine Behandlung Aussicht auf Erfolg hatte, so dass man hoffen konnte, ihre Arbeitsfähigkeit werde weitgehend wiederhergestellt. «Geheilte und gebesserte»

Personen hatten sich nach der Entlassung regelmässig bei der Tuberkulosefürsorgestelle in Basel einzufinden. «Renitente» Patienten und Patientinnen besuchte die Fürsorgerin zu Hause und drängte sie zur Nachuntersuchung.⁸⁴

Die Heilstätte hatte nicht nur die Funktion eines Spitals, sondern auch einer Erziehungsanstalt, schrieb der ärztliche Leiter Eugen Nienhaus in einem Bericht über die ersten fünfzehn Jahre ihres Bestehens: «Sie soll dem wieder gekräftigten und übermütigen jungen Patienten, der sich oft absolut nicht krank fühlt, für das spätere Leben den richtigen Weg zeigen.»⁸⁵ Die Haus- und Tagesordnung war deshalb streng. Eine Übertretung konnte gar die Entlassung zur Folge haben. Als Behandlungsprinzip galten die Abwechslung von Ruhe und Bewegung und eine gute Ernährung. Die fieberfreien Patienten verbrachten bis gegen sechs Stunden auf dem Liegestuhl und unternahmen vier- bis fünf-stündige Fusstouren unter ärztlicher Kontrolle.

Um die Eintönigkeit des Tagesablaufs zu unterbrechen, stellte sich die Frage nach zweckmässiger Beschäftigung. Patientinnen konnten sich im hauswirtschaftlichen Bereich betätigen wie den Tisch decken und abräumen, Wäsche zeichnen und sortieren. Für Patienten schien es schwieriger, etwas Passendes zu finden. Während kleine Reparaturarbeiten und Schneeschaufeln gerne ausgeführt wurden, war Jäten weniger beliebt. Zur Verfügung standen auch Einrichtungen für Buchbinde- und Schreinerarbeiten. Überdies wurden für Männer und Frauen Sprachkurse in Französisch, Italienisch und Englisch angeboten, allerdings erschwerten das heterogene Vorwissen und die ungleiche Leistungsfähigkeit den Unterricht. 1952 wurde eigens eine Beschäftigungstherapeutin, die den ersten Kurs für Beschäftigungstherapie an der Zürcher Schule für Sozialarbeit absolviert hatte, zur Alltagsgestaltung angestellt.⁸⁶

Mit der Verbreitung des Antibiotikums Streptomycin nach dem Zweiten Weltkrieg stand der Medizin nun ein wirksames Medikament zur Verfügung, das gemeinsam mit der besseren Ernährung und Hygiene zum Rückgang der Tuberkulose wesentlich beitrug. Die Auslastung der Heilstätte mit Lungenkranken ging zurück, sie musste sich für die Zukunft neu orientieren. Wie andere Heilstätten im In- und Ausland entschied sich die Kommission, mit der Einrichtung einer Station für nichttuberkulöse Lungenkranke die Klinik zu einem «Mehrzwecksanatorium» zu erweitern.⁸⁷ Doch wenige Jahre nach Eröffnung der neuen Station gaben 1971 die ungenügenden Belegungszahlen erneut zu reden. Verschiedene Massnahmen wurden geprüft. Einerseits wurde aus Spargründen die Streichung einer Assistentenstelle erwogen, anderseits wurde die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Der Chefarzt gelangte an die Schweizerische Multiple Sklerose Gesellschaft, um in den Sommermonaten vierwöchige Ferienaufenthalte für Kranke und deren Pflegepersonen anzubieten. In diese Zeit fiel wegen der veränderten Ausrichtung die Namensänderung zu Basler Höhenklinik in Davos Dorf.⁸⁸



[21] Die Architekten Gustav und Julius Kelterborn errichteten 1896 die Basler Heilstätte für Brustkranke in Davos.

[22] Die Liegehalle um 1897. Als Behandlungsprinzip galten Ruhe und Bewegung sowie eine gute Ernährung.

Nach 1976 sank die Belegung nochmals markant. Die Gründe waren vielfältig, wie der ehemalige Kommissionspräsident Jahre später schrieb.⁸⁹ Zum einen hinkte die Infrastruktur der Gebäude dem Standard der neuen Spitalbauten in Basel weit hinterher. Die Krankenzimmer verfügten über keine Nasszellen, und die Toiletten waren weit entfernt. Zum anderen gab es eine Überkapazität im Akutbettenbereich und eine grosse Ärztedichte in der Stadt. Dies hatte zur Folge, dass frei praktizierende Ärzte es zur Sicherung ihres Einkommens vorzogen, die an Atemwegserkrankungen leidenden Patienten mehrmals pro Woche zur Inhalation in die Praxis zu bestellen anstatt nach Davos zu schicken. Trotz zunehmender Mobilität verlor Davos zudem wegen der grossen Distanz an Attraktivität. Viele Basler gaben den Kurhäusern in Heiligenschwendi oder auf der Barmelweid den Vorzug, die sie mit einer Autofahrt von eineinhalb Stunden erreichen konnten. Vermutlich trug auch der Wechsel des Chefarztes just in jener Zeit zur negativen Entwicklung bei.

1984 fielen die bereits beschlossenen baulichen Erneuerungen der Höhenklinik Davos einer umfassenden Sparkampagne zum Opfer, die die Basler Regierung wegen Fehlbeträgen in der Staatsrechnung lancierte. «Leider gelang es nicht, eine politische Grundwelle für den Erhalt auszulösen», schrieb der Kommissionspräsident, und dies, obwohl damals die Luftverschmutzung und das Waldsterben grosses Thema in den Medien waren. Man habe keinen Zusammenhang gesehen – unverständlicherweise, wenn man bedenke, «mit welcher Hysterie gerade in Basel» diese «Medienkampagne» geführt worden sei, parallel zum «Überlebenskampf der Klinik».⁹⁰

Weder die Suche nach anderen «Patienten-Kategorien», etwa Personen mit allergischen Hauterkrankungen, Herzinfarkt-Patienten oder Psychosomatikerinnen, noch eine Zusammenarbeit mit anderen Höhenkliniken, etwa der Schaffhausisch-Thurgauischen Heilstätte STH, boten eine zukunftssträchtige Lösung.⁹¹ Als definitiv war, dass beide Halbkantone keine weiteren Beiträge sprechen würden, war die Schliessung der Basler Höhenklinik auf Ende Oktober 1985 beschlossene Sache.

Das Areal wurde sofort an den Meistbietenden veräussert. Nach dem erfolgten Verkauf musste die Stiftung als bisherige Trägerin der Höhenklinik gemäss Statut liquidiert und das verbleibende Vermögen der GGG zu gemeinnützigen Zwecken übertragen werden. Um die vollständige Liquidation zu verhindern, wurde eine Teilliquidation vereinbart mit der Auflage, dass die GGG den erhaltenen Betrag in die geplante «GGG Stiftung für das Gesundheitswesen» einbrachte. Diese Stiftung unterstützt insbesondere «AIDS-Kranke und Drogenbeschädigte». Die Stiftung der Höhenklinik wurde umbenannt in «Krankenfürsorgestiftung der GGG (vormals Basler Höhenklinik in Davos Dorf)» und sah vor, künftig Patienten und Patientinnen, die an Atemwegserkrankungen oder an anderen Krankheiten leiden, zu unterstützen. Die Mitgliederversammlung der GGG sowie der Basler Regierungsrat stimmten diesen Änderungen zu.⁹²



[Abb. 23]
[Abb. 24]



[23] Blick in die Küche, 1897.

[24] Die Kurkapelle der Basler Heilstätte im Juni 1911.

Tagesheim Egliseeholz

Um erholungsbedürftigen Frauen, für die zeitlich und finanziell ein Kur-aufenthalt in den Bergen nicht in Frage kam, ein Äquivalent zu ermöglichen, konstituierte sich 1910 eine «Kommission zur Errichtung und zum Betrieb einer Basler Walderholungsstätte für Chronisch-Kranke und Genesende». Ärzte würden solche Einrichtungen in Stadtnähe für die Fürsorge von Lungenkranken und Rekonvaleszenten sehr begrüssen, weil sie die Spitäler und Sanatorien entlasteten. Es gäbe sie bereits in einigen Städten Deutschlands sowie in den Westschweizer Städten Genf und Lausanne, schrieb der Kommissionspräsident Charles-Daniel Bourcart im November 1911 in einem Finanzgesuch an die GGG.⁹³ Die Basler Regierung habe ein Areal im Egliseeholz zur Verfügung gestellt und leihweise eine «Krankenbaracke» überlassen. Gönner hätten sich bereit erklärt, Mittel für den Bau einer Liegehalle und für Mobiliar zur Verfügung zu stellen. Weil weder der Staat noch der Hilfsverein für Brustkranke für die jährlichen Betriebskosten aufkommen konnten, wurde die GGG angefragt. Nach Zusendung des Kostenvoranschlags entschied der Vorstand, das Gesuch gutzuheissen und die «Kommission für Walderholungsstätten», wie sie lange hiess, regelmässig zu unterstützen. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Kredit zur Deckung des Betriebsdefizits zu.⁹⁴

Schon kurz nach der Eröffnung der Walderholungsstätte Egliseeholz am 2. Mai 1912 zeigte sich das grosse Bedürfnis nach einer solchen Institution. Pflegebedürftigen Frauen, die zu Hause eingespannt waren und die Familie nicht für längere Zeit allein lassen konnten, bot die Walderholungsstätte «Ruhe, gute Luft & kräftige Ernährung». Der Betrieb war von Mai bis Oktober täglich von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

Die 117 Frauen, die im ersten Jahr von Ärzten der allgemeinen Poliklinik des Spitals und der Tuberkulosefürsorgestelle überwiesen wurden, litten gemäss Jahresbericht an folgenden Erkrankungen: «Lungenkrankheiten (38), Blutarmuth (23), Nervenleiden (21), Herzkrankheiten (11), Rekonvaleszenz nach acuten Erkrankungen (11), Constitutionelle Schwäche (9), Magen & Darmkrankheiten (5), Unterleibsleiden (4), Nieren & Blasenleiden (3) und diverse Krankheiten (Laryngitis chron. 1, Scrophulose 2, Spondylitis 2, Arteriosclerose 1, Total 6)».⁹⁵ Der leitende Arzt war Robert Vogel-Sarasin. Die Pflege übernahm die Riehener Diakonisse und Krankenschwester Sr. Caroline Kunz, die im folgenden Jahr von der Krankenschwester Elise Leimbacher abgelöst wurde. Zwei Jahre nach der Eröffnung wurde eine Abteilung für kranke Männer eingerichtet.

Um die 1914 gegründete Oeffentliche Krankenkasse (OeKK), die für Personen mit niedrigem Einkommen obligatorisch war und für alle anderen Baslerinnen und Basler freiwillig, nicht zu sehr zu beanspruchen, wurde die Aufenthaltsdauer der versicherten Kranken auf drei Wochen

beschränkt (ausser bei schwerer Lungentuberkulose), und die Ärzte wurden aufgefordert, mit der Verordnung einer Liegekur zurückhaltend zu sein.⁹⁶ Zehn Jahre nach Eröffnung hatten fast 3000 erholungsbedürftige unbemittelte Kranke von einer Kur profitieren können. Die Heilresultate waren recht günstig, viele erholten sich so weit, dass sie wieder arbeitsfähig waren. Auch der Gesundheitszustand von unheilbar Kranken besserte sich im Verlauf der Behandlung.

Um den Kuralltag abwechslungsreicher zu gestalten und die Kranken zu beschäftigen, wurden Bastel- und Werkarbeiten eingeführt. Die hergestellten Gegenstände wurden jeweils am Weihnachtsbazar der GGG im Schmiedenhof verkauft und der Erlös für Neuanschaffungen verwendet.

Mit der Einführung der Antibiotika und der Impfungen gegen die Tuberkulose sowie der allmählichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung kam es in den 1960er Jahren zu grundlegenden Erneuerungen. Die Walderholungsstätte wandelte sich zu einem Tagesheim und richtete sich neu auf betagte und chronisch kranke Menschen, etwa MS-Kranke, aus.⁹⁷ Die Institution als Erholungsort in der Nähe der Stadt wollte man erhalten, doch waren das «barackenartige Haus und Mobiliar verwohnt», und die sanitären Einrichtungen entsprachen nicht mehr zeitgemässen Anforderungen.⁹⁸

Aufgrund des akuten Bettenmangels in den Spitälern hatten das Bürgerspital und die Leimenklinik das Modell des Tagesspitals entwickelt. Einerseits reichte in vielen Fällen eine ambulante medizinische Betreuung, andererseits war sie volkswirtschaftlich günstiger als eine Hospitalisierung.

Mit einem Neubau, der über genügend heizbare Liegehallen verfügte, gelang es, den Betrieb ganzjährig zu führen. Ein Labor für Blut- und Urinuntersuchungen wurde eingerichtet und medizintechnische Geräte wie etwa ein EKG und ein Inhalationsapparat wurden angeschafft, um den erhöhten Ansprüchen an eine gesundheitliche Versorgung zu genügen. Angeboten wurden auch Physio-, Ergo-, Bewegungs- und Gruppentherapien für die Betreuten, die alt und krank waren, die unter «Vereinsamung, medikamentöser Verwahrlosung, mangelnder Bewegung oder fehlenden persönlichen Kontakten» litten.⁹⁹ Die volle Belegung mit gegen fünfzig Tagespatientinnen und -patienten täglich entsprach einem Bedürfnis. Ohne den Druck eines Spitaleintritts konnten kleinere medizinische Probleme bei älteren Menschen mit einem Minimum an Aufwand und Personal zu tragbaren Bedingungen behandelt werden.

Eine wichtige Rolle spielte dabei der psychologische Aspekt des Tagesheims. Weil vielen älteren Menschen ein soziales Netz in der Stadt fehlte oder erwerbstätige Familienangehörige nur am Wochenende Zeit für sie erübrigen konnten, hatten sie wenig Austausch. Gerade in der Gruppentherapie fanden sie den Raum, um über existentielle Themen wie etwa «Angst vor Krankheit, Alter und Tod», «persönliche Sorgen über familiäre Probleme, Liebe, Ehe, Konflikte mit den Kindern und Grosskindern» zu sprechen und ihre Ohnmachtsgefühle und Ängste zu formulieren. In der

Gruppe erlebten sie ein «Gefühl des Vertrauens, des Zusammengehörens und der Solidarität» und konnten so ihr «Selbstgefühl» stärken.¹⁰⁰

Es war der Beginn der professionellen Fürsorge für die alten Menschen in unserer Gesellschaft. Der Kampf um finanzielle Absicherung im Alter hatte mit der Einführung der AHV 1947 einen Meilenstein erreicht, erstmals waren die Betagten von der Notwendigkeit befreit, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, solange es gesundheitlich möglich war.

In den 1990er Jahren zeichnete sich ein neuer Wandel ab, als vermehrt pflegeabhängige Patienten und Patientinnen das Egliseeholz aufsuchten. Neu nannte sich das Tagesheim im Rahmen einer Umstrukturierung GGG Tagespflegeheim für Betagte. Ziel war es, zu einer höheren Lebensqualität von pflegebedürftigen betagten Menschen beizutragen. An fünf Wochentagen erhielten sie eine umfassende Betreuung, die eine Aktivierungstherapie, eine Gymnastik- und Bewegungstherapie sowie verschiedene Betätigungsmöglichkeiten wie Gedächtnisspiele, Spaziergänge und gestalterische Aktivitäten beinhaltete. Die drei täglichen Mahlzeiten waren auf besondere Bedürfnisse wie etwa Diabetesdiät ausgerichtet. Der Transport morgens und abends wurde von der Institution organisiert.¹⁰¹

Das Thema der Qualitätssicherung erhielt im sozialen Bereich zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen enormen Stellenwert. Das interdisziplinäre Team des GGG Tagespflegeheims führte mit dem Institut für Arbeitsorganisation und Qualitätsdiagnostik ein Audit durch, um sich mit Qualitätsfragen zu befassen und allfällige Schwachstellen auszumachen. Gemeinsam wurde ein Qualitätssignet entwickelt, das eine wachsame Eule zeigt: «Wir drücken kein Auge zu, wenn es um Qualität geht», lautete der dazugehörige Slogan. Als Anerkennung finanzierte die GGG die Gestaltung einer Homepage, die inzwischen in der Kommunikation unentbehrlich geworden war.

Finanzielle Gründe waren nach 2000 ausschlaggebend, dass verschiedene Angebote wie das Frühturnen und zwei Mahlzeiten wegfielen, die Öffnungszeiten reduziert wurden und diplomiertes Fachpersonal im Pflege- und Therapiebereich durch Mitarbeitende aus den Assistenz- und Hilfsberufen ersetzt wurde. Diese Sparmassnahmen allein reichten noch nicht aus, um das Budget in ein Gleichgewicht zu bringen. Ohne höhere staatliche Subventionen konnte die GGG das Tagespflegeheim, das im Grundsatz unbestritten war, nicht weiterführen. Doch entsprechende Verhandlungen waren erfolglos geblieben. So suchte die GGG-Kommission eine andere, grössere Trägerschaft im Altersbereich. 2006 wurde sie gefunden: der «Sternenhof – Leben und Wohnen im Alter», der betagten Menschen verschiedene Betreuungsformen anbietet. Im Bereich Tagesbetreuung war er bereits im Gellert und im Felix Platter-Spital engagiert, was ihm die Nutzung von Synergien ermöglichte.

Die GGG schrieb im letzten von ihr verantworteten Jahresbericht: Wenn die GGG immer wieder Neues tun wolle, müsse sie auch Altes abgeben oder aufgeben können. «Eine Tätigkeit abgeben heisst, die Tätigkeit

[Abb. 25]
[Abb. 26]



[25] Das Tagesheim Egliseholz an der Fasanenstrasse,
um 1968.

[26] Ab 1912 konnten sich pflegebedürftige Frauen und
Männer in der Walderholungsstätte Egliseholz bei «Ruhe,
guter Luft & kräftiger Ernährung» erholen.

in Hände legen, die mit der gleichen Sorgfalt und Liebe die Aufgabe weiterführen, aber mit besseren Rahmenbedingungen.» Am 14. Dezember 2006 fand zur Übergabe an den Sternenhof ein «rauschendes Fest» statt mit gutem Essen und den Zwischenstücken von Clown Pello.¹⁰²

Krankenzimmer für Obdachlose

Die GGG unterstützte nicht nur Vorhaben, die von Behörden, Organisationen oder Privatpersonen an sie herangetragen wurden. Sie initiierte auch selbst Projekte, wie das folgende Beispiel zeigt. Nach der Teilliquidation der Basler Höhenklinik in Davos gründete sie 1988 zwei Stiftungen, die «GGG Stiftung für das Gesundheitswesen» und die «Krankenfürsorgestiftung der GGG (vormals Basler Höhenklinik Davos)».

Eine Arbeitsgruppe «Neue Aktivität der GGG», die seit einiger Zeit die Fühler nach künftigen Aufgabenfeldern ausstreckte, schlug dem Vorstand vor, eine Studie über die Drogensituation in der Region Basel zu finanzieren. Dieser war damit einverstanden und bewilligte 1986 10 000 Franken.¹⁰³

Die GGG hatte seit den 1970er Jahren Projekte im Bereich der Drogenproblematik mitfinanziert. So gewährte sie 1971 der Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen (AAJ) eine Starthilfe für das Drop-in.¹⁰⁴ Die Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenprobleme nahm sie ins Patronat auf, bis sie 1975 vom Baslerstädtischen Gesundheitsamt übernommen wurde.¹⁰⁵ Die GGG beteiligte sich auch an der Finanzierung der Cikade des Vereins Drogenhilfe, die Drogenentzüge durchführte.

An einer Sitzung der Arbeitsgruppe «Neue Aktivität der GGG» referierte der Anwalt Pierre Joset über «Neue Perspektiven einer neuen Drogenpolitik». ¹⁰⁶ Bisher stand im Fokus, «die Drogenabhängigen von den Drogen zu entwöhnen und sie mit begleitenden Therapien zur Abstinenz zu zwingen». Mit dieser Methode habe man etwa zehn Prozent der Betroffenen erreicht. Inzwischen gebe es neue Lösungsansätze wie «Überlebenshilfe (ohne Zwang zur Abstinenz), Abgabe von Ersatzdrogen, materielle Hilfe (Wohnraum, Verpflegung) und Entkriminalisierung der Drogenabhängigen (gleiche Behandlung wie für Alkoholiker, Morphium- und Medikamentensüchtige)». Die GGG könne Joset zufolge wie bis anhin die «traditionellen Drogen-Institutionen» unterstützen oder sie könne sich auf diesen Paradigmenwechsel einlassen, der «im Gegensatz zur «etablierten» Drogenbekämpfung» stehe.

Die Schwachstellen des bisherigen Therapieverständnisses der Totalabstinenz und des entsprechenden Behandlungsmodells beschrieb der Mitbegründer des Ulmenhofs in Ottenbach, eines der ersten soziotherapeutischen Zentren, die Sucht- und Drogenfragen mit einem andern Ansatz angingen. Zuerst gehe es um die Überlebenshilfe, damit «die Desintegration der Betroffenen nicht weiter fortschreitet», danach würden alle Ansätze

zur Selbsthilfe und Selbstverantwortung unterstützt und gefördert. Am dringendsten seien zurzeit «gassennahe, medizinische Hilfsangebote und, wo bereits AIDS ausgebrochen ist, spezielle Projekte, die adäquat auf die zu erwartenden neuen Probleme reagieren können».¹⁰⁷

Um ein unterstützungswürdiges Projekt im Bereich der Drogen- und Aids-Problematik zu entwickeln, klärte die GGG-Arbeitsgruppe, deren Mitglieder in Drogenfragen kein Fachwissen hatten, mit Hilfe von Experten und durch informative Besuche verwandter Institutionen mögliche Ideen ab. Dabei sahen sie ihre Rolle folgendermassen: «Wir müssen uns mit bestehenden Institutionen verständigen, sie zu Rate ziehen, ihnen helfen und nach Möglichkeit eine Koordination anstreben.»¹⁰⁸

Sie wurden von Fachleuten jedoch darauf hingewiesen, dass in Basel bereits ein grosses und vielfältiges Hilfsangebot für Drogensüchtige bestehe, dass etwa vierzig Personen in diesem Bereich tätig seien und dass weder eine «Koordinierung», die «nur Bürokratie bringen würde», noch eine «Erhebung über den Stand der Drogenhilfe» wünschenswert seien.¹⁰⁹ Eine Lücke gebe es – wegen Aids – «seit Jahren in der medizinischen Versorgung der akut drogenabhängigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen», meinte der Leiter der Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenfragen. Polikliniken und Hausärzte seien oft mit den «schwierigen Verhaltensweisen der Fixer» überfordert. Zwar sei schnell und unbürokratisch die freie Abgabe von Spritzen und Kondomen eingeführt worden, aber es fehle «ein «medizinisches Ambulatorium» für Fixer, welches mit einfachen Mitteln die wichtigsten Hilfeleistungen einer medizinischen Versorgung gewährleisten» könne.¹¹⁰ In Zürich war 1986 ein solches «Krankenzimmer» vom stadtärztlichen Dienst eröffnet worden.

Die Arbeitsgruppe fragte nun bei der Regierung an, ob in Basel etwas Äquivalentes geplant sei, ob für die tägliche Krankenvsiste ein Arzt eines staatlichen Spitals zur Verfügung gestellt werde und ob die staatliche Zentralstelle für Liegenschaftsverkehr (ZLV) bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten behilflich sein könne.¹¹¹ In ihrer Antwort begrüsst die Regierung die Idee, riet aber, die Trägerschaft um Fachpersonen aus der Sozial- und Jugendarbeit sowie der Psychiatrie und aus Betroffenenkreisen zu erweitern und die Liegenschaft mit dem Drop-in zu teilen. Ein Spitalarzt könne nicht entbehrt werden, als Alternative käme vielleicht eine Gruppe von privat praktizierenden Ärzten in Frage.¹¹²

Nach weiteren Abklärungen stellte die Arbeitsgruppe fest, dass das Projekt Krankenzimmer für Obdachlose (KfO) zwar realisiert werden könnte, aber dass zusätzliche Finanzgeber, ein Leiter, ein Haus sowie Mitglieder für die GGG-Kommission fehlten. So entschied sie sich, anstelle des KfO andere Unternehmungen wie etwa das Gassenküche-Projekt Friedensgasse, Gilgamesch oder die Erweiterung des Drop-in in Betracht zu ziehen. An der «Drogenhilfe» wollte sie indessen festhalten.¹¹³ Doch drei Wochen später, Ende Juni 1988, erklärte sie dem GGG-Vorstand: «Wir sind zum Schluss gekommen, dass sich unser gut gemeinter Plan, unkompliziert und ohne

viel Umtriebe eine GGG-eigene Lösung anzubieten und uns damit zu profilieren, leider nicht verwirklichen lässt.»¹¹⁴

Die Arbeitsgruppe stellte zur Arbeitsweise des GGG-Vorstands wohl etwas ernüchtert fest, dass dieser und sein kleines Sekretariat (noch vor der Einführung des vollamtlichen Geschäftsführers) mit einem Verwaltungsrat verglichen werden könne, der «die Arbeiten der A-Kommissionen kontrolliert und genehmigt, Vorschläge prüft und Anregungen gibt» sowie die Rechnungen der B- und C-Kommissionen prüft respektive zur Kenntnis nimmt und deren Tätigkeiten unterstützt und fördert, überdies Gesuche von GGG-fremden Institutionen bewilligt oder ablehnt. Wenn der Vorstand aber «eigene Aktivitäten entfalten» wolle, müsse er eine Kommission oder einen Stiftungsrat finden, die das Projekt realisierten. Wenn er sich nicht auf eine Kommission stützen könne, sei das Werk häufig misslungen. Als Beispiele erwähnte die Arbeitsgruppe «Musikführer 1982, Wägwyser 1979, Jugendclub 123 (Mittagstisch und Aufgabenstunden 12.00–16.00h) 1969, Saalbauten 1968 sowie ein Therapieheim für Jünglinge 1966».¹¹⁵ Allerdings war diese Einschätzung rückblickend zu pessimistisch, denn der Musikführer wurde wie oben erwähnt veröffentlicht, und der GGG Wegweiser erfüllt seine Aufgaben im umgebauten Schmiedenhof erfolgreich.

Auch die Idee des KfO war noch nicht begraben. Es war nun das Jugendamt, das das Konzept des KfO mit der Arbeitsgruppe besprechen wollte. Die Mitarbeitenden der Notschlafstelle für Jugendliche, die sich am Mühlegraben 3 befand, seien motiviert, einen Teil der Arbeit zu übernehmen. Als Trägerschaft kämen die GGG oder ein zu gründender privater Verein in Frage. Geeignete Räume gäbe es in der Liegenschaft neben der Notschlafstelle.¹¹⁶

Also arbeitete die Arbeitsgruppe weiter. Sie beschäftigte sich weiterhin mit der Standortfrage und besichtigte unter anderem die «Sous-sol-Wohnung in der Villa Dalbe» am St. Alban-Rheinweg 118, das ehemalige Atelier des verstorbenen Basler Malers Ermanno Boller, das nun als Ausstellungsraum diene. Dafür müsste die GGG einen Ersatz bieten.¹¹⁷ Im oberen Stock der Villa Dalbe betreute der 1980 gegründete Verein für Gefangenbetreuung und Gefährdetenhilfe, «Das Angebot», auf der Grundlage des Evangeliums Strafgefangene, Strafentlassene und Gefährdete. Ende Mai 1989 lag eine mündliche Zusage der ZLV für die Miete der Wohnung am St. Alban-Rheinweg vor. Die GGG war an einem langfristigen Mietvertrag von mindestens fünf Jahren interessiert.¹¹⁸ Zwei Wochen später entschied die Arbeitsgruppe, das KfO zu realisieren.¹¹⁹ Die offizielle Eröffnung samt Pressekonferenz wurde für den 18. Dezember 1989 angekündigt.

Das Krankenzimmer für Obdachlose, das die GGG als A-Organisation aufnahm, bot gemäss Konzept «tagsüber für maximal 10 Personen eine Krankenpflege, die etwa dem entspricht, was andere Menschen zuhause von ihren Angehörigen erhalten können». Es ergänzte die Notschlafstelle mit einer Tagesstruktur für kranke Menschen. Die Öffnungszeiten von Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr waren der Notschlafstelle angepasst.

Das Mittagessen wurde den stationären Benutzerinnen und Benutzern kostenlos abgegeben. Der Arzt des nahe gelegenen Drop-in machte täglich Visite. Neben einer einfachen medizinischen Versorgung mit Hilfe gegen Entzugssymptome (Methadon) gab es bei Bedarf auch eine psychosoziale Betreuung. Verboten waren Drogenhandel und Drogen- und Alkoholkonsum. Bei Zuwiderhandlung wurde der Benutzer, die Benutzerin nach einer Verwarnung aus dem KfO ausgewiesen.

An der GGG-Mitgliederversammlung vom 13. Juni 1990 nahmen die Anwesenden die Bildung der neuen A-Organisation KfO einstimmig an. Nach dem ersten Betriebsjahr war das Fazit des Leiters Walter Amsler durchzogen. Das Konzept des KfO war ausgerichtet auf die vorwiegend medizinische Betreuung kranker Obdachloser, für die drei Krankenschwestern und ein Arzt angestellt waren, doch zu 80 Prozent besuchten drogensüchtige junge Menschen das Zentrum. Sie erlebten den Raum als stressfrei und kamen «mit einem grossen Bedürfnis nach psychosozialer Betreuung». Obdachlose waren kaum darunter, weil diese auch über Nacht eine Bleibe benötigten. Als ambulante Einrichtung war das KfO von der Drogenszene zu weit entfernt und seine Öffnungszeiten nicht optimal. «Wo Drogensüchtige (oder sonst eine andere Randgruppe) sich etabliert haben, kommt keine andere Randgruppe mehr hin.» Körperlich Kranke mussten, da es keine Betreuung rund um die Uhr gab, weiterverwiesen werden. Dies hatte sich «auf der Gasse» schnell herumgesprochen. Zudem waren die Pflegepersonen aufgrund ihrer spezifischen Grundausbildung im KfO «intellektuell wie auch arbeitsmässig unterfordert». Der Leiter schloss sein Resumée: «Das KfO sollte in seiner heutigen Form nicht mehr weitergeführt werden», weil das Verhältnis von Kosten und Nutzen nicht im Gleichgewicht war. Als Varianten schlug er vor, den Betrieb auf 24 Stunden und 7 Tage pro Woche auszubauen, einen neuen Standort zu prüfen und Staatssubventionen zu beantragen oder aber das KfO zu schliessen. Dann könne das eingesparte Geld in einem neuen KfO-Projekt oder für ein neues GGG-Projekt verwendet werden.¹²⁰

Berechnungen für einen Vollbetrieb gingen von jährlich rund einer Million Franken aus, ein Betrag, der die finanziellen Möglichkeiten der GGG weit überstieg. Auch staatliche Subventionen waren dafür kaum zu erhalten. So entschied sich der GGG-Vorstand nach intensiven Diskussionen mit allen Beteiligten, das KfO auf Ende Jahr zu schliessen, weil das Bedürfnis und das Konzept nicht übereinstimmten und ein neues Konzept am gleichen Ort nicht realisiert werden konnte.¹²¹

Mehrere Institutionen, die sich in Basel für Drogen konsumierende Menschen einsetzten, wie die KETTE, das Drop-in, das Gassenzimmer, die Notschlafstelle bedauerten die Schliessung des niederschweligen Projekts. Pointiert nahm der Kantonsarzt Stellung: «Dieser Verlust ist symptomatisch für eine Reihe von Vorkommnissen der letzten Monate, welche nicht nur auf Unkenntnis basieren, sondern auch auf einer als arrogant zu bezeichnenden Einstellung der verantwortlichen Behörden

beruht und überspitzt formuliert lautet: «Soziale Einrichtungen müssen rentieren oder sie werden geschlossen.» Beispiele seien die Kontroversen um die Gassenküche, die drohende Schliessung des Hauses Gilgamesch wegen Subventionskürzungen und die angekündigte Schliessung des Fixerstüblis am Lindenberg – alles Projekte der Überlebenshilfe. Das in den letzten Jahren aufgebaute Netz von Überlebenshilfen könne nur dann funktionieren, wenn alle Elemente intakt seien. Die Eliminierung eines Angebots habe im Sinne eines Domino-Effekts unmittelbare Folgen für die restlichen Institutionen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssten und somit in ihrer Existenz gefährdet würden. «Man muss sich ernsthaft fragen, wie lange dieser Ausverkauf der Menschlichkeit in unserer Stadt noch weitergehen soll?» Und er rief alle privaten und staatlichen Institutionen dazu auf, sich gemeinsam im Bereich der Überlebenshilfe für drogenabhängige und mittellose Mitmenschen einzusetzen.¹²²

Auch von Seiten der Nutzerinnen und Nutzer wurde die Schliessung bedauert: «Es war auch ein Ort, wo wir uns treffen und zusammen den Tag verbringen konnten», schrieb eine Jugendliche, «die Atmosphäre, die am Nachmittag im KfO herrschte, war meistens locker und ruhig. Für uns ist mit dem Ende des KfO eine der wichtigsten sozialen Institutionen für Randgruppen wie uns verschwunden. [...] Es ist schrecklich, müssen immer die besten Projekte und Ideen zugrunde gehen. Aber wir glauben, dass durch das Ende des KfO wieder etwas Neues entstehen kann und soll. Wir kämpfen weiter, täglich sind wir mehr.»¹²³

Für die GGG war immerhin erfreulich, dass die ZLV dem Verein für Gefangenenbetreuung und Gefährdetenhilfe zu gleichen Konditionen zusätzlich das Parterre vermietete, wo er eine Drogenentzugsstation einrichten wollte.¹²⁴

Basler Lehrlingsheim

Immer wieder gelangten staatliche Stellen an die GGG mit der Anfrage, bei der Realisierung von sozialen Projekten mitzuhelfen, die nicht im unmittelbaren Aufgabenbereich der staatlichen Verwaltung lagen. Im Juni 1913 unterbreitete Otto Stocker, Amtsvormund und Leiter der Abteilung Schutzaufsicht in der Vormundschaftsbehörde, der GGG seinen Plan eines «Kost- und Logierhauses für Lehrlinge».¹²⁵ Es gebe nur wenige Institutionen für die «schulentlassene Jugend». In seiner Tätigkeit hatte er etwa mit einem «elternlosen Jüngling ohne Verwandte», mit einem «Amtsmündel illegitimer Herkunft» oder mit einem «Pflegesohn», dessen Stiefvater ihn nicht in seiner Familie duldet, zu tun. Ein «mutterloser Jüngling» – begabt und arbeitswillig – war in der Freizeit «kriminell» geworden, weil der Vater als Lokomotivführer unregelmässig arbeitete und ihn zu wenig beaufsichtigen konnte. Es fehlten ihm die finanziellen Mittel für Kost und Logis, um den Sohn in einer Pflegefamilie unterzubringen.

Diese Beispiele hatten den Amtsvormund zur Überzeugung gebracht, dass für solche Jugendliche «ein von einem erzieherisch tüchtigen Elternpaar geleitetes Lehrlingsheim, das gegen stark reduziertes Kostgeld (Fr. 30.– bis 40.–/Mt.) die Jünglinge aufnähme, die geeignetste Lösung» sei. In der Stadt sei es selten geworden, dass Lehrlinge in Lehrbetrieben Unterkunft fänden. Es sei auch schwer, «geeignete Pflegeeltern zu finden, die Jugendliche mit Liebe und Verständnis aufnehmen, da es sich meist um schwer zu behandelnde willensschwache Menschen handelt, die mit einem ungewöhnlichen Mass an Liebe und Takt behandelt werden sollten». Während eine «Fürsorgeerziehungsanstalt für arbeitsscheue und verbrecherisch veranlagte Jugendliche im Sinne einer Arbeitslehrkolonie, die zugleich Beobachtungsstation für psychisch Anormale wäre», eine staatliche Aufgabe sei, sollte ein Lehrlingsheim Stocker zufolge privat geführt werden. Allerdings könne sich der Staat daran beteiligen, wenn er etwa ein Gebäude zinsfrei zur Verfügung stelle oder einen namhaften Betrag an die Betriebskosten leiste.

Nach einer Besprechung mit Stocker im Januar 1914 lehnte der GGG-Vorstand das Gesuch aus folgenden Gründen ab.¹²⁶ Die Lehrstellenvermittlung sei der Vormundschaftsbehörde angegliedert, ein Lehrlingsheim sei «auf erhebliche staatliche Beiträge angewiesen» und könnte, auch wenn die GGG es gründete, «doch in absehbarer Zeit vom Staat

übernommen werden». Überdies müsse die GGG berücksichtigen, dass etliche der von ihr unterstützten Anstalten sich vergrösserten und mehr Mittel benötigten. Deshalb wolle sie «in erster Linie» diese unterstützen. Neuerdings benötige auch die Volksküche, ein für eine grosse Bevölkerungsgruppe wichtiges Projekt, die Hilfe der GGG.

Weil die GGG die Projektidee wegen der finanziellen Konsequenzen nicht mittragen wollte, wählte Stocker den Weg über eine Vereinsgründung. Um Unterstützung in Gewerbekreisen zu finden, wandte er sich an die GGG-Kommission zur Unterstützung der Gewerbelehrlinge. Neben Gewerbetreibenden und Handwerksmeistern zeigten sich auch Berufsberater und Juristen offen für Stockers Vorhaben. Am 12. März 1917 wählte die konstituierende Versammlung Rudolf Leupold zum Präsidenten und Otto Stocker zum Sekretär und verabschiedete die Statuten des Vereins Basler Lehrlingsheim. Der Zweck war es, Jugendlichen ohne Familienangehörige in Basel «ein freundliches Heim zu bieten und ihre Entwicklung zu körperlich tüchtigen und sittlich gefestigten Männern zu fördern», damit sie hier ihre Berufsausbildung absolvieren konnten. Die Hauseltern hatten «an Elternstatt für das leibliche und geistige Wohl der Heiminsassen» zu sorgen. Ihre Rechte und Pflichten wurden durch Vertrag und Hausordnung geregelt.

Kaum ein Jahr später konnte Mitte Januar 1918 das Lehrlingsheim im «neuen Rebhaus» an der Leimenstrasse 65 mit 31 Lehrlingen eröffnet werden. Der Dienstvertrag mit den ersten Hauseltern, Eugen und Hulda Hermann-Isenegger, war abgeschlossen. Gemeinsam mit den Dienstboten und den Lehrlingen waren sie kranken- und unfallversichert. Im Verlauf des ersten Jahres traten fünf Jugendliche nach Beendigung der Lehre aus, drei mussten entlassen werden und zwei starben unglücklicherweise an der Spanischen Grippe.¹²⁷

Der Verein Basler Lehrlingsheim war weiterhin auf Geldsuche – auch bei der GGG. Dass diese «hochangesehene, finanzkräftige Gesellschaft [...] angesichts der weitherzigen Zweckbestimmung in §1 der Verfassung» dieses Projekt erneut finanziell nicht unterstützen wollte, wurde mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen.¹²⁸ Man bemühte sich in der Folge, weitere Mitglieder zu gewinnen und staatliche Subventionen zu erhalten.

Dem dritten Anlauf war schliesslich Erfolg beschieden, und die GGG sagte ihre Unterstützung zu. Das Lehrlingsheim wurde ins Patronat aufgenommen. Die Mitgliederversammlung hiess den Antrag des GGG-Vorstands 1918 gut.

Fortan delegierte die GGG zwei Vertreter in den Vorstand des Vereins Basler Lehrlingsheim und genehmigte Jahresbericht und Jahresrechnung. Ihr jährlicher Unterstützungsbeitrag belief sich auf 3000 Franken. Weitere Einnahmen generierte das Lehrlingsheim aus Mitgliederbeiträgen, Geschenken, Legaten und staatlichen Subventionen. Wegen der wirtschaftlich schwierigen Zeiten in den 1920er und 1930er Jahren musste das Kostgeld öfters erhöht werden, obwohl der Vereinsvorstand dies im Interesse bedürftiger Lehrlinge nicht für wünschenswert hielt.

Bis Ende der 1950er Jahre befand sich das Lehrlingsheim am ursprünglichen Ort. Im Hinblick auf eine mögliche Erweiterung hatte der Verein schon 1949 von Coop in der Breite Land erworben. Als das Bürgerspital zusätzliche Räume benötigte, wurde der Plan eines Neubaus konkret. An Ostern 1960 konnte das neue Lehrlingsheim am Karpfenweg 15 mit 40 Plätzen eröffnet werden.

In einem neuen Prospekt wurden Ziel, Zweck und Haltung des Lehrlingsheims vorgestellt.¹²⁹ Jugendliche werden «sinnvoll und umsichtig betreut, ohne dass sie einem Anstaltszwang unterworfen werden». «Gesunde, gutartige junge Menschen verschiedener Bekenntnisse, nicht aber schwierige oder gar kriminelle Jugendliche» fänden Aufnahme. Man wolle die «Schützlinge mit Vertrauen und Liebe betreuen und hoffe, dass sie sich zu selbständigen, verantwortungsbewussten und charakterfesten Persönlichkeiten entwickeln». Die Heimleitung wollte keine «Schwererziehbaren» aufnehmen, weil sie «eine Verschärfung des Regimes» ablehnte. Die Hausordnung sei kein «Verbotblatt», sondern die «Grundlage für ein erspriessliches, reibungsloses Zusammenleben in der grossen «Familie»». Sie diene als Orientierung und könne durch Weisungen und Verfügungen der Hauseltern ergänzt werden.

In den 1970er Jahren änderten sich die Aufnahmekriterien und die Ausrichtung.¹³⁰ Nun wurden Jugendliche aufgenommen, die «keine Bezugspersonen haben oder mit ihren Eltern oder Pflegeeltern in Unfrieden leben, Jugendliche, die Führung und erzieherische Betreuung benötigen». Sie müssten «fähig und gewillt sein, extern eine Lehre oder eine Anlehre zu absolvieren oder regelmässig eine Hilfsarbeit auszuführen». Die Einweisung konnte durch Eltern oder Behörden wie Jugendamt, Amtsvormundschaft, Jugendanwaltschaft oder soziale und Erziehungsberatungsstellen erfolgen. Die Heimleitung werde bei Bedarf mit (Pflege-) Eltern, dem Lehrmeister oder Arbeitgeber, der Gewerbeschule und weiteren Bezugspersonen Kontakt aufnehmen. Sie unterstützen folgende Bereiche: «Lohnverwaltung, Mithilfe beim Einkauf (z. B. Kleider, Wäsche, Schuhe), Ferienplanung, Austrittsplanung». Wenn nötig, kümmere sie sich auch um die «nachgehende Fürsorge». Der Namenswechsel auf den 1. Januar 1990 verwies auf diese seit längerem veränderte Zielsetzung: «Sozialpädagogische Wohngruppen, Karpfenweg 15, Basel».¹³¹

Im Zuge der allgemeinen Überprüfung der Patronate stellte sich die GGG 1991 auch bei dieser sozialen Einrichtung die Frage der Weiterführung. Sinnvoll sei ein Patronat, «wenn entweder die GGG oder die betroffene Institution von der Verbindung irgendwie profitieren» könne. Wenn die Organisation nicht mehr gemeinnützig sei oder ihre Tätigkeiten nicht mehr mit den Zielen der GGG übereinstimmten, dann könne die Entlassung erwogen werden. Diese Überprüfung sei «nicht als Ausdruck des Misstrauens zu verstehen», schrieb Zentralsekretär Niggi Merz an den Karpfenweg.¹³² Es gehe darum «überflüssige Beziehungen als solche zu erkennen und allenfalls abzubauen und bestehende gegebenenfalls zu

intensivieren». Während der Zentralsekretär für die Entlassung plädierte, waren Vorsteher und Delegierter der GGG dagegen. Wenn die Institution regelmässig Beiträge erhalte und selbst nicht das Bedürfnis einer Loslösung von der GGG habe, solle sie «im bescheidenen Rahmen» weiterhin unterstützt werden.¹³³ Der Leiter des Lehrlingsheims, der zugleich die GGG im Vereinsvorstand vertrat, antwortete, dass sich das Lehrlingsheim zu einem Jugendheim gewandelt habe und grundsätzlich die Betriebskosten gesichert seien.¹³⁴

Seit 1987 teilten sich nämlich das Bundesamt für Justiz und der Kanton Basel-Stadt die Kosten. Die GGG hatte ihren jährlichen Beitrag gestrichen, übernahm aber noch «Extra-Kosten» für Aktivitäten in der Freizeit, die nicht durch Subventionen gedeckt waren.

Wegen der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den 1990er Jahren begann der Verein ein zweites Standbein aufzubauen und änderte dazu den Zweckartikel seiner Statuten. Die eine Aufgabe war nun die «Führung eines Heims für sozialgefährdete und verhaltensauffällige Jugendliche, im besonderen Lehrlinge», die eine angemessene berufliche Ausbildung erhalten sollten, und die andere Aufgabe war die Förderung von «Beschäftigungsprogrammen für arbeitslose Jugendliche».¹³⁵ Ein erstes erfolgreiches Projekt war «Tischlein deck dich», zunächst ein Partyservice. Seit 1995 hat sich daraus ein Berufsintegrations-, Bildungs- und Arbeitsintegrationsprogramm entwickelt, das individuelle Unterstützung bei der Lehrstellensuche bietet und einen festen Bestandteil der sozialen Absicherung in Basel bildet. Was die Rolle der GGG anbelangt, so ist zu ergänzen, dass der Verein Basler Lehrlingsheim 1998 schliesslich doch aus dem Patronat entlassen wurde.¹³⁶

Basler Lehrtöchterheim

«Die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen hat uns für das Berichtsjahr einen Beitrag von Fr. 2000.– gegeben. Wir sind ihr dankbar dafür, dass sie unser neues Heim in den grossen Kreis der von ihr unterstützten Werke der Gemeinnützigkeit aufgenommen hat.»¹³⁷ Dies schrieb die Präsidentin Marietta Linder im zweiten Jahresbericht von 1931, dem Jahr der Eröffnung des Lehrtöchterheims an der Grenzacherstrasse 109. Mit Gleichgesinnten wollte sie analog zum Basler Lehrlingsheim ein Heim errichten für «Mädchen, die von auswärts kommend in Basel eine Lehre bestehen, für Waisenmädchen oder für solche, die aus irgendeinem Grunde während der Lehrzeit nicht daheim wohnen können».¹³⁸ Bei der Realisierung der Projektidee orientierten sich die Initiantinnen an den Erfahrungen des Vereins Basler Lehrlingsheim und wählten dessen Präsidenten auch in den Vorstand. Für den Bau erhielten sie ein Grundstück an der Grenzacherstrasse zu einem Vorzugspreis. Beim Kanton Basel-Stadt beantragten sie staatliche Beiträge an die Bau- und Betriebskosten.

Die Leitung des Basler Töchterheims liegt in den Händen der Hausmutter. Die Lehrtöchter halten sich an ihre Weisungen und helfen nach bestem Können mit, das Zusammenleben der Hausgenossen zu einem freundlichen und kameradschaftlichen zu gestalten. Soweit es ihre Zeit erlaubt, beteiligen sie sich an Dienstleistungen in Haus und Garten.

Besonderer Erlaubnis der Hausmutter bedarf es:
zum Ausgehen nach dem Nachtessen,
zum Nichtteilnehmen an einer Mahlzeit,
zum Beitritt in einen Verein und zur Teilnahme an Vereins-Anlässen und -Ausflügen.

Der Körperpflege ist die zu einer gesunden Entwicklung notwendige Sorgfalt zu widmen.

Es wird auch erwartet, dass die Lehrtöchter ihre Kleider und ihre übrigen Effekten in guter Ordnung halten.

Rechnungsführung über ihre Einnahmen ist erwünscht.

Haus und Garten, sowie die dazu gehörenden Geräte werden den Lehrtöchtern zu schonender Behandlung empfohlen; für Beschädigungen kann Ersatz verlangt werden.

In seinem Bericht an die Regierung hielt der Vorsteher des Departements des Innern fest, dass seit der Gründung des Lehrlingsheims 1917 die Lehrstellenvermittlung nicht mehr der Vormundschaftsbehörde, sondern dem Erziehungsdepartement angegliedert sei, aber die Absicht bestehe, diese 1931 dem Arbeitsamt und damit seinem Departement zu unterstellen.¹⁴⁰ Damit wolle man die «Ausbildung des beruflichen Nachwuchses zentralisieren». Es liege daher nahe, die Lehrlingsheime und ihre Subventionierung ebenfalls hier zu berücksichtigen. Die Vormundschaftsbehörde sei inzwischen weniger auf das Lehrlingsheim als auf das Jugendheim für die Unterbringung ihrer Zöglinge angewiesen. Weiter empfahl er, die Eingabe des Vereins Basler Lehrtöchterheim wohlwollend zu prüfen, denn das Gewerbeinspektorat komme immer wieder in die Situation, Kostorte für Lehrlingsmädchen zu suchen. «Was die Höhe der Subvention betrifft, so halten wir es für billig, wenn sie derjenigen entspricht, welche seinerzeit dem Verein Basler Lehrlingsheim bewilligt worden ist.» Die Regierung stimmte dem Vorschlag von 10 000 Franken als einmaligem Beitrag an die Baukosten zu, reduzierte aber die Subvention der Betriebskosten um mehr als die Hälfte. Statt der vorgeschlagenen 3000 Franken jährlich sprach sie 50 Franken pro Zögling und Jahr, was sich bei 17 Jugendlichen auf eine Summe von 850 Franken maximal belief.¹⁴¹ Den jährlichen Beitrag knüpfte die Regierung an zwei Bedingungen: Die Vormundschaftsbehörde solle im

Vorstand des Vereins Basler Lehrtöchterheim mit Stimmrecht vertreten sein, und Aufnahmegesuche dieses Amtes und des Gewerbeinspektors mussten berücksichtigt werden. Dank Subvention und Spenden sowie der Jahresbeiträge von 1500 bis 2000 Franken, die die GGG zahlte, konnte eine ausgeglichene Rechnung präsentiert werden.

Welche Lehrberufe den jungen Frauen offenstanden, zeigt die Liste im Jahresbericht der GGG: «Bureaux 2, Corsetière 1, Damenschneiderinnen 4, Einlegerin 1, Schülerinnen in Handelsschule, Gewerbeschule, Zuschneideschule je 1, Tapeziernäherin 1, Verkäuferinnen 5.»¹⁴²

Einen Einblick in die ersten Wochen des Heimalltags gab die erste gewählte Hausmutter Elisabeth Veraguth: «Die Töchter sind wegen Elternlosigkeit oder schwierigen Familienverhältnissen zu uns gekommen. Man spürt bei den meisten, wie nötig für sie ein Heim ist, wo sie fern von Streit und Aufregung sind und für ihre Arbeit und die vielen kleinen und grossen Interessen Verständnis finden. [...] In der ersten Zeit gab es noch viel einzurichten und zu putzen, und die Handwerker sorgten dafür, dass uns die Arbeit nicht ausging. Am Abend halfen die Mädchen mit Vergnügen beim Hängen von Bildern und beim Einräumen mit, und wie gross war die Freude am schönen Heim und an jedem Stück, das neu hinzukam. [...] Etwas ganz Besonderes sind die Feste! Wenn auch der Anlass klein ist: ein Geburtstag, Besuch, Taufe des «Büsi» usw., so wird mit einem uns freundlich geliehenen Grammophon, mit improvisierter Verkleidung oder mit Tischdekoration und gutem Dessert ein richtiges Fest daraus. Ja, der Dessert spielt eine grosse Rolle dabei, den die Mädchen wählen und auch selbst bereiten dürfen.»¹⁴³

Vereinigung Ulme

Ängste und Sorgen um die Jugend hatten bürgerliche, linke, religiöse und andere Kreise, seit die industrielle Entwicklung soziale Familiennetze lockerte und auflöste. Auch die GGG richtete seit ihrer Gründung den Fokus auf die Heranwachsenden mit dem Ziel, ihnen die erforderlichen Kompetenzen für die Erwachsenenwelt zu vermitteln. Diesen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit verfolgte sie auch im 20. Jahrhundert weiter. Davon profitierte u. a. die Vereinigung Ulme, die die GGG 1936 ins Patronat aufnahm und mit einem jährlichen, wegen eigener finanzieller Engpässe allerdings nur kleinen Beitrag unterstützte.

Die Vereinigung Ulme geht auf das aus religiös-sozialen Kreisen stammende Ärzteehepaar Dr. Eduard und Helene Koechlin-von Orelli und die Sozialarbeiterin Mathilde von Orelli zurück. Im Kampf gegen die soziale Not liessen sie sich bewusst mitten im Kleinbasler Arbeiterquartier nieder und gründeten 1926 einen nach der Ulme in ihrem Garten benannten Verein.¹⁴⁴ Sie wollten medizinisch und sozial tätig sein und

riefen altersspezifische Gruppen für die gemeinsame Freizeitgestaltung ins Leben, die sich zunächst in ihrem Wohnhaus, später im benachbarten Klybeckschlösschen trafen. Mit den Kindern wurde gespielt, gebastelt, und es wurden Geschichten erzählt, mit den Müttern wurde genäht und diskutiert. Die Männer trafen sich zu Referaten und Gesprächsrunden. Zum weiteren Programm gehörten Hausbesuche und Ausflüge sowie Kurse in Krankenpflege, Fremdsprachen, Elektrotechnik und Kunstgeschichte. Arbeiterfrauen und später auch ganze Familien erhielten die Möglichkeit, günstig in die Ferien zu gehen. Ein wichtiges Angebot war die Bibliothek, die vorwiegend aus geschenkten Büchern bestand.

Mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit in den 1930er Jahren erhielten erwerbslose Frauen und Männer hier einen Treffpunkt, um sich tagsüber in Gemeinschaft aufhalten zu können. Die Wirtschaftskrise war aber auch eine finanzielle Herausforderung für die Initianten, weshalb sie bei der GGG anklopfen.¹⁴⁵ Das Gesuch wurde gutgeheissen, weil die Bestrebungen «auf interkonfessioneller und unpolitischer Grundlage» aufbauten, den Teilnehmenden «keinen Zwang auferlegten» und sich Freiwillige, Studenten, angehende Lehrer und Sozialfürsorgerinnen für die Arbeiterschaft engagierten.¹⁴⁶ So erhielt die Vereinigung Ulme 1932 zunächst 500 Franken jährlich und ab 1936 300 Franken.

Mit dem Kriegsausbruch wurde deutlich, dass sich kaum mehr Freiwillige finden liessen. Aufgrund der Mobilmachung gab es keine Männerabende mehr. Auch wurde der Dirigent des Chores einberufen. Einige Arbeiterfrauen kamen zwar nach wie vor zum gemeinsamen Bibellesen, und die Bibliothek wurde noch immer gut besucht, aber die Angebote wurden zusehends reduziert. Hilfsmassnahmen wie die Beschaffung von Brennmaterial und die Vermittlung von Ferien wurden so lange wie möglich aufrechterhalten. Doch schliesslich war die Auflösung der Vereinigung Ulme 1942 nicht mehr aufzuhalten.¹⁴⁷

Basler Freizeitaktion (BFA)

Die Basler Freizeitaktion BFA feierte 2012 ihr 70-Jahr-Jubiläum und gab sich den neuen Namen JuAr (Jugendarbeit) Basel. Sie ist eine wichtige Dachorganisation in der Basler Jugendarbeit und umfasst derzeit 17 Jugendzentren und Freizeitangebote für junge Menschen, die das Erziehungsdepartement subventioniert und diverse Stiftungen und Basler Unternehmen mit regelmässigen Beiträgen unterstützen. Sechzig ausgebildete Festangestellte und annähernd hundert freie Mitarbeitende leisten Jugendarbeit auf einem hohen professionellen Niveau.

Die GGG hat die BFA seit ihrer Gründung als C-Organisation begleitet. Das «Aktionsprogramm», das an der Gründungsversammlung vom 12. Oktober 1942 verabschiedet wurde, konnte sie vorbehaltlos unterstützen.

Geplant waren analog zu den Soldatenwerkstätten und Soldatenstuben der Armee Freizeitwerkstätten und Lesestuben in verschiedenen Quartieren.¹⁴⁸ So konnten etwa von der kurz zuvor aufgelösten Vereinigung Ulme im Klybeckschlösschen Räume und die Bibliothek übernommen werden.

Mitten im Krieg herrschten vielerorts grosse Sorgen um die Jugendlichen, deren Väter mobilisiert wurden und monatelang fern von ihren Familien an der Grenze standen. Man befürchtete – wie schon im Ersten Weltkrieg¹⁴⁹ –, dass vor allem Knaben und männliche Jugendliche aus der Arbeiterschicht ohne väterliche Autorität verwahrlosten und kriminell würden.¹⁵⁰ So zielte die BFA besonders auf die unorganisierte Arbeiterjugend, die durch die monotone Fabrikarbeit wenig gefördert wurde. Zum Ausgleich sollten sich Jugendliche abends einem «schöpferischen und seelenvollen Handwerk» widmen und «nach genauer Anleitung» etwas gestalten. Auf dem Programm standen auch Vorträge und Filmvorführungen, Spiele, Ausflüge, Museumsbesuche und Wanderungen. Beliebt waren «die alkoholfreien Jugenddancings».

Seit an der Landesausstellung 1939 ein Haus der Jugend gezeigt worden war, das die Jugendverbände verantwortet hatten, wurde die Idee eines Jugendhauses in Basel auch in der BFA thematisiert. Die Jugenddelegiertenversammlung, die aus Vertretern der katholischen, protestantischen, sozialistischen und unabhängigen Jugendbünde zusammengesetzt war, unterstützte 1950 das Anliegen nur teilweise. Insbesondere die Katholiken waren vehement dagegen. Gleichzeitig wurden im Grossen Rat Anträge für ein Jugendhaus eingereicht. Doch es fehlte an Platz und Geld.¹⁵¹ Als die sozialdemokratische Jugend über eine Volksinitiative zum Ziel kommen wollte, verhandelte der GGG-Vorstand direkt mit der Regierung, weil er das Projekt als wünschenswert und notwendig erachtete.

Als Jugendhaus war das Sommercasino vorgesehen. Das Gebäude war 1822 für die im Sommer ausserhalb der Stadtmauern wohnhaften wohlhabenden Basler Bürgerfamilien gebaut worden und diente dem gleichen Zweck wie das gleichzeitig errichtete Stadtcasino innerhalb der Stadt, nämlich der kulturellen Unterhaltung. 1937 verkaufte die Stadtcasino-Gesellschaft das Sommercasino mit dem Park dem Kanton, weil die von der früheren Sommercasino-Gesellschaft angehäuften Schulden nicht mehr getilgt werden konnten.

Stiftung «Jugendhaus in Basel»

Die Regierung wollte das Sommercasino nicht der Dachorganisation BFA, bei der verschiedene Organisationen mitredeten, übergeben, weshalb sie die GGG anfragte, ob sie als Transmissionsriemen fungieren wolle. Die BFA war nur eine C-Organisation der GGG, das heisst, der Einfluss der GGG war beschränkt. Als Lösung wurde die Gründung einer Stiftung gefunden.

Im Hinblick auf die geplante 2000-Jahr-Feier von Basel 1957 zeigte sich der Grosse Rat grosszügig und bewilligte einen Staatsbeitrag von 250 000 Franken an die geplante Stiftung «Jugendhaus in Basel».¹⁵² Die GGG beteiligte sich mit einer Summe von 50 000 Franken.

Der GGG-Vorsteher Dr. Peter Burckhardt-Heusler begründete das Engagement der GGG in der Schlussrede 1957 so: «Bei der heutigen Tendenz der Arbeitszeitverkürzung ist es von grosser Wichtigkeit, dass die gewonnene Freizeit nicht in oberflächlicher, nutzloser Weise vertan wird, sondern zu einer Bereicherung des Innenlebens der Jugend führt, dass sie neuen, geistigen Interessen nachgehen kann und einen harmonischen Ausgleich gegenüber dem intensivierten Tagewerk findet. Das Jugendhaus soll Gelegenheit zu gemeinsamer Bildung, zu freiem Gedankenaustausch sowie zu frischer Geselligkeit bieten und eine sowohl kulturell wie sozial lebendige Jugendgemeinde heranziehen, die auf gegenseitiger Achtung und dem Verständnis für den Mitmenschen beruht.»¹⁵³ Die GGG nahm die Stiftung «Jugendhaus in Basel» als B-Organisation ins Patronat auf, und die Regierung gab das Sommercasino der Stiftung im Baurecht ab zu einem symbolischen Baurechtszins von 49 Franken.

Die Trägerschaft hatte die BFA inne. Das «Summercasinofescht», das mit der Sektion Basel des Internationalen Zivildienstes 1958 durchgeführt wurde, ergab einen Erlös von 9500 Franken für die Inneneinrichtung. Das erste Jugendhaus in Basel wurde am 26. Oktober 1962 eröffnet. Offizielle Ansprachen und Darbietungen der BFA-Sing-, Flöten- und Volkstanzgruppen, dem Orchester und der Jazzkapelle der Jugend prägten den Anlass.

Nur drei Jahre vorher, 1959, hatte der Verein Zürcher Jugendhaus den Betrieb in den Häusern am Drahtschmidli aufgenommen. Von der Idee eines Jugendhauses, die an der Landi präsentiert worden war, bis zur Realisierung waren mehr als zwanzig Jahre vergangen. Nun hatten Jugendliche in den beiden Deutschschweizer Städten Zürich und Basel ein Haus zur Verfügung, in dem sie sich in der Freizeit unter professioneller Leitung aufhalten konnten.

Der Leiter des Jugendhauses im Sommercasino war zuständig für die Beratung der Jugendlichen, die Unterstützung in den Werkstätten und die Förderung der «Gemeinschaftsbildung», während seine Frau, eine ausgebildete Weberin, Unterricht im Weben erteilte. Die meisten Jugendlichen, die das Jugendhaus besuchten, waren Lehrlinge aus dem Gundeldingerquartier. Etliche waren sogenannte «Fernschwaisen», deren Eltern abends vor dem Fernseher sassen und sich kaum um die Freizeitgestaltung ihrer Kinder kümmerten, nur wenige waren «sozial geschädigt». Von den insgesamt rund 500 Jugendlichen kamen etwa achtzig bis hundert regelmässig. Die abendliche Anzahl variierte nach Kinoprogramm oder Konzerten, die in Lokalen wie dem (Atlan)tis stattfanden. An den Kindernachmittagen kamen vierzig bis fünfzig Kinder, um zu werken, zu basteln oder Drachen zu bauen.¹⁵⁴

An jenem Abend im Oktober 1967, an dem einige GGG-Vorstandsmitglieder dem Jugendhaus einen Besuch abstatteten, waren zwei Jugendliche

im Fotolabor, vier bei Lehmarbeiten, eine bei einer Stickarbeit und eine beim Weben tätig, drei Jünglinge und ein Mädchen tanzten im Kellerdancing, das Jugend-Jazzorchester übte im Estrich, und Mitglieder des Modellbau-Clubs arbeiteten in der Werkstatt. Weniger begehrt war die Schreinerei. Es fiel auf, dass handwerkliches Arbeiten nicht mehr besonders beliebt war bei den jungen Leuten, ausser wenn das Produkt an einem Abend fertiggestellt werden konnte. Der Jugendhausleiter sah «den Hauptwert eines Jugendhauses darin, dass es ein Ort ungezwungener Begegnung ist für junge Menschen, die sich gerne mit andern über ihre Erlebnisse, Probleme, Berufsfragen etc. aussprechen». Er diskutierte mit ihnen über ihre Anliegen, etwa Berufsprobleme, und bespreche diese – im Einverständnis mit den Jugendlichen – mit den Eltern. Wichtig sei herauszufinden, wo, in welcher Umgebung sich die Jungen wohlfühlten.¹⁵⁵

Unter der Leitung des Filmemachers Rolf Preiswerk drehten rund dreissig Jugendliche den Film «Wohin?». Hauptfigur war ein Jugendlicher, der trank und sich in Schlägereien verwickelte. Durch die Arbeit in der Werkstatt des Jugendhauses lernte er eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung kennen, gewann neue Freunde und konnte sich auffangen. In Nyon gewann der Film 1967 einen Preis, in den Basler Kinos hingegen war er nicht erfolgreich und wurde bereits in der zweiten Woche abgesetzt. Die GGG zeigte ihn im Anschluss an die Mitgliederversammlung am 29. Mai 1968.¹⁵⁶

Die GGG führte öfters Anlässe im Sommercasino durch und bezog auch Aktivitäten der Jugendlichen ins Programm ein. So trug an der Mitgliederversammlung vom 1. Juli 1964 die Gesanggruppe des Jugendhauses zur Begrüssung zwei Lieder vor.¹⁵⁷

Als Mitstifterin wurde die GGG jeweils dann kontaktiert, wenn es nicht mehr rund lief. Dies war etwa im Jahr 1968 der Fall. Die Jugendlichen waren nicht mehr bereit, sich einem geordneten und übersichtlich organisierten Freizeitprogramm anzupassen. Im Sommercasino gab die Jugendhausleitung das Ziel auf, die Jugend zu kulturell Höherem und Sinnvollem zu heben, und beschränkte sich darauf, sie mit möglichst attraktiven unterhaltenden Angeboten von der Strasse wegzubringen. Der «Jugi-Disco-Club» eröffnete einen Beat-Keller (später Disco-Trämli), der von Jugendlichen selbst eingerichtet und geführt wurde. Die erste Beat-, Swing- und Folk-Party fand im ganzen Haus bis 2 Uhr morgens statt – ohne Kleidervorschriften, dafür mit Gogo-Girls.¹⁵⁸

Der GGG-Delegierte der Basler Freizeitaktion beanstandete, was er bei seinen Besuchen antraf: Es herrsche keine Unordnung, gefüllte Aschenbecher, herumliegende Kartenspiele und Mäntel, weil an der Garderobe gestohlen würde, Krach im ganzen Haus: Tanzorchester im Keller, Proben von Jazz- und Trommlergruppen, «Wurlitzer» auf Hochtouren, keine Vortrags- und Diskussionsabende oder sonstige «geordnete und aufbauende Freizeitarbeit», mangelhafte Kursbesuche. So würden die Zweckartikel der Statuten der BFA nicht erfüllt. Nötig sei ein «fähiger Pädagoge und Jugendzieher».¹⁵⁹



[Abb. 27]
[Abb. 28]
[Abb. 29]



[27–29] Das «Summervacationfest» führte 1958 die Basler Freizeitaktion gemeinsam mit der Sektion Basel des Internationalen Zivildienstes durch. Mit Essensständen, einem Glacéwagen und weiteren Attraktionen wollte das Organisationskomitee möglichst viele Festfreudige anlocken. Der Erlös kam dem geplanten Jugendhaus zugute.

Ein Ausschuss sollte die Zustände untersuchen und Vorschläge zur Abhilfe unterbreiten. Es zeigte sich, dass schon bei der Gründung unterschiedliche und nicht unbedingt kompatible Zielvorstellungen vorhanden waren: Die einen sahen im Jugendhaus «ein Volksbildungsheim für Jugendliche aus normalem, gutem Elternhaus», die anderen bezweckten, «Jugendliche aufzunehmen, denen die Geborgenheit in der eigenen Familie fehlt, sie nachzuerziehen, sofern dies noch möglich ist, und vor allem, sie vor noch schlechteren Einflüssen zu bewahren».¹⁶⁰ Es sei ein grösserer Erfolg, wenn Jugendliche aus ungünstigen Familienverhältnissen den Weg ins Jugendhaus fänden als solche, die aus einer geordneten Familie stammten. Der einzig unbefriedigende Punkt sei die Personalsituation. Es stünden kaum gut ausgebildete Persönlichkeiten für die Leitung zur Auswahl.

Das Dilemma des Personal mangels in der Hochkonjunktur und speziell die in Basel ungenügende Ausbildungssituation im Sozialbereich waren überall spürbar. Der GGG-Vorstand erwartete von der Kommission BFA konkrete Lösungsvorschläge auch im Hinblick auf ein Projekt eines Freizeitzentrums im Kleinbasel.

Claragraben 123

Schon vor der Eröffnung des Sommercasinos war auch ein Jugendhaus im Kleinbasler Bläsistift ins Auge gefasst worden. Mitte Januar 1965 besuchte der Stiftungsrat «Jugendhaus in Basel» Freizeitzentren in Zürich. Er war beeindruckt von deren Grosszügigkeit und dem generationenübergreifenden Publikum von Kindern, Jugendlichen, Eltern und sogar Grosseltern. Das erste Gemeinschaftszentrum (GZ) Wipkingen war 1954 aus einem Robinsonspielplatz hervorgegangen. In den folgenden Jahren entstanden in weiteren Quartieren solche Zentren. Die Zusammenarbeit der Stadt Zürich und der Pro Juventute wurde 1980 vertraglich geregelt.¹⁶¹

Trotz der ungünstigeren Raumverhältnisse in Basel griff der Stiftungsrat die Idee solcher Quartierzentren für Basel auf. Eine Zürcher Delegation wurde eingeladen, das Bläsistift für diesen Zweck zu beurteilen. Ihr Fazit: Das Areal sei ungeeignet, es habe zu wenig Umschwung, sei zu düster und für die Nachbarschaft zu lärmig.¹⁶²

Das Bläsistift vermietete damals einige «saubere, wohnliche Schlafstuben» an Zimmerherren, alleinstehende Männer, die in der Stadt arbeiteten. In weiteren Räumen waren ein Kindergarten, eine Kinderkrippe sowie religiöse Vereine untergebracht. Im Keller wurden der BFA unentgeltlich Werkräume zur Verfügung gestellt. Um eine bessere Ausnutzung des Areals zu finden, beauftragte der GGG-Vorstand im September 1965 einen Architekten mit der Ausarbeitung eines Vorprojekts für ein Jugendhaus.¹⁶³

Doch nun ergaben sich neue Prioritäten für das Bläsistift. Es fehle an Alterswohnungen, wozu sich allerdings der «stark verwohnte Bau» nicht

eigne. Erwogen und später auch realisiert wurde ein Neubau für «invalide alte Leute», der mit der Bläsi-Krippe, einem staatlichen Kindergarten und vielleicht einigen Künstlerateliers kombiniert werden könne. Denn Arbeitsräume für Maler und Bildhauerinnen waren in Basel ebenfalls sehr gesucht. Das Kirchengebäude der Klingentalkirche am Rhein hatte hier etwas Abhilfe schaffen können, nachdem das Schweizer Militär aus dem Kasernenareal ausgezogen war.¹⁶⁴

Als das Bläsistift als Jugendhaus ausgeschieden war, kam das Gebäude am Claragraben 123 in Betracht. Diese Liegenschaft gehörte dem Verein Mässigkeit und Volkswohl, einer von einem Damencomité 1898 gegründeten Organisation zur Führung von alkoholfreien Restaurants. In Anlehnung an den gleichnamigen Zürcher Verein wurde hier «Männern und Frauen, Arbeitern, Angestellten, Tramconducteuren, Lehrlingen, Ladentöchtern, ohne eigentliches Daheim, eine billige, gesunde, nahrhafte Kost» angeboten.¹⁶⁵ Neben der Gaststätte im Blaukreuzhaus, dem späteren Hotel Rochat, betrieb der Verein auch das Restaurant «Bläsi» an der Ecke Klingentalstrasse / Klybeckstrasse, das später an den Claragraben 123 verlegt wurde. Bis in die 1960er Jahre führte der Verein Mässigkeit und Volkswohl weitere Speisewirtschaften an der Heumattstrasse, der Aeschenvorstadt, im Gemeindehaus St. Matthäus und im Schmiedenhof.

Angesichts der veränderten Lebensbedingungen, insbesondere der eingeführten «englischen Arbeitszeit» mit kurzen Mittagspausen, hatten Betriebe eigene Kantinen eingerichtet. Weil die Restaurants kaum mehr rentierten, stellte sich der Verein die Frage, ob er sich für zeitgemässere und dringlichere Aufgaben einsetzen solle. Das war der Ausgangspunkt für Verhandlungen mit der GGG.¹⁶⁶ Das Ergebnis war der Zusammenschluss des Vereins Mässigkeit und Volkswohl mit der GGG, woraus 1965 die A-Organisation Kommission für soziale Aufgaben hervorging.¹⁶⁷

Für das schlecht genutzte Gebäude am Claragraben 123 lagen bereits Pläne für einen Neubau vor. Die Stiftung «Jugendhaus in Basel» wurde in die Ausarbeitung des Raumprogramms einbezogen: Spielflächen für Kleinkinder und Jugendliche, Clubräume, Jugendkaffeebar, Bibliothek, Werkstätten und Bastelräume sollten «eine freie sportliche Betätigung und sinnvolle Freizeitbeschäftigung unserer Jugend unter fachkundiger Leitung gewährleisten», hoffte der GGG-Vorsteher 1965.¹⁶⁸

Obwohl ein Jugendzentrum für das Kleinbasel als dringend eingestuft wurde, verzögerte sich das Vorhaben über längere Zeit, weil unklar war, welche weiteren Institutionen sich beteiligen würden.¹⁶⁹ Das Erziehungsdepartement und der Sozialpädagogische Dienst waren an einer Mitbenützung der Liegenschaft interessiert, weil sie Schulräume für die Sonderklassen suchten.

Schliesslich wurde auf Ende Februar 1970 die Kaffeehalle geschlossen. Um das Gebäude bis zum Abbruch nicht leer stehen zu lassen, wurden einige Räume dem Jugendclub Spectromachie und ein Saal dem makrobiotischen Jugendrestaurant Mañana vermietet. Doch als immer mehr

Reklamationen von Anwohnern wegen «Lärm und Rauschgift» eingingen, entschied sich der GGG-Vorstand, den Betreibern des Jugenddancings Spectro zu kündigen.¹⁷⁰

Die Besprechung mit dem Justizdepartement sowie dem Sicherheitsdienst und dem Rauschgiftdezernat des Polizeidepartements ergab, dass die Kündigung gerechtfertigt sei. Doch das Justizdepartement war der Meinung, dass das Spectro einem Bedürfnis entspreche und die Betreuung von Drogengefährdeten hier leichter sei, weshalb eine Arbeitsgruppe die Oberaufsicht übernehmen solle. Schon eine Woche später war eine breit abgestützte Kommission «Basler Selbsthilfe» mit einem Juristen, einem Apotheker, Vertretern der katholischen und reformierten Kirche, dem Roten Kreuz, der Liga für Menschenrechte und der Psychiatrischen Klinik zusammengestellt. Aus dieser Kommission bildete sich die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen, die in der Abbruchliegenschaft Angensteinerstrasse 28 mit einer Starthilfe der GGG eine Drogenberatungsstelle, das Drop-in, aufbaute.¹⁷¹

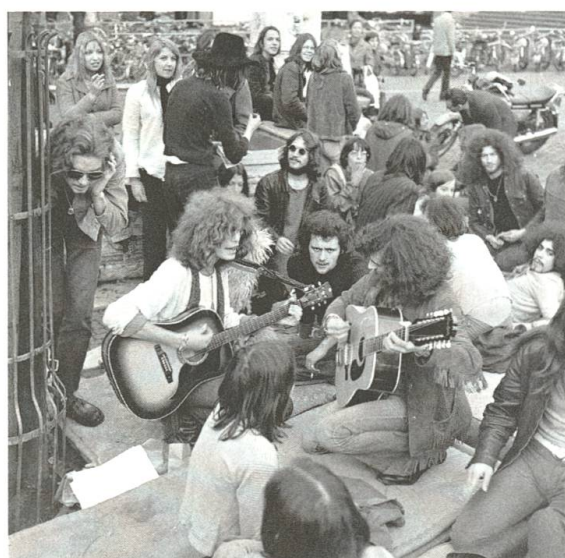
Die GGG nahm ein erstes Mal die Kündigung an das Spectro zurück, warnte aber auf Anraten der Polizei, dass im Spectro «1. keine harten Drogen konsumiert werden dürfen, 2. jeder Vertrieb, Verkauf und das Verschenken von Drogen sowie 3. jedes Spritzen von Drogen verboten» sei.¹⁷² Das Mañana wurde weiterhin geduldet.

Doch die Drogenprobleme nahmen zu, so dass eine erneute Kündigung ausgesprochen wurde, die der Betreiber des Spectro bei der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten anfocht. Bei der Verhandlung kam es zu einem Vergleich. Das Mietverhältnis werde auf Ende Februar 1972 definitiv aufgelöst. Bis dahin müsse der Betreiber den Drogenhandel und -konsum unterbinden, die Räumlichkeiten sauber halten, den Betrieb ordentlich führen und Lärmbelästigungen vermeiden. Er müsse auch die Öffnungszeiten von Sonntag bis Donnerstag von 16 bis 2 Uhr und am Wochenende von 16 bis 4 Uhr morgens einhalten.¹⁷³

Die GGG hatte inzwischen das Gesuch für den Abbruch der Liegenschaft und das Gesuch für die Baubewilligung des Neubaus eingereicht.

In der Nacht vom 14. / 15. Januar 1972 drang eine Rockergruppe in das Gebäude am Claragraben 123 ein und verwüstete es. Das Elektrizitätswerk (EW) schaltete aus Sicherheitsgründen den Strom ab, worauf auch die Heizung ausfiel. Der Sachschaden wurde auf 5000 Franken geschätzt. Die GGG verzichtete darauf, einen Strafantrag zu stellen. Dem Betreiber des Spectro wurde die Hälfte der Januarrente erlassen unter der Bedingung, dass er bis Ende Monat aufräume. Weiter beschloss der GGG-Vorstand, auch dem Jugendrestaurant Mañana und den verbliebenen Zimmermietern zu kündigen, um danach mit dem Abbruch zu beginnen.

Für den Fall, dass sich die Baubewilligung verzögerte, waren fünfzig Parkplätze geplant.¹⁷⁴ Ende Januar lehnte der staatliche Beauftragte für die Stabilisierung des Baumarktes das Abbruchgesuch ab, wogegen die GGG ein Wiedererwägungsgesuch einreichte. Um das Haus nach dem



[30] Bis 1970 befand sich am Claragraben 123 das alkoholfreie Restaurant des Vereins Mässigkeit und Volkswohl. Danach vermietete die GGG das Gebäude an den Jugendclub Spectromachie und das Jugendrestaurant Mañana.

[31] Jugendliche veranstalteten am 24. März 1972 während der Besetzung des Jugendrestaurants Mañana ein «Sleep-in» auf dem Barfüsserplatz.

Auszug nicht leer stehen zu lassen, überlegte die GGG, einige Räume dem Drop-in zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der notwendigen kostspieligen Reparaturen zog sie es dann aber vor, dem Drop-in die Miete an der Angensteinerstrasse zu bezahlen und dieses zu einem späteren Zeitpunkt ins Patronat aufzunehmen.¹⁷⁵

In einer Grundsatzdiskussion hatte der GGG-Vorstand die Drogenproblematik als derzeit dringende und wichtige soziale Aufgabe erkannt, nachdem die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen und die Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenprobleme¹⁷⁶ (eine C-Organisation der GGG) über ihr neues Konzept informiert hatten. Dieses umfasste Beratung, ambulante Betreuung und Langzeittherapie von Drogenabhängigen sowie den Einsatz in Notfällen, wenn Jugendliche kurzfristig in Notschlafstellen unterkommen mussten. Eine Notschlafunterkunft befand sich in den Liegenschaften am Spalenring 121 bis 123, weitere wurden gesucht.

Aufgrund dieses neuen Schwerpunkts im Umgang mit der Drogenproblematik verhielt sich die GGG bei den folgenden dramatischen Ereignissen zurückhaltend.

Mitte Februar 1972 besuchten die Baupolizei, das Lebensmittelinspektorat, das Gesundheitsamt, die Staatliche Schlichtungsstelle und die GGG das Restaurant Mañana. Die Berichte der Behörden wiesen auf grosse Missstände hin. Die Kündigung und der Auszug waren unausweichlich. Doch am Abnahmetag vom 29. Februar 1972 gaben die Jugendlichen die Schlüssel nicht zurück und besetzten das Haus.

«Fortschrittliche» Jugendliche hätten «ohne unser Einverständnis und gegen unseren Willen» das Gebäude in Besitz genommen und ein autonomes Jugendzentrum errichtet, schrieb der GGG-Vorsteher an Polizeidirektor Franz Hauser. Damit sei die GGG «in eine ausserordentlich schwierige Situation gekommen», weil die Benützung des Gebäudes aufgrund der vorgefundenen Unordnung und Übelstände nicht zulässig, aber «eine wirksame Abschränkung gegen unberechtigte Eindringlinge (Schlafgänger) praktisch unmöglich» sei. Der einzige Weg, diesen «ungesetzlichen Gebrauch» zu stoppen, sei der Abbruch, der aber nicht bewilligt worden war.

Die GGG wollte das Gebäude nicht polizeilich räumen lassen und hielt fest, dass sie «jegliche Verantwortung für die Gefahren, die den Benützern und den Nachbarn der Liegenschaft aus der illegalen Besetzung erwachsen können, ablehnen» müsse.¹⁷⁷ Die Polizei hätte das Haus ohne weiteres räumen können, aber «das leere Gebäude viele Monate gegen Jugendliche zu verteidigen, wäre wohl kaum möglich oder würde weder Aufwand noch Kosten rechtfertigen», meinte der Leiter der Sicherheitsabteilung, zudem müsste mit einer Eskalation und mit Zuzug von Jugendlichen aus anderen Städten gerechnet werden.¹⁷⁸

Von den drei möglichen Auswegen, sofortige polizeiliche Räumung, Vertrag mit dem Aktionskomitee für ein Autonomes Jugendzentrum (AJZ) oder Verzicht auf Räumung, aber auch Ablehnung der Verantwortung wählte die GGG die letzte Variante. Sie wollte nicht räumen lassen und für die

Folgen keine Verantwortung tragen. Grundsätzlich hielt sie an der Projektierung eines eigenen Jugendzentrums klassischer Prägung fest.¹⁷⁹

Die Jugendlichen des Aktionskomitees für ein AJZ mussten das recht verwahrloste Haus zuerst instand stellen. Dafür erhielten sie einen Beitrag aus dem Lotteriefonds, und die GGG bezahlte die Rechnung des EW. Für weitere finanzielle Unterstützung gelangten sie an die Bevölkerung und erklärten den Hergang der Besetzung aus ihrer Sicht und ihre Pläne.¹⁸⁰ Als dem «profitlos geführten Restaurant Mañana» gekündigt worden sei, hätten sie erkannt, dass weiterhin ein «Kommunikationszentrum dieser Art» bestehen müsse. Sie hätten erfolglos nach Ersatz gesucht. An der ersten Vollversammlung mit 350 Anwesenden sei das Aktionskomitee gewählt und die Besetzung beschlossen worden. Dazu fühle man sich umso mehr berechtigt, als das Areal nach dem Abbruch als Parkplatz verwendet werden würde. «Als ob Parkplätze dringlicher wären als ein Zentrum für junge Menschen in dieser Stadt!» Dies habe «erfreulicherweise» auch die GGG eingesehen und toleriere die Besetzung des Hauses. Jeden Tag würden Vollversammlungen stattfinden und Ideen diskutiert. Man habe Arbeitsgruppen gebildet: Es gebe eine, die sich mit Schüler- und Lehrlingsfragen befasse, eine Film- und Theatergruppe, eine Bastelgruppe, einen medizinischen Dienst und einen Sozialdienst sowie Gruppen für die interne Organisation. Weiter seien eine Teestube und eine Discothek geplant. Im grossen Saal fänden Teach-ins, Vollversammlungen und Filmvorführungen statt. Das Drop-in werde Räume beziehen und die Küche günstige Mittagessen für Lehrlinge zubereiten. «Das AJZ soll zu einem Ort werden, wo die Jugend die Möglichkeit hat, nicht nur in passivem Konsum des kommerziellen Freizeitangebots ihre Zeit totzuschlagen, sondern sich aktiv mit sich selbst und ihrer Umwelt zu beschäftigen», schrieben die aktiven Jugendlichen und baten um Spenden.

Diese Ziele einer sinnhaften Freizeitbeschäftigung waren gar nicht weit weg von denjenigen der GGG, nur dass eben nicht Erwachsene die Leitung innehatten, sondern die Jugendlichen selbst. Dieses Experiment, das es so in Basel noch nie gegeben hatte, wurde zunächst mit Wohlwollen begleitet. So verlangten 18 Grossräte und Grossrätinnen eine weitere Finanzierung der Reparaturen, damit die Eröffnung bald erfolgen konnte.¹⁸¹

Es gab aber auch vehemente Gegner. So wollte ein Herr E.M. Mitglied der GGG werden und mit Gleichgesinnten einen Vereinsbeschluss erzwingen, «um von diesem pseudoprogressiven Experiment abzukommen».¹⁸² Und im Grossen Rat reichte der Vertreter der Nationalen Aktion, einer fremdenfeindlichen Kleinpartei, eine Interpellation betreffend «Rowdytum in Basel» ein.¹⁸³

Trotz der konstruktiven Ideen der engagierten Jugendlichen kam es bald zu Negativschlagzeilen. Eine nichtbewilligte Demonstration und die Drogenproblematik standen im Vordergrund. Am 6. September 1972 versammelten sich abends um 18 Uhr auf dem Claraplatz etwa hundert Jugendliche, um sich mit den Hausbesetzern und -besetzerinnen des

Spalenrings 121–123 zu solidarisieren. Mit Slogans wie «Fi-Fa-Fo, s'AJZ isch do» und «Nieder mit den Palästen» stürmten sie das Hotel Drei Könige, danach den Grossratssaal, wo sie einige Farbbomben hinterliessen, dann weiter zum Lohnhof. Als auch dort keine Gegenaktion der Polizei erfolgte, begaben sie sich zu den besetzten Häusern am Spalenring. Die Polizei mit fünfzig Mann hielt sich im Hintergrund mit der Anweisung, nur bei äusserst schwerwiegenden Ausschreitungen einzugreifen. «Um 22.30h schien die Revolutionsstimmung allmählich abzuklingen und beschränkte sich, wie die Polizeiorgane erklärten, nur noch auf Nachtlärm», bemerkte der Journalist in den *Basler Nachrichten* lakonisch.¹⁸⁴

Auf die Folgen besonders für die drei als Organisatoren ausgemachten Demonstranten kann hier nicht eingegangen werden. Destruktiver für das Experiment AJZ waren die Drogenprobleme. «Die ganzen Versuche mit dem AJZ seien in den Drogen «ersoffen», zitierte ein Polizeibeamter die Meinung eines politisch tätigen Jugendlichen, als das Ende absehbar war.¹⁸⁵

Die Missstände betrafen den Abfall, die unhygienischen Zustände in den Toiletten, die zahlreichen Lärmklagen wegen der Lautstärke der Discomusik. Zwar hatte die Polizei Phonregler in die Stereoanlagen eingebaut, aber die wurden wieder entfernt.

In einer weiteren Besprechung mit der Polizei erklärte die GGG, sie habe als Hausbesitzerin nur auf Bitte der Behörden von einer Räumung abgesehen. Sie habe das Aktionskomitee wiederholt informiert, dass es sich hier widerrechtlich im Haus aufhalte. Mit der Polizei wurde nun vereinbart, dass das Polizeidepartement der GGG ein Schreiben zustelle, das die GGG dann in Kopie dem Aktionskomitee weiterleite.¹⁸⁶ In diesem Brief werde die GGG auf die Bedingungen aufmerksam gemacht, die einzuhalten seien: Das Jugendzentrum müsse um 1 Uhr geschlossen werden, allgemein zugängliche Räume dürften nicht zum Übernachten benützt werden, Kinder unter 14 Jahren hätten keinen Zutritt, Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren nur bis 20 Uhr. Für den «Kommunebetrieb» im 1. Stock, also die Schlafräume der Notschlafstelle des Drop-in, hätten die behördlich erlassenen Vorschriften Geltung. Den staatlichen Kontrollorganen sei jederzeit ungehindert Zutritt zu allen Räumen zu gewähren, und die Umgebung dürfe nicht durch Lärmimmissionen gestört werden. Zudem müsse das Aktionskomitee Verantwortliche bezeichnen.¹⁸⁷ Den Brief schickte die GGG wie vereinbart an das Aktionskomitee und die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen, die Dachorganisation des Drop-in, weiter.

Während die Polizei bei Kontrollen konkrete Ansprechpersonen kennen wollte, hatten die Vertreter des AJZ «aus zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Gründen» Bedenken, weil nur die Vollversammlung Beschlüsse fällen könne und demnach nicht Einzelpersonen verantwortlich seien. Sie waren aber bereit, Drogenhändler «rauszuschmeissen», nicht aber «für die Polizei Spitzeldienste zu leisten». Sie beschuldigten Polizisten des Clarapostens, sehr oft zu kontrollieren, zu schikanieren und Verhöre durchzuführen. Die AJZ-Leute fühlten sich unter Druck gesetzt, was der

Kommt und Kämpft

AUF DEN 29. FEBRUAR IST DEM
MAÑANA GEKÜNDIGT WORDEN.
UM DIES ZU FEIERN LADEN WIR
ZUR LAGEBESPRECHUNG IM
VOLLBESETZTEN CLARAGRABEN
123 EIN (DIENSTAG 29. FEBR. 20⁰⁰)

WIE OFFENBAR BEREITS BEKANNT (SIEHE
KÜNDIGUNG *) FINDEN SEIT EINIGER ZEIT
IM MAÑANA DISKUSSIONEN ÜBER EIN AUTONO-
MES JUGENDZENTRUM STATT. DIESE GEHEN
WEITER !!!

Anfang des Jahres wurde dem Restaurant MAÑANA von der GGG (Gesellschaft für das "Gute und Gemeinnützige") auf den 29. Februar gekündigt. Gründe dafür wurden nur unklar formuliert

(Drogenproblem, Flachlegung der Spectro durch die Rocker ua.).

Wie wir erfahren haben, beabsichtigt die GGG, den Claragraben 123 abzureissen und an dessen Stelle ein Mehrmillionenprojekt ("Jugendzentrum" mit Bastelräumen (i) usw.) entstehen zu lassen. Die Abbruchbewilligung wurde jedoch von der zuständigen Behörde erst auf Ende 72 erteilt. Verhandlungen mit der GGG und dem Drop-in Basel über die Errichtung einer Drogenberatungsstelle auf die Dauer von 9 Monaten und der Beibehaltung des Mananas verliefen ergebnislos, nachdem sich anscheinend herumgesprochen hat, dass in letzter Zeit im Mañana Besprechungen über die Planung eines Autonomen Jugendzentrums stattfanden.

Am 15. Februar fanden sich Vertreter verschiedener behördlicher Institutionen (Baupolizei, Feuerpolizei, Sanitätspolizei, Bewilligungswesen, Chef vom Claraposten, Vertreter vom Baudep. usw.) im Rest. Mañana ein und erklärten die Zustände in diesem Lokal, nachdem sie die letzten 9 Monate allseits durchaus als befriedigend befunden worden waren, plötzlich ausserordentlich einstimmig als sehr gefährlich in jeder Beziehung. Angesichts der Tatsache, dass sich junge, sich ausgenutzt führende Bürger dieser Gesellschaft zusammensetzen, um über ein Zentrum zu diskutieren, wo man gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen versucht, ist es ganz klar, dass sich unsere lieben Bonzen was ausdenken, um dies zu verhindern. Das ist geschehen. Die Gummiparagraphen funktionieren ausgezeichnet, der Claragraben soll plötzlich sofort abgerissen werden.

[32] Einen Tag vor der geplanten Besetzung des Gebäudes wurde mit diesem Flugblatt zur Vollversammlung vom 29. Februar 1972 aufgerufen.

Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen besonders protokolliert haben wollte.¹⁸⁸

Es hielten sich Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren im AJZ auf, die wegen Konflikten mit den Eltern von zu Hause abhauten oder aus Heimen entwichen. Die Polizei erhielt von Amtsstellen und Angehörigen etliche Fahndungsbegehren mit dem Vermerk «vermutlich im AJZ». Bei einer Grosskontrolle im November 1972 wurden von den 41 kontrollierten Jugendlichen sieben gesucht, darunter ein Mädchen aus Deutschland, gegen das eine Einreisesperre verhängt war.¹⁸⁹

Ende Januar 1973 fand erneut eine Krisensitzung statt. Seit Jahresbeginn führte die Polizei jede Nacht ab 22 Uhr besondere Lärmkontrollen durch und war ermächtigt, wenn die Lautstärke nicht sofort zurückgedreht wurde, die Stereoanlagen zu beschlagnahmen. Nach einem Autobrand im Hof des AJZ unternahm die Polizei wieder eine Grosskontrolle und fand im Keller «neuerdings eine Kommune mit ca. 10 Jugendlichen auf Matratzen» und «nebst Kommunarden ca. 6 Hunde». Abgesehen von der Unordnung und sanitärischen Unzulänglichkeiten war die Brandgefahr besorgniserregend, weil mit «offenen alten elektrischen Strahlern und Petrolöfen» geheizt wurde.¹⁹⁰

Feuerpolizeiliche Gründe allein reichten für eine sofortige Räumung nicht aus, deshalb war es unumgänglich, die elektrischen Anlagen in Ordnung zu bringen. Wer sollte das bezahlen? Die GGG könne kaum dazu verpflichtet werden, da sich das AJZ illegal im Gebäude befinde, meinte der GGG-Vertreter. Dann müsse der Strom abgestellt werden, doch das sei keine Lösung.

Grundsätzlich müsste man das AJZ angesichts der Missstände sofort schliessen, stellte der Leiter des Jugendamtes fest, aber dann hätten dreissig bis vierzig Personen kein Dach über dem Kopf. Dies sei nicht zu verantworten. Der Staat habe die Aufgabe, die Anlagen zu reparieren, schliesslich habe er das Experiment geduldet, «den Zustand herangeduldet». Die Arbeitsgemeinschaft für aktuelle Jugendfragen wurde zu guter Letzt aufgefordert, die Reparaturen in Auftrag zu geben und Rechnung zu stellen, wer sie dann bezahle, könne jetzt noch offenbleiben.¹⁹¹

Für alle Anwesenden ging es darum, die Wochen bis zum Auszugstermin vom 31. März 1973, der dem Aktionskomitee schon im Sommer 1972 mitgeteilt worden war, auszusitzen. Für die GGG stellte sich überdies die Frage, wie es danach weitergehen sollte. Die Bewilligung für den Abbruch hatte sie nicht erhalten, weil die daran gekoppelte Baubewilligung wegen des Baustopps nicht erteilt worden war. Abklärungen ergaben, dass der Sozialpädagogische Dienst nicht auf unbestimmte Zeit warten wollte, um Schulräume im geplanten Neubau zu beziehen.

Die GGG war entschlossen, das Gebäude bis zum Abbruch «einem wirklich guten Zweck zuzuführen». So ging sie auf die Anfrage der Schweizerischen Vereinigung zu Gunsten cerebral gelähmter Kinder, Regionalgruppe Basel, gerne ein. Diese suchte dringend ein Provisorium für

ihre Tagesschule für 25 «motorisch behinderte Kinder der Stadt Basel», die auch etliche Kinder aus Baselland aufnahm, wo keine Institution bestand. Der für die Tagesschule geplante Neubau auf dem Grundstück der CMS in Brüglingen war nämlich noch nicht fertiggestellt. Die GGG war bereit, die Liegenschaft am Claragraben 123 unentgeltlich zu vermieten, wenn die Vereinigung nach dem Auszug des AJZ selbst für die Renovation aufkam. Reparaturarbeiten konnte ihr die Invalidenversicherung teilweise oder gesamthaft zurückerstatten. Nach Beendigung des Mietverhältnisses ginge die Liegenschaft «ohne gegenseitige Entschädigungspflicht» an die GGG zurück.¹⁹²

Diese Lösung kam der GGG sehr entgegen, nun musste Ende März nur noch der Auszug der Jugendlichen erfolgen. Die befürchteten «Vandalenakte» blieben aus. Eine Mieterstreckung wurde nicht gewährt, obwohl noch nicht für alle obdachlosen Jugendlichen eine neue Lösung gefunden worden war. Doch der zuständige Regierungsrat Kurt Jenny meinte gemäss *National-Zeitung*: «Wir lassen sie nicht obdachlos.»¹⁹³

Nach dem Ende des Experiments AJZ wurde die Liegenschaft am Claragraben 123 wie vereinbart zunächst als Tagesschule für cerebral gelähmte Kinder verwendet und danach der Freien Volksschule vermietet. Erst 1989 wurde sie abgebrochen. Ein Jahr zuvor hatte die GGG das Areal am Claragraben 123 im Baurecht an die «Wohnstadt»-Bau- und Verwaltungsgenossenschaft vergeben, die dort ein Wohngebäude errichtete.¹⁹⁴

GGG Ausländerberatung

In der Hochkonjunktur der Nachkriegszeit waren Unternehmen zunehmend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.¹⁹⁵ In enger Zusammenarbeit mit der kantonale organisierten Fremdenpolizei und dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) versuchten die Schweizer Behörden, die Migration an die Bedürfnisse der Wirtschaft anzupassen. Man betrachtete die ausländischen Arbeitskräfte als Konjunkturpuffer, deren Aufenthaltsbewilligung man bei einem verlangsamten Wirtschaftswachstum nicht zu erneuern brauchte. Dies geschah dann auch nach dem Einbruch, der durch die Ölkrise 1973 verursacht wurde.

«Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen», brachte es der Schriftsteller Max Frisch 1965 auf den Punkt. Damit sprach er an, dass die Infrastruktur für die zahlreichen eingewanderten Menschen nicht bereitstand: Das Hauptproblem waren die fehlenden Wohnunterkünfte. In der Schweizer Bevölkerung wurden «Überfremdungsängste» wach, die 1961 die Gründung der Nationalen Aktion, einer fremdenfeindlichen politischen Partei, zur Folge hatte.

Die «Fremdarbeiterfrage» wurde auch im GGG-Vorstand ein Thema. Anstösse kamen aus verschiedenen Richtungen. Einerseits befasste sich

eine Studienkommission des Volkswirtschafts- und des Justiz- und Polizeidepartements mit dem «Problem der ausländischen Arbeitskräfte» und Vorschlägen für eine künftige Einwanderungspolitik.¹⁹⁶ Andererseits führte die SGG in Zürich eine Informationstagung über die «seelisch-geistige Betreuung ausländischer Arbeitskräfte» durch. Der initiative Zentralsekretär Dr. Walter Rickenbach gelangte dabei an die Vertreter der Basler Allgemeinen Armenpflege, auch in Basel aktiv zu werden. Die Anregung ging weiter an den Regierungsrat, der den Vorsteher des Kantonalen Arbeitsamtes Dr. Karl Stricker mit der Organisation beauftragte. Dieser lud für den 12. April 1961 zu einer Zusammenkunft von Vertretern staatlicher, kirchlicher und privater Institutionen, darunter auch der GGG, ein. Man beschloss, dass eine Kommission die Gründung einer Beratungsstelle und allenfalls einer daran angeschlossenen Stellenvermittlung planen solle. Die GGG als politisch und konfessionell neutrale Organisation wurde für das Präsidium der Kommission angefragt. Vorsteher Paul Berger übernahm die Aufgabe. Die Mitgliederversammlung stimmte dem Antrag des Vorstands zu, die neue Kommission als A-Organisation der GGG aufzunehmen.

Die konstituierende Kommissionssitzung fand im Oktober 1961 statt. Vertreten waren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, der Volkswirtschaftsbund sowie das Arbeitsamt und die katholische Kirche. Um die Errichtung einer Beratungsstelle möglichst gut zu koordinieren, klärte der pensionierte Direktor der Allgemeinen Gewerbeschule Dr. Fritz Bossart ab, welche anderen sozialen Institutionen sich in Basel bereits mit der Frage der ausländischen Arbeitskräfte befassen.¹⁹⁷ Er verfasste ein Exposé, das bereits im März 1962 vorlag. Als zentrale Probleme erachtete Bossart die prekären Wohnverhältnisse und die fehlende soziale Betreuung.¹⁹⁸

Rasch und unbürokratisch stellte die Regierung als erste Anlaufstelle zwei Räume in der Liegenschaft an der St. Albanvorstadt 24 zur Verfügung. Die «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» war von Montag bis Freitag täglich zwei bis drei Stunden und am Samstagnachmittag geöffnet. Als Berater wurde H. U. Maag angestellt, der gute Sprachkenntnisse hatte. Frau F. Hauswirth-Schütt erledigte halbtags die Administration. An der Finanzierung beteiligten sich der Kanton Basel-Stadt, die GGG und die Arbeitgeberschaft.¹⁹⁹

Weitaus schwieriger zu lösen war das Wohnproblem. Als Notlösung öffnete die Baufirma G. & L. Spaini in Pratteln eine Baracke, die acht Personen Platz bot. Die CMS liess an der Ecke Wettsteinallee / Rheinfelderstrasse ein Auffanglager mit 15 Betten herrichten. Neuankömmlinge konnten hier vorübergehend unterkommen, um eine definitive Unterkunft zu suchen.²⁰⁰ Allerdings erschwerte der äusserst angespannte Wohnungsmarkt diese Bemühungen.

GGG-Vorsteher Roger Baumann-Zemp betonte im Jahresbericht von 1963, dass es einen «schärferen Kampf gegen die bestehenden Übelstände» benötige, «die unser sozial sein wollendes Land in Misskredit zu bringen drohen». «Von einer richtig betreuten und zufriedenen fremdländischen

Arbeitnehmerschaft profitieren der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, profitiert unser ganzes Gemeinwesen, das seine ungewöhnliche Wohlstandssteigerung der letzten Jahre nicht zuletzt den in der Schweiz tätigen Ausländern verdankt.»²⁰¹ Damit sprach er Klartext und wandte sich gegen die aufkommenden Bewegungen, die in der Schweiz die Fremdenfeindlichkeit zu schüren begannen. Die Steuern und die Gebühren, die die ausländischen Arbeitskräfte entrichteten, seien höher, als was die öffentliche Hand für sie ausbe. Der Staat müsse diese Einnahmen bereitstellen, um die erforderlichen Aufgaben zu finanzieren, forderte Baumann-Zemp. Denn die Weiterführung der Beratungsstelle war noch keineswegs gesichert. Die GGG hatte bei der Regierung um eine jährliche Subvention der Betriebskosten nachgesucht, weil eine Erweiterung dringend angezeigt war, doch die Regierung hatte das Begehren zurückgestellt. Hingegen zeigten sich die Arbeitgeberverbände bei den Verhandlungen mit der Kommission aufgeschlossen.²⁰²

Um die Wohnungssituation zu verbessern, wurden von privater und staatlicher Seite Massnahmen ergriffen, wie der Vorsteher an der gleichen Stelle schilderte. Auch an der Mitgliederversammlung vom 1. Juli 1964 waren die «Gastarbeiterprobleme» ein virulentes Thema. So drückte ein Mitglied, Pfarrer im Kleinbasel, zwar seine Genugtuung darüber aus, dass sich die GGG intensiv der Betreuung ausländischer Arbeitskräfte annehmen wolle, war aber enttäuscht, «wie wenig durchschlagskräftig die bisherigen Bemühungen der GGG-Kommission gewesen» seien. Er kritisierte «die noch mangelhafte Koordination zwischen den Stellen, welche sich mit den Gastarbeitern befassen»; immerhin begrüsst er, dass die GGG-Bibliotheken planten, «geeignete fremdsprachige Bücher» anzuschaffen, denn «die geistigen Probleme sollten viel durchgreifender in Angriff genommen werden, um fruchtbare Massnahmen zu ihrer Lösung zu treffen». Ein anderes Mitglied wies sarkastisch darauf hin, «wie entgegenkommend die Bevölkerung der deutschsprachigen Schweiz auf sprachlichem Gebiet ist, indem sie stur die Gastarbeiter in Dialekt anspricht, anstatt sich auf Schriftdeutsch mit ihnen zu unterhalten».²⁰³

Als der Grosse Rat im Mai 1965 «oppositionslos» die Gewährung eines jährlichen Kredits in der Höhe von 60 000 Franken zugunsten der Ausländerbetreuung beschloss, war es endlich möglich, einen «vollamtlichen Leiter» für die Beratungsstelle zu engagieren.²⁰⁴

Unter anderen Themen rückte auch die Sprachenfrage ins Blickfeld. Die Beratungsstelle ersuchte die Kommission, «audio-visuelle Deutschkurse für Italiener, Spanier und Jugoslawen» einzurichten. Diese «Lehrmethode mit Tonband und Lichtbildern» würde «sich speziell für Ausländer eignen, die nicht über die nötigen grammatikalischen Kenntnisse in ihrer Muttersprache verfügen, um auf dem gewohnten Schulungswege eine Fremdsprache erlernen zu können».²⁰⁵ Ob diese Einschätzung des Schulwissens der ausländischen Arbeitskräfte auf Erfahrung oder auf Vorurteilen basierte, muss offen bleiben. Als ein weiteres dringendes Bedürfnis wurde

die Einrichtung von «fremdsprachigen Mütterberatungs- und Säuglingspflegekursen» erachtet.

Die Anregung, zum Thema «Ehen mit Ausländern» eine Beratungsstelle zu eröffnen, wie sie in Zürich bereits «mit gutem Erfolg» geführt werde, beantwortete die GGG-Kommission hingegen abschlägig, obwohl ihr für ein Jahr kostenlos ein Büroraum in der Liegenschaft des Vereins Freundinnen junger Mädchen angeboten wurde. Die GGG verwies die Initiantin an den Frauenverein.²⁰⁶ Die Thematik wurde dann viele Jahre später ins Beratungsangebot aufgenommen.

Das Hauptproblem blieb vorläufig die Wohnungsnot. 1972 wurde der Beratungsstelle eine Vermittlungsstelle für Wohnungsbeschaffung an Ausländer angegliedert.

Zwischen 1965 und 1990 wurden acht eidgenössische Volksinitiativen mit fremdenfeindlichem Anstrich zur Abstimmung gebracht. Die Schwarzenbach-Initiative wurde 1970 nur knapp verworfen. Die Beratungsstelle konstatierte deswegen eine erhöhte Frequenz und verzeichnete bereits über 3000 Konsultationen.²⁰⁷

In diesem Klima entschieden sich viele ausländische, vor allem italienische Familien keineswegs aus freien Stücken, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Verstärkt wurde die Rückwanderung durch den wirtschaftlichen Einbruch Mitte der 1970er Jahre. Die Schweiz konnte so die zunehmende Erwerbslosigkeit, die sich in den Nachbarländern bemerkbar machte, vorerst exportieren.

Neue Herausforderungen traten in den 1980er Jahren auf, als mehr und mehr Asylsuchende aus bürgerkriegsversehrten Ländern in der Schweiz Zuflucht suchten. Die Beratungsstelle änderte den Namen zu «Ausländerbetreuung der GGG» und erweiterte ihre Angebote und Öffnungszeiten. Seit 1969 befand sie sich an der Eulerstrasse 26 in einer Liegenschaft, die die GGG schliesslich käuflich erwarb. Sie verfügte mittlerweile über acht teilzeitlich angestellte Mitarbeitende, die Gespräche ausser auf Französisch und Englisch auch auf Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Griechisch und Türkisch führen konnten. Sie stand im Austausch mit anderen kantonalen Ausländerberatungsstellen, etwa mit dem Ausländerdienst Baselland, mit dem sie 1984 ein gemeinsames Seminar für Integrationsförderung durchführte mit dem Ziel, das Verständnis zwischen Schweizern und Ausländern zu erhöhen.²⁰⁸

Seit einigen Jahren zeichnete sich ein Paradigmenwechsel in der Haltung gegenüber ausländischen Bevölkerungsgruppen ab. In der Kommission und der Beratungsstelle wurden Fragen geprüft, «wie die Ausländer selbst ihre Anliegen und Bedürfnisse besser zur Sprache bringen könnten».²⁰⁹ Die Kommission kontaktierte Vertreter verschiedener Ausländergruppen, die sich für die Belange ihrer Landsleute einsetzten, um ihre «Anliegen auch auf kollektiver Ebene» zu erfahren und um «schwelende Probleme» gemeinsam zu lösen. Damit diese Bemühungen Früchte tragen konnten, wurden erstmals Personen mit ausländischen Wurzeln in



[Abb.33]
[Abb.34]



[33, 34] 1962 wurde an der St. Alban-Vorstadt 24 die
«Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» eröffnet.

die Kommission gewählt, in der bisher die Wirtschaft, das Gewerbe, die Kirchen und der Staat vertreten waren. Auch die Namensänderung von «Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte» zu «Ausländerberatung» verwies auf den erweiterten Tätigkeitsbereich, da längst nicht mehr nur ausländische Arbeitnehmende, sondern auch Hausfrauen, Studierende, Arbeitgeber, Wohnungsvermieterinnen und Behörden die Beratungsstelle aufsuchten. Im Zentrum der Beratungen standen Informationen über behördliche Massnahmen, Hilfe bei Arbeits-, Familien- und Steuerrechtsfragen, Vermittlung bei Konflikten im Zusammenhang mit Miet-, Arbeits-, Kauf- und Abzahlungsverträgen, Dolmetscherdienste vor Gerichten, Übersetzungen von amtlichen Dokumenten und Formularen und vieles mehr. Die Anforderungen an die Beratenden waren und sind hoch: «Menschliche Reife (Lebenserfahrung), Einfühlungsvermögen, Toleranz, diplomatisches Geschick, rasche Auffassungsgabe, sehr gute Kenntnisse in Fremdsprache und der Kultur des entsprechenden Landes, Büroerfahrung, Flair für Zahlen, gute Nerven, Belastbarkeit und v. a. gesunder Menschenverstand».²¹⁰

Die GGG Ausländerberatung gilt als «das Kompetenzzentrum Integration für Basel-Stadt». Die staatlichen Subventionen, die die Beratungsstelle seit Jahrzehnten erhält, waren nicht immer unumstritten. In der letzten Debatte im Grossen Rat vom 10. Dezember 2014 konnte jedoch erneut eine Aufstockung für die Jahre 2015 bis 2017 erreicht werden.²¹¹ Mit der veränderten politischen und wirtschaftlichen Lage wurden die Aufgaben komplexer. Gewisse Probleme wie die Wohnungsknappheit waren vor fünfzig Jahren zentral und haben heute wieder an Aktualität gewonnen. Sie betreffen Menschen, die vor kriegesischen Auseinandersetzungen und Umweltbedrohungen in die Schweiz flüchten, sehr hart, weil es für sie schwierig ist, bezahlbare Wohnungen mieten zu können. So ist die neueste Namensänderung 2016 nur konsequent: «GGG Migration».²¹²

Integrationsfragen werden wie bereits bei der Gründung der Beratungsstelle für ausländische Arbeitskräfte kontrovers und heftig diskutiert. Die Vorzeichen haben sich geändert, doch die Grundproblematik der geschürten Angst vor den Fremden, den «Zugewanderten», ist auch im neuen Jahrhundert nicht verschwunden.

Schwimm- und Badanstalten im Rhein

Mitte der 1950er Jahre wurden Gerüchte laut, dass die Badanstalten unterhalb der Pfalz abgerissen werden sollten. Seit dem 19. Jahrhundert betrieb die GGG-Kommission zur Schwimm- und Badanstalt dort ein Rheinbad für Knaben und Männer und die GGG-Kommission zur Frauenbadanstalt eines für Mädchen und Frauen. Um den drohenden Abbruch der Letzteren zu verhindern, gründeten die Nutzerinnen, Hausfrauen und Berufstätige, am 31. Januar 1956 den Verein Frauenbadanstalt Pfalz. Sie schätzten den ruhigen und friedlichen Ort inmitten der geschäftigen Stadt, um sich zu erholen und sich im Wasser zu erquicken. Die schlechte Witterung der beiden vorhergehenden Sommersaisons hatte jedoch ein Loch in der Kasse verursacht, und der schlechte Zustand der Eisenkonstruktionen, die nach dem Hochwasser von 1876 die schwer beschädigten Holzbauten ersetzt hatten, verlangte dringend nach Reparaturen. Kostspielige Sanierung, Abbruch oder Neubau an einer anderen Stelle? Diese Frage erhitzte in den folgenden Jahren die Gemüter.

Der GGG-Vorsteher, der «bei heissem Wetter und einigermaßen sauberem Wasser» im Rhein schwamm, anerkannte «das unbestreitbare Bedürfnis nach Badegelegenheiten im Rhein und in unmittelbarer Nähe der Arbeitsstätte Zahlreicher». Die GGG unterstütze «zwei getrennte Badanstalten in der Umgebung der Pfalz», stelle sich aber nicht gegen die Neubaupläne der Regierung, die «alten Badanstalten durch ästhetisch bessere Bauten zu ersetzen».²¹³ Eine der Ideen war eine neue Badegelegenheit oberhalb der Wettsteinbrücke. Dagegen wandte sich aber der Verein Frauenbadanstalt im Rhein. Ein solches «öffentliches Gemeinschaftsbad mit Velo- und Motopark und mit Kioskbetrieb» würde «niemals den wahrhaft Erholungssuchenden die gleichen Vorteile bieten».²¹⁴ In einer Petition, die 131 Erwachsene und 73 Kinder unterschrieben, forderte er den Fortbestand der Badanstalt unterhalb der Pfalz.

Im Unterschied zu Fritz Ebi war der neue Baudirektor Max Wullschleger gegenüber den Pfalzbadanstalten positiv eingestellt. Er beauftragte den Basler Architekten Martin H. Burckhardt in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt, der Staatlichen Heimatschutzkommission und der Denkmalpflege am gleichen Ort, unter gleicher Leitung, nämlich der GGG, und im gleichen Sinn eine Neuanlage zu entwerfen. Burckhardt schlug zwei nahe dem Ufer verankerte Badeschiffe vor.²¹⁵ Zunächst zog

er «umgebaute Schleppschiffe» in Erwägung, doch die Rheinschiffahrt konnte «keine Tonne freigeben». Also verfolgte er die Variante von neu gebauten Badeschiffen weiter mit Liegewiesen, zwei Flossen, einem Badesteg am Wasser sowie einer Promenade für Spaziergänger mit Sitzplätzen von der Pfalz rheinaufwärts. Die Trennung der Geschlechter sowie der Badenden von den Nichtbadenden war gewährleistet, aber die hohen Kosten und die «kasemattenartigen Garderobenbauten», die nur ungenügend belichtet und belüftet werden konnten, fielen nachteilig ins Gewicht. Den Vereinsmitgliedern stellten sich zu diesem Projekt zahlreiche Fragen, etwa ob das «Floss geschützt vor Belästigung durch sog. Wassersäue» sei, ob die «Sonnenterrasse auf das schwankende Floss» verlegt werden müsse, ob «das exponierte Kinderbad sogar mit Geländer eine ständige Aufsichtsperson» erfordere.²¹⁶

Die GGG-Kommission zur Frauenbadanstalt, die sich personell mit dem Verein teilweise überschneidet, war im Spätsommer 1958 zu einer Sitzung des GGG-Vorstands eingeladen, bei der sich zeigte, dass die GGG die Defizitgarantie bei Saisonbeginn noch übernommen hatte, weil sie mit einer baldigen neuen Lösung rechnete. Sie hatte der Kommission empfohlen, bei den interessierten Kreisen freiwillige Spenden zu sammeln. Damit war der Verein gemeint. Dieser war jedoch der Meinung, dass «die Berechtigung der Existenz der Pfalzbadi evident» sei, dass die GGG mit der Finanzierung eine «wirkliche gemeinnützige Aufgabe» erfülle, weil sie «vielen Berufstätigen zu einer billigen, idealen Picnicstelle» ver helfe und dazu beitrage, «wenigstens einen *radiofreien*, gesunden Aufenthalt zu bewahren».²¹⁷

Der Verein wollte sein kleines Vermögen für die Mitgliederwerbung und zur Entkräftung der «gehässigen Gegenkampagne» verwenden. Insbesondere das «Rats-Stübli» der *Nationalzeitung* schoss immer wieder böse gegen die Frauenbadanstalt und diffamierte etwa das Inserat zur Saisoneroöffnung als «Witz der Woche».²¹⁸ Der Kommentator sprach sich für den «Abbruch der vorsintflutlichen Schandpfahlobjekte» aus.

1959 wurde der «Ratsschlag 5590 betreffend den Ersatz der alten Pfalzbadanstalten durch zwei Badeschiffe sowie Ufergestaltung und Gärtnerarbeiten» im Grossen Rat debattiert.²¹⁹ Der Regierungsrat erläuterte, dass der Abbruch aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, wenn der Eigentümer nicht einverstanden sei. Dies sei die GGG, die vor etwa 120 Jahren bei einer Allmendversteigerung durch den Staat die Rechte erhalten habe. Auch aus moralischen Gründen sei ein Abbruch nicht möglich, weil die GGG viele Geldmittel hineingesteckt habe. Der Staat habe erst später begonnen, öffentliche Bäder zu bauen. Es stelle sich die Frage, ob es sich bei der derzeitigen Wasserqualität des Rheins überhaupt noch lohne, eine Anlage zu finanzieren. Doch gemäss Verfassungsartikel und Bundesgesetz müssten in den nächsten Jahren alle Gemeinden und Industrien ihr Abwasser in Kläranlagen reinigen. Die Frist sei gesetzt. Die Verschmutzung durch die Rheinschiffahrt sei nicht so schlimm, um das Baden zu verunmöglichen.

Die Regierung gehe davon aus, dass niemand «die rostigen Eisenhaufen dem Denkmalschutz unterstellen» wolle. Die Denkmalpflege war gegen ein erstes Neubauprojekt, das «einen Eingriff in das Bild der Pfalz bedeutet» hätte. Nun standen die Badeschiffe zur Diskussion.

Während die Grossräte durch alle Parteien hindurch dafür waren, dass die «Gerüste» verschwinden, war umstritten, ob ein Ersatz nötig war und wo die neue Badegelegenheit sein sollte. Hans Stebler von der Partei der Arbeit zeigte sich vom Abbruch begeistert und meinte, dass die unteren Rheinwege mit wenig Geld für Badende ausgebaut werden könnten. Die Schiffe hingegen bezeichnete er als eine «teure Spielerei», baden könne man auch ohne Schiffe. Dr. Edmund Wyss von der Sozialdemokratischen Partei nannte die beiden Badanstanen ebenfalls einen «Schönheitsfehler» und ergänzte, dass die beiden andern Badanstanen in der Breite und im St. Johann, die vorwiegend von der Arbeiterbevölkerung benutzt wurden, den gesamten Bedarf abdeckten. Anstatt der Schiffe sollten diese erneuert werden.

«Wer das Glück hatte im Rhein schwimmen zu lernen, der muss dort wieder eine Stelle haben, wo er schwimmen kann», meinte Arnold Schneider von der Freisinnig-Demokratischen Partei. Gemäss Nicolas C. G. Bischoff von der Liberalen Partei sei das Leben auf dem Rhein ein Gewinn für die Stadt. Die Schiffe seien eine der nicht so häufigen «wirklich guten Baslerideen». Vielleicht könnten «zwei billige Schlappen» erstanden werden, sie müssten «sauber und froh» sein. Für einige Grossräte war wichtig, dass im Hinblick auf das 500-Jahr-Jubiläum der Universität Basel 1960 die «Fischkästen verschwinden».

Der Verein Frauenbadanstalt, der sich mit allen Mitteln für die Erhaltung stark machte, wollte das Anliegen in der zuständigen Grossratskommission vertreten und sogar als «ausserordentliche Ausnahme» eine Delegierte mit beratender Stimme an die Sitzungen schicken: «Da wir eine Frauengemeinschaft sind, fehlt uns die Möglichkeit unseren behördlichen Instanzen von unsern Anliegen zu sagen.»²²⁰ Es war im Herbst 1959 des Jahres, als die Schweizer Männer das Frauenstimmrecht zur grossen Enttäuschung vieler Frauenverbände wuchtig abgelehnt hatten. Dies bedeutete, dass Frauen weiterhin nur indirekt und über solidarische Männer politisch Einfluss nehmen konnten. Ob das Ansinnen der Frauen vom Kommissionspräsidenten unterstützt wurde, geht aus den vorhandenen Vereinsakten nicht hervor.

Das Baudepartement sah sich genötigt, die Badeanstalten abzureisen, wenn nötig nach erfolgter Enteignung, und die Idee der Badeschiffe aufzuschieben, bis der Rhein sauberer sei. So entschied der GGG-Vorstand, der Mitgliederversammlung den Abbruch auf Ende Saison 1960 zu beantragen, dies auf Kosten des Staates und mit einer Entschädigung an die GGG sowie der Bedingung, dass die Regierung nach fünf Jahren ein neues Projekt prüfe. Doch nach einer «lebhaften Diskussion», das heisst einer kontroversen Debatte, lehnte die Versammlung mit 43 gegen 30 Stimmen den Antrag des Vorstands ab und hiess den Gegenantrag der beiden

Kommissionen der Badanstanlen gut, nämlich nur die Männerbadanstalt abzureissen und die Frauenbadanstalt bis zu einer neuen Lösung stehen zu lassen. Für Männer sollte eine separate Umkleidekabine zur Verfügung gestellt werden.²²¹

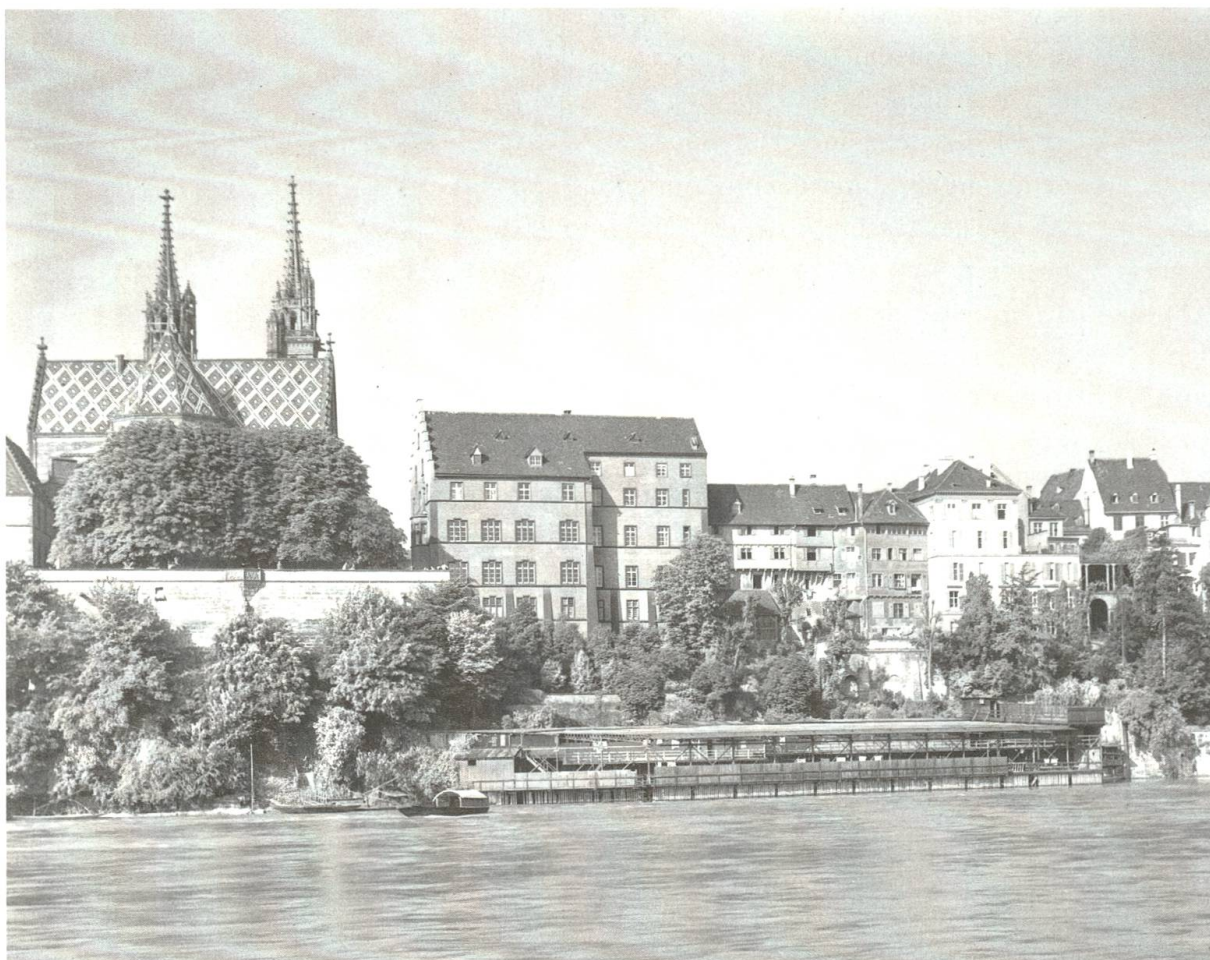
Dieses Abstimmungsergebnis hatte ungeahnte Folgen. In einer Nacht- und Nebelaktion bemalten einige Burschen die Eisenpfosten, den Boden des Laufstegs und das Holzwerk der Frauenbadanstalt mit leuchtend gelber Farbe. Der Verein beauftragte einen Malermeister, den Schaden zu beheben und die Verunstaltung zu übermalen. Seine Rechnung belief sich auf 368.50 Franken.²²² Später auferlegte das Gericht den Schuldigen die Rückerstattung der Malkosten.

Die Vereinspräsidentin Elisabeth Schönmann-Hodel nahm in der *National-Zeitung* zur Übeltat Stellung: «Spielt wohl der schweizerische Antifeminismus auch hier seine böse Rolle? Man könnte den Frauen doch leicht ein wenig mehr zuliebe tun, indem man – nachdem man ihre berechtigten Wünsche für ein Separatbad im Gartenbad am Bachgraben einfach ignoriert hat – ihnen wenigstens ihr herrliches Badeplätzli am Rhein gönnt!» Die Benutzerinnen hätten aus freiwilligen Mitteln im Hinblick auf das Jubiläumsfest der Universität stillschweigend und ohne «Täm-Täm» die Farbe übermalen lassen. Es bleibe zu hoffen, «dass die Studenten sich ritterlich zeigen und auf freiwilliger Basis Schadenersatz leisten, denn sie hatten ja ihren Spass etwas recht Auffälliges in Basel getan zu haben genügend ausgekostet», und süffisant ergänzte sie, dass sie gewiss nicht wollten, «dass junge Damen täglich einen Teil der gelben Kleckerei an ihren Füßen mit nach Hause tragen». Man habe «Verständnis für eine nette Pfalz gezeigt», die Badanstalt herausgeputzt und den Hang mit leuchtenden Blumen bepflanzt.²²³

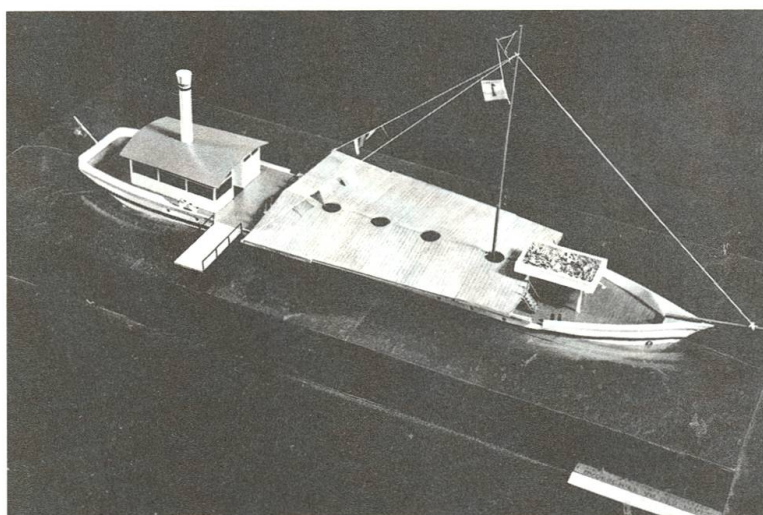
Der Sommer 1960 war dann aber die letzte Saison der Frauenbadanstalt. Der Abbruch wurde auf den 24. April 1961, 7 Uhr angesetzt, wie die Präsidentin der GGG-Kommission wenige Tage zuvor erfuhr.²²⁴ Der Beschluss ging auf «die Widerrufung des Allmendbenützungserchts» zurück, die ab 23. April in Kraft trat. In einem Schreiben informierte die Präsidentin der GGG-Kommission alle Benutzerinnen, ihre persönlichen Gegenstände bis am Sonntagabend mitzunehmen. Die GGG versicherte, sich weiterhin für ein Provisorium einzusetzen, versuchte sie zu trösten.

Doch das versprochene Provisorium wurde nie mehr realisiert. Ein von Architekt Burckhardt eingereichtes Projekt lehnte der Denkmalpfleger ab, gegen weitere Pläne wurde später ein Baustopp erlassen. Diese hätten eine «Miniaturbadi» beinhaltet mit zwei Umkleidekabinen, einer für Frauen, einer für Männer, mit dreissig Kleiderhaken und einer «kalten Douche». Die Vereinspräsidentin protestierte dagegen, dass die Kleider unbeaufsichtigt auf einem öffentlichen Spazierweg ausgestellt gewesen wären, und verlangte Kästchen.

1963 machte der Verein Frauenbadanstalt unter den Mitgliedern eine Umfrage zu ihren Badegewohnheiten. Die Hälfte antwortete: einige badeten nun in den andern Rheinbadanstalten, andere gingen in die



[Abb.35]
[Abb.36]



[35] Die Frauenbadeanstalt lag unterhalb der Lesegesellschaft, während sich die Schwimmgelegenheit für Männer weiter rheinaufwärts befand.

[36] Als Ersatz für die Badeanstalten im Rhein entwarf der Architekt Martin H. Burckhardt zwei nahe dem Ufer verankerte Badeschiffe; diese Idee war 1959 im Grossen Rat jedoch umstritten.

Gartenbäder, wobei ihnen der weite Weg und der Lärm nicht gefielen. Und viele badeten nur noch zu Hause in der Wanne. Die Antworten wurden der Regierung zugestellt.

An der folgenden Jahresversammlung 1964 beschlossen die Anwesenden, trotz der wenig erfreulichen Aussichten den Verein noch nicht aufzulösen.²²⁵ Dieser Beschluss fiel erst elf Jahre später an der a. o. Mitgliederversammlung vom 18. Juni 1975.²²⁶ Anwesend waren 12 Frauen, entschuldigt hatten sich 23 Frauen und ein Mann. Nachdem sich der Verein, den die Nutzerinnen zur Unterstützung ihrer Frauenbadanstalt 1956 gegründet hatten, aufgelöst hatte, war auch die Präsidentin der GGG-Kommission zur Frauenbadanstalt bereit, die Auflösung ihres Gremiums an der GGG-Mitgliederversammlung vom 21. Juni 1978 bekanntzugeben.²²⁷ Die seit längerem inaktive GGG-Kommission zur Schwimm- und Badanstalt im Rhein ihrerseits bestand nur noch auf dem Papier. Als das letzte Kommissionsmitglied gestorben war, wurde dessen Sohn angefragt, ob er übernehmen wolle. Wenn das Baden im Rhein aktiviert würde, wäre er bereit dazu, antwortete er. Der GGG-Vorstand beschloss danach, die Kommission im Jahresbericht nicht mehr aufzuführen.²²⁸

In den 1970er Jahren war die Wasserqualität derart schlecht geworden, dass nicht mehr viele im Rhein badeten. Der Kantonschemiker, früher selbst ein Rheinschwimmer, hatte aus hygienischen Gründen damit aufgehört. In Wasseruntersuchungen waren zu verschiedenen Jahreszeiten Salmonellen, Kolibakterien und Fäkal-Streptokokken gefunden worden. Das Gewässerschutzamt informierte, dass der demnächst fällige Grossratsbeschluss betreffend Abwasserreinigung die Gründung der Pro Rhena ermögliche, die den Ausbau der Kläranlagen in der Region fördern werde. Der Vertrag zur Abwasserreinigung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft und den chemischen Firmen Ciba-Geigy AG und F. Hoffmann-La Roche & Co. AG, vertreten durch eine einfache Gesellschaft, wurde 1979 erlassen.²²⁹ Bereits 1980 führte die Schweizerische Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG) Sektion Basel das erste Basler Rheinschwimmen durch, das seither jedes Jahr nach den Schulsommerferien stattfindet und sich grosser Beliebtheit erfreut.

Schulgärten

Ende November 1909 erreichte die GGG ein Unterstützungsgesuch des Lehrers Ernst König-Hagenbuch.²³⁰ Er überlege seit Jahren, wie die Stadtjugend die Vorteile des Landlebens erfahren könne. Er miete seit 1906 einige Aren Land in der Gärtnerei einer Witwe im Neubad und pflanze an zwei Abenden pro Woche während der Sommermonate mit zwanzig bis dreissig Kindern Gemüse und Blumen an. Für ihn stehe die Gesundheit der Kinder im Vordergrund, die «im Stadtinnern vielleicht

arbeiten, zumeist indes zwecklos sich herumtreiben». «Ohne pedantischen Zwang» sollten sie ihre Gesundheit und Kraft stärken. Auch Kinder aus Arztfamilien seien dabei.

Dieses Projekt habe noch ein zweites – pädagogisch-didaktisches – Ziel, nämlich die Umgestaltung des Naturkundeunterrichts. Die Schüler könnten so konkret den Anbau und die Pflege von Kulturpflanzen kennenlernen, wie dies auch die Landerziehungsheime im 19. Jahrhundert vermittelt hätten. Als dritten Grund erwähnte er «die bewahrende und erziehende Kraft der Arbeit». Die staatliche Verwaltung stelle eine Zunahme der polizeilichen Verzeigungen unter Sekundarschülern fest und schreibe dies der mangelnden körperlichen Beschäftigung vor allem von Knaben zu.

Da er selbst am Stadtrand wohne, könne er beobachten, wie Jugendliche Anlagen und Felder beschädigten. Nicht Bosheit, sondern «der an und für sich löbliche Tätigkeitstrieb» stachle sie zu solchen Ausschreitungen an. «Leiten wir diesen in die richtige Bahn, so können wir viel Böses verhindern und Gutes schaffen», war sein Fazit.

Mit diesen Erläuterungen stellte König ein Gesuch um finanzielle Unterstützung solcher Gartenarbeit für Grossstadtkinder. Der Leiter der Stadtgärtnerei Eduard Schill trug dieses Anliegen mit und stellte seinen Privatgarten an der Burgfelderstrasse zur Verfügung. Auch verpachtete ihm das Baudepartement einige Aren der städtischen Baumschule an der Hegenheimerstrasse.²³¹

Die GGG begrüsste das Anliegen und setzte 1910 die Kommission für Schülergärten ein. Das Interesse wuchs. Von 1910 bis 1914 konnten die verfügbaren Anbauflächen von 12 Aren auf 336 Aren vervielfacht werden. 1915 waren 2 Klassen mit 43 Kindern an der Burgfelderstrasse, 5 Klassen mit 100 Kindern beim Gotthelfschulhaus, 4 Klassen mit 80 Kindern auf St. Margrethen und 3 Klassen mit 60 Kindern an der Grenzacherstrasse beschäftigt. Es waren 23 Kinder aus der Primar-, 166 aus der Sekundar-, 27 aus der Real-, 33 aus der Töchterschule, 22 aus dem Gymnasium und 12 aus anderen Institutionen beteiligt. Insgesamt nahmen 190 Knaben und 93 Mädchen, also 283 Schüler und Schülerinnen, teil.

Das Kursgeld für diese freiwilligen Gartenbaukurse betrug 10 Franken, die von 189 Kindern entrichtet wurden. Die Lukasstiftung unterstützte 60 Kinder mit ermässigten Gebühren.²³² Die je nach Witterung unterschiedlich grossen Ernteerträge durften die Kinder nach Hause nehmen, wodurch das Kursgeld indirekt zurückerstattet wurde. In wirtschaftlich schweren Zeiten bedeuteten die Erträge einen wichtigen und willkommenen Zustupf zu den Mahlzeiten der bedürftigen und weniger wohlhabenden Familien.

1934 musste Ernst König wegen eines Hörleidens vorzeitig in den Ruhestand treten. Er hatte an der Freien Evangelischen Schule Turnen, Schreiben, Rechnen, Geografie und Geschichte unterrichtet und sich daneben unermüdlich für die Schüler- und auch die Familiengärten sowie die Knabenhorte und Lehrlingssäle eingesetzt. Er habe Humor besessen, was für einen Lehrer sehr wertvoll sei, hiess es in einem Nachruf 1955.²³³

Auch nach der Pensionierung des Initianten wurden die Schüलगärten weiterbetrieben und von der Stadtgärtnerei aktiv unterstützt. Doch in den 1950er Jahren wurde es immer schwieriger, städtisches Pflanzland zu erhalten. Mit dem in der Hochkonjunktur einsetzenden Bauboom wurden freie Felder zunehmend überbaut, um dringend benötigten Wohnraum für die wachsende Bevölkerung zu schaffen.

Die A-Organisation der GGG stand kurz vor dem Aus. Der Leiter der Stadtgärtnerei Richard Arioli gelangte zwar mit Vorschlägen an das Erziehungsdepartement, um die Schüलगärten weiterführen zu können.²³⁴ Dieses erachtete aber das Projekt als «zum Absterben verurteilt».²³⁵ Der GGG-Vorsteher betonte hingegen, dass in der Zeit der Verstädterung viele Kinder «keine oder nur benzingetrübte Beziehungen zur Natur» und deshalb einen engeren Kontakt zur Pflanzenwelt bitter nötig hätten.²³⁶ Mit vereinten Kräften der Eltern, Lehrpersonen und der GGG konnte die Auflösung der Schüलगärten für einige Jahre aufgeschoben werden.

1970 gab es keinen Ausweg mehr. Die Schüलगärten an der Hardstrasse mussten geräumt werden, nachdem die Landeigentümerin entschieden hatte, einen Neubau zu errichten. Ersatzland in geeigneter Lage zu einem erschwinglichen Preis konnte nicht mehr gefunden werden. Ebenso schien es aussichtslos, für den bisherigen Leiter und pensionierten Reallehrer Robert Hofer-Baur, der aus Altersgründen aufhören wollte, einen Nachfolger zu finden. Zudem war das Interesse der Kinder an der Gartenarbeit grösstenteils erloschen. Nach Abklärungen mit der CMS, der Stadtgärtnerei und der Pflanzlandstiftung musste der GGG-Vorstand einsehen, dass eine Weiterführung nicht mehr opportun war. Ungern stellte er der Mitgliederversammlung am 10. Juni 1970 den Antrag, die Kommission für Schüलगärten aufzulösen; der Antrag wurde angenommen.

So wurde im selben Jahr, in dem Arioli, der langjährige Förderer der Schüलगärten und unermüdliche, nun in Pension gehende Leiter der Stadtgärtnerei, für sein Engagement die Ehrendoktorwürde der Universität Basel erhielt, dieses erfolgreiche Schulprojekt nach sechzig Jahren beendet – vielleicht nur vorläufig: In jüngster Zeit werden Schulgartenprojekte nämlich wieder initiiert, wie das Urban Agricultural Netz Basel auf seiner Webseite dokumentiert.²³⁷ Urban Gardening oder urbaner Gartenbau als meist kleinräumige, gärtnerische Nutzung städtischer Flächen gewinnt an Gewicht angesichts von Herausforderungen, die der Klimawandel hervorruft. Im Kleinen wollen solche gemeinschaftlichen Gartenprojekte gemäss ihrer Zielsetzung zur «Biodiversität, lokalökonomischen Entwicklung, sozialen Integration, Versorgungssicherheit und Linderung der Armut» beitragen.

Der Gemeinschaftsgarten Landhof ist eine solche Oase an der Riehenstrasse im Kleinbasel. Mit Gleichgesinnten kann man in diesem öffentlichen Nutzgarten verweilen und nach Lust und Laune selber mitgärtnern. Menschen, die zu vereinsamen drohen, finden hier Anschluss und sorgen gleichzeitig für ihren Nahrungsmittelbedarf. Kinder haben die Chance, etwas über die Natur und ihre Gaben zu lernen.

Verein für Jugendherbergen

Am 5. November 1925 informierte Max Bider die GGG über die kurz zuvor erfolgte Gründung des Vereins für Jugendherbergen in Basel. Der konfessionell und politisch neutrale Verein plante die Einrichtung von Jugendherbergen in der Nordwestschweiz, um das «Jugendwandern» zu fördern. Er stand in Kontakt mit der Genossenschaft der Jugendherbergen in Zürich, die von der Zürcher Gemeinnützigen Gesellschaft unterstützt wurde. Deshalb wandte sich Bider an die hiesige Schwesterorganisation und ersuchte sie um eine Unterstützung in Form von Geld oder Naturalabgaben. Dabei dachte er an Decken, Kochgeräte, Geschirr und dergleichen.²³⁸

Jugendherbergen dienten Jugendgruppen als Aufenthaltsort für ihre Aktivitäten und boten jugendlichen Wanderern günstige Übernachtungsmöglichkeiten. Die Schlafräume waren – gemäss Richtlinien – für Mädchen und Knaben getrennt, und Nikotin und Alkohol waren «selbstverständlich» untersagt. Jede Jugendherberge war einem Leiter unterstellt, der für die äussere und innere Ordnung zuständig war, doch nach dem «Grundsatz der Selbsthilfe und der Verantwortung gegenüber der Sache» trugen die Gäste zur Ordnung bei.

In ihrer Antwort zeigte sich die GGG nicht abgeneigt, das Gesuch zu unterstützen, wollte aber weitere Präzisierungen erhalten. Die budgetierten Einnahmen des Vereins setzten sich aus den einmaligen Mitgliederbeiträgen in der Höhe von zehn Franken, dem Erlös der Jahreskarten, dem Verkauf der Herbergsverzeichnisse sowie den Übernachtungsgebühren zusammen. Die Gesamtkosten für den Unterhalt, die Wolldecken, die Entschädigung des Herbergsleiters und die Aufwände für die Werbeunterlagen, waren damit aber nicht gedeckt.²³⁹

Auf Antrag des GGG-Vorstands stimmte die Mitgliederversammlung Ende März 1926 zu, dem Verein einen Jahresbeitrag von 100 Franken zu gewähren. Der junge Gymnasiallehrer Dr. Eduard Sieber wurde zum Delegierten gewählt.²⁴⁰ Innerhalb von nur fünf Monaten seit Biders Gesuch war somit der Verein der Jugendherbergen Basel unter das Patronat der GGG genommen worden und blieb eine C-Organisation bis 1992.

Aus dem ersten Bericht des Delegierten werden die Gründe ersichtlich, weshalb die GGG den Verein für Jugendherbergen so rasch aufgenommen hatte. Ziel sei die Förderung des «gesunden Wanderns der Jugend», schrieb Sieber und fuhr fort: «Unsere Jungen müssen hinaus aus der Stadt, weg von all ihren Zerstreuungen und Versuchungen. Aus inniger Berührung mit der Natur sollen sie Kraft holen, die sie für das tägliche Leben brauchen, sie sollen wandern und andere Gegenden und Volkskreise kennen und lieben lernen.»²⁴¹

Um die Jugendlichen vor den Verlockungen und Verführungen in der als schmutzig und ungesund begriffenen Stadt zu schützen, sollten sie auf dem Land preiswert übernachten können. Zu einem gesunden Leben

gehörten Alkoholabstinenz, Nichtraucher und Bewegung an der frischen Luft in der Natur.

Es waren deutsche Wandervogelgruppen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf ihren mehrtägigen Wanderungen günstig und sicher übernachten wollten und so die Bewegung der Jugendherbergen initiiert hatten.²⁴² Zum finanziellen Motiv kam das ideelle, nämlich innerhalb der eigenen Altersgruppe der Enge der bürgerlichen Gesellschaft zumindest in der Freizeit entgehen zu können. In der Schweiz wurde 1924 die Genossenschaft für Jugendherbergen Zürich gegründet. Die Vorstandsmitglieder vertraten verschiedene Jugendorganisationen, wie etwa Wandervogel, Freischar, Pro Juventute und Abstinente Jugend. Wie in Basel wurden auch in anderen Kantonen Vereine gegründet, die sich 1927 zum Schweizerischen Bund für Jugendherbergen (SBJ) zusammenschlossen.

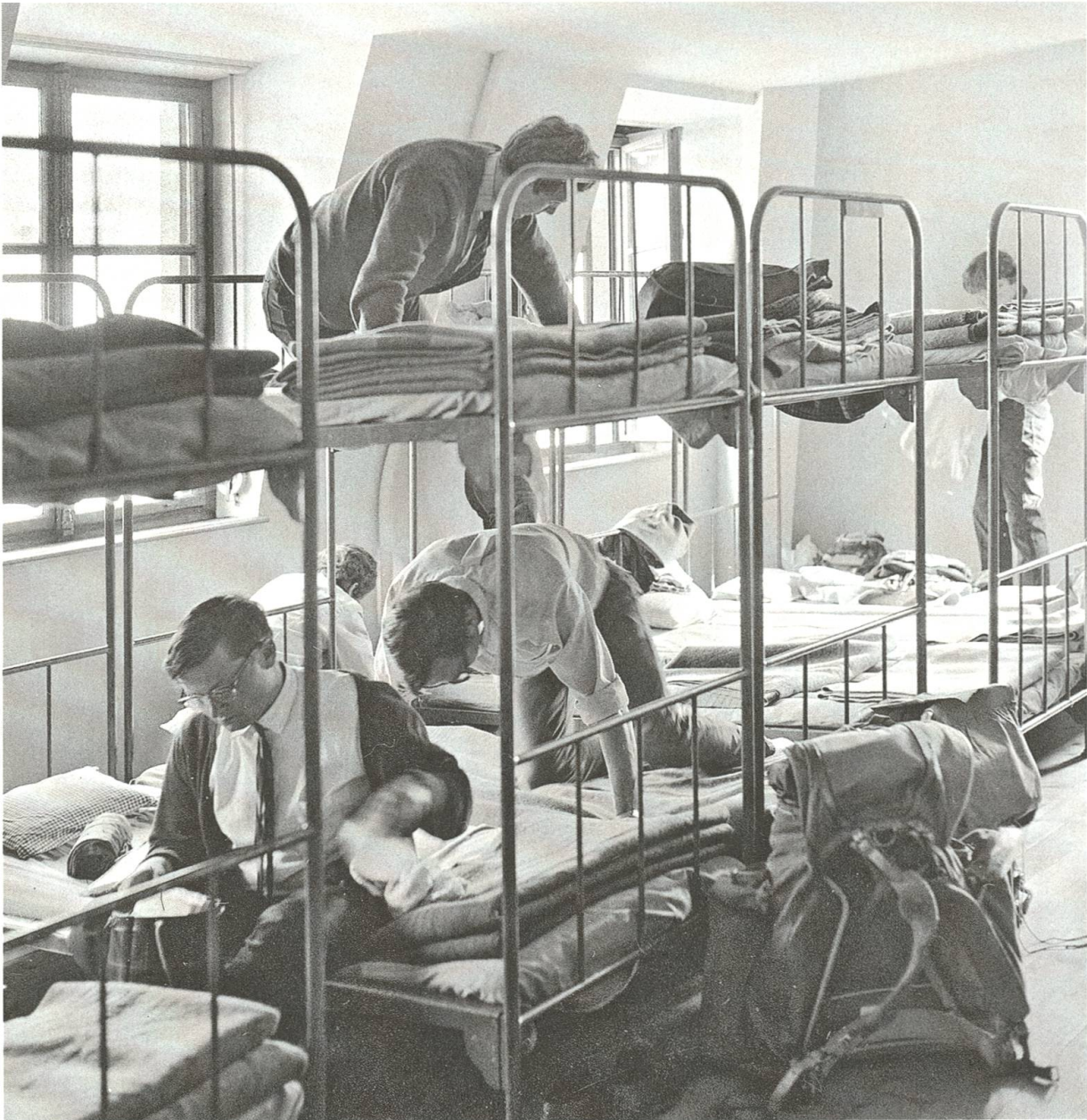
1930 ersuchte der Delegierte Sieber, der nun als Obmann der Ortsgruppe Basel des SBJ amtierte, die GGG um eine Erhöhung des Jahresbeitrags. Diese bewilligte fortan einen Beitrag von 200 Franken. Wegen der Wirtschaftskrise blieben die deutschen Touristen aus, was vor allem für die Basler Jugendherberge negative Folgen hatte. Die Vereinsleitung rang der schweren Zeit die Überzeugung ab, dass dadurch «weite Volkskreise wiederum zu einfacherer Lebenshaltung» zurückfinden könnten, was «gewiss nicht zum Schaden des Volksganzen» sei. Der Verein könne der Jugend den «Wert des gesunden, einfachen Wanderns» vermitteln und damit die Idee der Jugendherberge fördern, meinte auch der GGG-Vorsteher an der Mitgliederversammlung.²⁴³

In Basel standen zunächst Schlafplätze im Schulhaus Kleinhünigen, in einer «Wandervogelbude» am St. Alban-Kirchrain und im Gottshelf-Schulhaus zur Verfügung. Später befand sich die Jugendherberge am Weiherweg, bis sie 1965 in die leerstehende und für den Abbruch bestimmte Fin-de-Siècle-Villa an der Kapellenstrasse 17 einziehen konnte. Die CMS plante auf dem Areal eine Wohnüberbauung und war bereit, die Liegenschaft zur Zwischennutzung bereitzustellen. Die staatliche Verwaltung übernahm Miet- und Umbaukosten.

Der Verein der Jugendherbergen bemühte sich unentwegt, günstige Schlafplätze in der Region zu organisieren. So waren in den 1930er Jahren solche in Anwil, Beinwil, Eptingen, Hölstein, Liestal, Montfaucon und auf dem Passwang vorhanden. 1935 wurde die instand gestellte Burgruine Rotberg als erste eigentliche Jugendherberge in der Schweiz eingeweiht.²⁴⁴

Ende der 1930er Jahre verwaltete die Dachorganisation den Höchststand von 208 Jugendherbergen. Die Übernachtungstaxen betrugen damals zwischen 20 Rappen und 1.50 Franken. Die Hälfte der Schlafplätze mussten für schweizerische Gäste reserviert werden, weil man befürchtete, Personen aus dem Ausland würden die Jugendherbergen zu stark frequentieren.

Nach Kriegsausbruch stellte sich die Frage, ob grundsätzlich etwas geändert werden müsse, doch der Delegierte schrieb, dass «die Pflege der



[37] Blick in die Jugendherberge, die sich ab 1965 bis zum Abbruch der Villa an der Kappellenstrasse 17 befand.

internationalen Beziehungen unter der Jugend» zu den schönsten Aufgaben gehöre. Dies hätten 1939 ein französisch-schweizerisches Freundschaftstreffen in Basel und eine von Basel aus organisierte Fahrt der flämischen Jugend in die Schweiz gezeigt. «Wandernd die Heimat durchziehen» fördere die «Heimatliebe», bringe «im gemeinsamen Erlebnis alle Volkskreise» zusammen und erziehe «zur Einfachheit», wie sie in den Jugendherbergen geübt werde. Das werde in Zukunft nötig sein.²⁴⁵

Die Jugendherbergen gewannen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an Attraktivität, was sich in den Mitgliederzahlen zeigte. In Basel wurde 1979 im St. Alban-Tal der ehemalige Erweiterungsbau der Sarasin'schen Bandfabrik für die Jugendherberge umgebaut.

Der wirtschaftliche Einbruch hatte allerdings in den 1970er Jahren zur Schliessung einiger Jugendherbergen in der Umgebung geführt. Aus finanziellen Gründen beantragten die beiden Kantonalverbände Basel und Aargau-Solothurn ihren Mitgliedern die Fusion. Das war umstritten. Gegner des Zusammenschlusses erinnerten daran, dass der Verein als Selbsthilfeorganisation entstanden sei, und kritisierten die zunehmende Kommerzialisierung des Verbandes. Doch die Mitglieder zeigten kaum mehr Interesse, am Vereinsleben teilzunehmen. Die meisten zahlten die Mitgliederbeiträge nur, um in den Jugendherbergen günstig übernachten zu können.²⁴⁶ Vergleichbare Organisationen wie der Schweizer Alpenclub (SAC) machten ähnliche Erfahrungen. An einer Mitgliedschaft Interessierte wollten sich nicht unbedingt im Verband engagieren, sondern von den günstigen Übernachtungsmöglichkeiten profitieren.

Ab 1. Januar 1983 leitete der bisherige Basler Geschäftsführer den neuen Verein für Jugendherbergen Nordwestschweiz, der nun sieben Jugendherbergen verwaltete und 20 000 Mitglieder umfasste. Er war nach Zürich die zweitgrösste Sektion der Dachorganisation.

Als die GGG 1990 in einer Retraite im Weiherschloss Bottmingen ihre Tätigkeitsfelder und Ressorts durchleuchtete, kam sie bei einigen Organisationen zum Schluss, dass sich die Rahmenbedingungen so geändert hatten, dass eine weitere Unterstützung nicht mehr nötig war. Dies galt auch für den ehemaligen Basler Verein für Jugendherbergen. Die Mitgliederversammlung hiess die Entlassung als C-Organisation 1992 gut.

basel sinfonietta

Die GGG, die seit ihren Anfängen einen engen Bezug zur Musikkultur in Basel hatte, gab 1982 den «Führer durch die Vielfalt der Musikinstitutionen des Stadtkantons» heraus, der anlässlich ihres 200-Jahr-Jubiläums 1977 geplant worden war.²⁴⁷ Vorgestellt wurden professionelle und Laienorchester, Ensembles, Chöre, Konzertveranstalter, Stiftungen, Bibliotheken und Musikhäuser. Ein besonderes Orchester, das zwei Jahre



[38] Jugendliche kochen in der Jugendherberge ihr Abendessen.

zuvor unter dem Namen *basel sinfonietta* gegründet worden war, fand darin noch keine Erwähnung. Offensichtlich musste es sich erst beweisen, bevor es zum Basler Musikleben gezählt wurde.

Die Idee für die Gründung der *basel sinfonietta* ging gemäss Festschrift zum 10-Jahr-Jubiläum vom Trompeter Ruedi Linder aus, der im Herbst 1979 kurz vor seinem Ausbildungsabschluss am Konservatorium stand.²⁴⁸ Mit dem Bassisten und Dirigenten Joël Jenny, der die Eingebung für den Orchesternamen hatte, und weiteren Kollegen wie Thomas Nidecker, Christian Schiess, Nina Konecny, Georges Depierre, Monique Fornallaz wurden erste Konzepte debattiert.

Die Suche nach neuen Organisations- und Konzertformen war um 1980 politisch motiviert. Es war die Zeit der Jugendunruhen. Selbstverwaltete und genossenschaftliche Organisationen und Projekte entstanden vielerorts, zu nennen sind beispielsweise die Kulturwerkstatt Kaserne, das Restaurant Hirscheneck, die Rote Fabrik oder die Wochenzeitung WOZ. Weshalb nicht auch ein alternatives klassisches Orchester?

«Wir funktionierten damals total basisdemokratisch, d. h. wir diskutierten alles bis ins kleinste Detail im ganzen Plenum während den Proben. Dies konnte recht aufreibend und vor allem zeitraubend sein», erinnert sich Linder.

Die ersten Proben begannen mit etwa vierzig ausgebildeten oder noch in Ausbildung stehenden Musikerinnen und Musikern im Proberaum 3 des Basler Theaters im Dezember 1980, und das erste Konzert fand in der Kirche von Ligerz am Bielersee im März 1981 mit Werken von Prokofiev und Janáček unter der Leitung von Joël Jenny statt. Die Stimmung war euphorisch.

Zum Konzept der *basel sinfonietta* gehört die eigene Programmgestaltung mit der Wahl des Dirigenten, der Solistinnen und des Aufführungsorts. Nachdem das zweite Programm nicht wunschgemäss zustande kam und beinahe zur Auflösung führte, konnte das vorzeitige Ende dieses Klangkörpers durch einen Glücksfall abgewendet werden. Über Kontakte erhielt das Orchester die Möglichkeit, unter der Leitung von Hans Werner Henze am Musikfestival, das er selbst im italienischen Montepulciano initiiert hatte, zu spielen. Inspiriert durch die sommerliche Atmosphäre beschlossen die Musikerinnen und Musiker im Herbst weiterzumachen. So fand in der Musik-Akademie im Oktober 1981 mit dem Dirigenten Mark Fitz-Gerald, den sie in Italien kennengelernt hatten und mit dem sie in den folgenden Jahren immer wieder konzertierten, das erste Konzert in Basel statt. Mit dem gleichen Programm war die *basel sinfonietta* auch im Gymnasium Oberwil und in Freiburg im Breisgau zu Gast. Dieser erfolgreiche Auftakt in der Region ebnete den Weg für ein Orchester, das schon bald ein Stammpublikum mit seinen ausgefallenen und kreativen Konzerten zu begeistern vermochte.

Zur ideellen und finanziellen Unterstützung wurde der Verein zur Förderung der *basel sinfonietta* gegründet. Die Geldsuche war denn auch

die grosse Hürde, die in jeder Konzertsaison erneut bewältigt werden musste. Gönner und Spenderinnen, Firmen, Zünfte und Stiftungen trugen dazu bei, dass die Einnahmen die Ausgaben deckten. Dennoch ist es bis heute nicht möglich, die Tarife, die der Schweizerische Musikerverband als Gewerkschaft der Berufsmusikerinnen und -musiker mit den Orchester-gesellschaften ausgehandelt hat, auszusahlen.²⁴⁹ Auch wenn alle mit grossem Engagement dabei sind, ist ihre Kunst auch Erwerbsarbeit und muss entlohnt werden.

Seit 1986 half die GGG mit einem jährlichen Beitrag mit, dass das Orchester die fünf bis sechs geplanten Konzerte im Stadtcasino zur Auf-führung bringen konnte. Inzwischen gewährte auch die öffentliche Hand einen Beitrag. Doch die ständige Geldsuche blieb zermürend und band viele Kräfte.

Auf Veranlassung des Erziehungsdirektors Hans-Rudolf Striebel ge-langte die basel sinfonietta 1992 an Urs Burckhardt, den damaligen Vorste-her der GGG mit der Anfrage, ob das Orchester als C-Organisation unter das Patronat genommen werden könne.²⁵⁰ Burckhardt, zugleich verantwortlich für das Ressort Kultur, liess das Gesuch für die nächste Vorstandssitzung traktandieren und begründete seine positive Haltung damit, dass das Or-chester nach wie vor und nach zwölf Jahren noch immer zur «progressiven Avantgarde» zähle. Es entspreche der Vorstellung der GGG, «die Qualität und den Mut zu Ungewohntem», das dieses Basler Orchester auszeichne, weiterhin und vermehrt zu unterstützen.²⁵¹

Der Vorstand beschloss einstimmig, der Mitgliederversammlung die Aufnahme der basel sinfonietta als C-Organisation zu empfehlen.²⁵² Mitte Juni 1994 folgte diese ebenfalls einstimmig dem Antrag des Vorstands.

Noch heute verwaltet sich das hundertköpfige Orchester selbst, wenn auch die Organisationsstrukturen mit einer Geschäftsstelle seit 1998 profes-sionalisiert worden sind, um die jährlich etwa vierzig Konzerte in der gan-zen Schweiz und die Teilnahme an verschiedenen europäischen Festivals zu organisieren. Das Anliegen, zeitgenössische Musik durch «Programme mit Pfiff» zu vermitteln, wurde in den letzten Jahren mit regelmässigen Kompositionsaufträgen an Komponistinnen und Komponisten im In- und Ausland verstärkt.²⁵³

Die Aufnahme als C-Organisation im Jahre 1994 bedeutete für das Orchester zu jenem Zeitpunkt buchstäblich das Überleben, denn seitdem erhielt es einen substantiell höheren Beitrag an die Produktionskosten. Auch wenn damit die Geldsuche nicht beendet ist und immer wieder kre-ative Lösungen erfordert, etwa die Finanzierung eines Orchestermusikers über eine Patenschaft, gehört die basel sinfonietta heute – nach mehr als 35 Jahren – zum festen Bestandteil der Basler Orchesterlandschaft.

Patria

Die GGG stand am Anfang vieler Institutionen und Unternehmen, von denen heute kaum mehr bekannt ist, dass sie bei der Gründung einen gemeinnützigen Zweck verfolgten. Dazu gehört auch die Helvetia, ein Fusionsprodukt der gleichnamigen Schweizer Versicherungsgesellschaft mit der Patria in den 1990er Jahren. Die Anfänge der Patria gehen auf die Errichtung der «Basler Sterbe- und Alters-Kasse» im Jahr 1878 zurück – eine Initiative zum 100-Jahr-Jubiläum der GGG.²⁵⁴

1881 wurde in St. Gallen die Gründung der Schweizerischen Sterbe- und Alterskasse beschlossen. Mit der Übernahme der Basler Statuten und der Wahl des Sitzes in Basel ging die lokale Kasse in der gesamtschweizerischen Institution auf. Ab 1885, als erstmals die Aufsicht über die Versicherungsunternehmen in der Schweiz gesetzlich vereinheitlicht wurde, standen der GGG Basel nur noch sechs Delegierte in der Verwaltungskommission zu. Zudem hatte der Vorstand übersehen, dass die GGG Basel in den neuen Statuten nicht mehr erwähnt wurde. Von da an begann ihr Einfluss zu schrumpfen.

Das 1908 neu erlassene Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag verlangte erneut eine Statutenrevision, was mit der Namensänderung zu «Patria, Schweizerische Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, vormals Schweizerische Sterbe- und Alterskasse» verbunden und so begründet wurde: «Der Name Patria erscheint uns deswegen passend, weil unsere Anstalt als eine gemeinnützige dasteht und ihren vaterländischen Sinn auch dadurch kundgibt, dass sie unsere wehrpflichtige Mannschaft bis auf den Betrag von 10 000 Franken für die einzelne Versicherung ohne Prämienzuschlag und für höhere Summen nur mit einem ganz minimalen Zuschlag versichert.»²⁵⁵

Trotz der Katastrophen des Ersten Weltkriegs, der Spanischen Grippe sowie der folgenden Wirtschaftskrise, die auch negative Auswirkungen auf die Versicherungsunternehmen hatte, blieb die Patria dank der soliden Grundlagen relativ stabil.²⁵⁶ Der Aufschwung in den folgenden Jahrzehnten widerspiegelte sich in den Geschäftsadressen: von der Ecke Rittergasse / St. Albangraben 1938 an den Steinenberg ¹²⁵⁷ und von da 1956 in die St. Alban-Anlage.

Als die Patria für 1935 einen Reingewinn von 3 Millionen Franken auswies, fragte der GGG-Vorstand bei ihren Delegierten an, ob die Patria

der GGG in Erinnerung daran, dass sie von ihr gegründet worden war, einen Beitrag gewähren könne. Es war die Zeit der Wirtschaftskrise, als die finanziellen Mittel der GGG nicht üppig flossen. Die Patria kam dem Gesuch nach, und der Schreiber dankte ihr für den freiwilligen Beitrag von 500 Franken, die bar per Post geschickt worden waren.²⁵⁸ Auch zum 75-Jahr-Jubiläum der Patria, die inzwischen zu den grössten Lebensversicherungsgesellschaften der Schweiz gehörte, erhielt die GGG 1952 eine Gabe. So ist es wenig erstaunlich, dass die GGG die Angestellten ihrer A-Organisationen gegen Todesfall und Invalidenrisiko bei der Patria versicherte.²⁵⁹

Nach wie vor stand die Patria als C-Organisation unter dem Patronat der GGG. Doch der Anfang vom Ende kam mit der Statutenrevision der Patria 1968. Im Vorfeld der Entlassung aus dem Patronat kam es zu Turbulenzen. Sitzungen wurden als «wenig erfreulich» geschildert, Besprechungen kamen mangels Teilnahme nicht zustande, «Angriffe» mussten «ganz entschieden» abgewehrt werden. Sogar das Gericht wurde angerufen.²⁶⁰

Streitpunkt war das traditionelle Mitwirkungsrecht der GGG. Dieses war nach Ansicht der GGG mit der neuen rechtlichen Konzeption der Patria kompatibel, in den Augen der Patria aber inskünftig rechtswidrig. Gutachten und Gegengutachten waren sich nicht einig. Die Patria wollte die statutarische Privilegierung der GGG und ihre Sonderrechte abschaffen. Sie wandelte sich zu einer modernen Aktiengesellschaft mit Selbsternennung der Verwaltungsräte und Honorierung ihrer Tätigkeiten. Das widersprach den Prinzipien der GGG, die selbst die Delegierten in die Gremien zur Wahl vorschlug und die Bezahlung von ehrenamtlicher Arbeit ablehnte. Für die GGG war die neue Ausrichtung der Patria nicht mehr gemeinnützig.

So war der Antrag des Vorstands zur Entlassung der Patria aus dem Patronat am 10. Juni 1970 folgerichtig, und die Mitgliederversammlung hiess ihn einstimmig gut.²⁶¹

In einem Schreiben erklärte die Patria, dass sie bereit sei, der GGG bis auf weiteres jährlich 15 000 Franken zukommen zu lassen.²⁶² Der Vorstand war nicht gerade enthusiastisch über diese Ankündigung. «Als Antwort [...] soll der Patria lediglich mitgeteilt werden, dass der Vorstand an seiner Sitzung vom 4. November 1970 von diesem Schreiben Kenntnis genommen hat und für den überwiesenen Betrag von Fr. 15 000.– dankt», lautete der nüchterne Protokolleintrag. Der Vorsteher verfasste den Brief.²⁶³

Die Patria hielt Wort und überwies jedes Jahr einen substantiellen Beitrag. Im Jahre 2002 spendete die Patria Genossenschaft 30 000 Franken an die GGG-Zentralkasse und das neu fusionierte Unternehmen «Helvetia Patria Versicherungen» 11 000 Franken an eine A-Organisation.²⁶⁴

Ausblick: Agieren und Reagieren

In den Porträts der hier vorgestellten Organisationen und Institutionen ging es darum, die Rolle der GGG sichtbar zu machen und ihren Einfluss darzustellen. Um die historische Entwicklung der Organisationen umfassend aufzuzeigen, verdiente allerdings jede ein eigenes Neujahrsblatt. Einige Institutionen kamen in vergangenen Ausgaben bereits ausführlich zu Wort, so etwa die Stadtbibliothek, die Berufs- und Frauenfachschule und einzelne Frauenvereine.²⁶⁵

Die thematische Vielfalt der Organisationen macht deutlich, wie breit die GGG in der Stadt, in der Basler Zivilgesellschaft, verankert ist. Wohl die meisten Einwohnerinnen und Einwohner kommen früher oder später in Kontakt mit einer A-, B- oder C-Organisation, die von der GGG unterstützt wird. Dieser grosse Einfluss bewirkte, dass die Existenz der GGG während des ganzen 20. Jahrhunderts kein einziges Mal in Frage gestellt wurde. Nie wurde der Ruf nach einer Vereinsauflösung laut – auch nicht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, als die GGG die Budgetwünsche ihrer Organisationen nicht erfüllen konnte oder gar Kürzungen vornehmen musste.

Die GGG Basel hat einen unübersehbaren Platz in der hiesigen städtischen Gesellschaft und leistet unverzichtbare Unterstützung in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen. Wie aufgezeigt wurde, erhielt sie entsprechende Anregungen und Anfragen für die Gründung oder Weiterführung von Projekten in der Regel von aussenstehenden Kreisen, von Behörden, Interessensvereinen oder Einzelpersonen. Diese waren motiviert, ihre Anliegen zu realisieren, und steckten Energie und Engagement in die Umsetzung. Es erstaunt deshalb wenig, wenn GGG-eigene Projekte, die nicht aufgrund einer dringlichen Notwendigkeit entstanden, sondern eher der Profilierung dienen sollten, weniger erfolgreich waren. Die GGG als Verein ist auf ihre Mitgliederbasis angewiesen. Eines ihrer Markenzeichen ist der Einsatz der Freiwilligen und Ehrenamtlichen. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist in Basel stark verankert, weil die Stadt klein und überschaubar ist und sich viele soziale Kreise überschneiden.

In regelmässigen Abständen hat sich die GGG neu Klarheit darüber verschafft, was und wie sie unterstützen kann, will und soll. Welche Probleme stehen im Vordergrund, welche Lösungen sind sinnvoll? Zur Standortbestimmung gehörte auch der umgekehrte Schritt, dass Projekte verabschiedet wurden, wenn sie ihren Zweck erfüllt hatten. Dies formulierte der damalige Vorsteher Geschichtsprofessor Werner Meyer 1984 im Zusammenhang mit der Aufhebung zweier Kommissionen, die hundert

Jahre bestanden hatten: «So wenig wir aus unserer Altstadt ein denkmalgepflegtes Freilichtmuseum machen dürfen, so wenig können wir Vereinigungen, die in Form und Zweck überholt sind, als kosmetisch hergerichtete Mumien der Nachwelt überliefern. Tradition ist Weitergabe der Flamme, nicht der Asche.»²⁶⁶

Diese Anpassungsfähigkeit hat der GGG zu ihrer Beständigkeit und Stabilität verholfen, was auch alle jene honorieren, die mit Spenden und Legaten die Tätigkeit der GGG ermöglichen.

Die GGG wird auf diesem Weg auch im 21. Jahrhundert weitergehen. Sie wird weiterhin dazu beitragen, dass neu zugezogene Bevölkerungsgruppen integriert werden, sich hier wohlfühlen und am städtischen Leben teilnehmen können. Mit vereinten Kräften wird sie dafür sorgen, dass der Zusammenhalt der verschiedenen Schichten gestärkt wird. Dank der demokratischen Spielregeln, die eine Vereinsstruktur bietet, wird sie sich mit ihren Mitgliedern weiterhin für die Stadtentwicklung mitverantwortlich fühlen. Dabei hilft ihr das Potential der kritischen Stimmen auch künftig, die wichtigen und richtigen Themen zu fördern.

[Abb. 39]



[39] Lauschiger Weg an der Hinterseite der Häuser an der Rittergasse mit
Ausblick in die Zukunft.

Anmerkungen Teil III:

- [1] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1984, S. 1.
- [2] StABS: PA 146 Z 1: Jahresbericht der GGG von 1984, S. 2. Ich danke Anatol Schenker, dem Leiter der GGG Kurse, für seine Unterstützung.
- [3] Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 234 und 302.
- [4] StABS: PA 146, Blaubuch der GGG von 1910, S. VII.
- [5] StABS: PA 146, Blaubuch der GGG von 1950, S. 10.
- [6] Archiv der GGG Kurse, Ordner zu den Kursen: GGG-Musikkurs 1960/61.
- [7] StABS: PA 146, Blaubuch der GGG von 1955, S. 9.
- [8] StABS: PA 146, Blaubuch der GGG von 1960, S. 7.
- [9] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1993, S. 11.
- [10] Interview mit Anatol Schenker vom 12.4.2016.
- [11] <http://ggg-kurse.ch/site3/ueber-uns/leitbild> (13.4.2016).
- [12] Dieses Kapitel stützt sich auf Barth, Robert (Hg.): «Ungesunde Lesewuth» in Basel. Allgemeine Bibliotheken der GGG, 1807 bis 2007, Basel 2007 (185. Neujahrsblatt der GGG), und Hilty, Anne-Lise: Die Geschichte der GGG Stadtbibliothek zum 200-Jahr-Jubiläum, Manuskript, Basel 2007. Ich danke Anne-Lise Hilty für ihre Unterstützung.
- [13] Vgl. zu den Bibliotheken im 19. Jahrhundert Janner, GGG 1777–1914, S. 252ff. und 320ff.
- [14] Flugblatt vom November 1903, in: Barth, «Ungesunde Lesewuth», S. 83.
- [15] Zitiert aus: Barth, «Ungesunde Lesewuth», S. 26.
- [16] Schäublin, Johann Jakob: Ueber die Bildung des Volkes für Musik und durch Musik, Basel 1865. Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 297–299 und 381–382, Oesch, Hans: Die Musik-Akademie der Stadt Basel. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Musikschule Basel 1867–1967, Basel 1967, Wohlthat, Martina (Hg.): Festschrift 150 Jahre Musik-Akademie Basel 1867–2017, Basel 2017 (in Vorbereitung). Ich danke Thüring Bräm und Martina Wohlthat für ihre Unterstützung.
- [17] Am 1. Mai 1905 trat die Schulordnung für «Musikschule und Conservatorium in Basel» in Kraft.
- [18] Oesch, Die Musik-Akademie, S. 21.
- [19] StABS: PA 146 F 17,1: Musikschule, Allgemeine Musikschule, Musikschule und Konservatorium, Allgemeines und einzelnes, Schreiben der Kommission der Allgemeinen Musikschule an den GGG-Vorstand vom 18.4.1905.
- [20] StABS: PA 146 F 17,1: Musikschule, Allgemeine Musikschule, Musikschule und Konservatorium, Allgemeines und einzelnes, Schreiben der Kommission der Allgemeinen Musikschule an den GGG-Vorstand vom 18.9.1917.
- [21] StABS: PA 146 F 17,1: Musikschule, Allgemeine Musikschule, Musikschule und Konservatorium, Allgemeines und einzelnes, Schreiben der Kommission der Allgemeinen Musikschule an den GGG-Vorstand vom 26.1.1919. Alle folgenden Informationen aus diesem Brief.
- [22] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1918: Bericht der Kommission, S. 22.
- [23] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1919: Bericht der Kommission, S. 21.
- [24] StABS: PA 146 F 17,1: Musikschule, Allgemeine Musikschule, Musikschule und Konservatorium, Allgemeines und einzelnes, ausgeschnittener undatierter Zeitungsartikel «Zum Ratschlag betr. Subventionierung der Musikschule» ohne Zeitungsnamen, ca. Juni 1919. Vgl. auch das öffentliche Schreiben des Lehrerverbands vom 11. Juni 1919 an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt zum Ratschlag betreffend Subventionierung der Musikschule (Archiv der Musik-Akademie Basel).
- [25] Vgl. StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1921, S. XIII, und Siegfried, Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel, S. 44.
- [26] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1950, S. 8.
- [27] Ebenda, S. 32.
- [28] Vgl. für das Folgende Oesch, Die Musik-Akademie, S. 79ff.
- [29] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 5. Juni 1951.
- [30] Bei der Stiftungsgründung wurde die damals bestehende Pensionskasse der Lehrerschaft an die Pensions-, Witwen- und Waisenkasse des Basler Staatspersonals angeschlossen.
- [31] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1956/57, S. 3; GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 30.11.1979 und 24.11.1981. Muschter, Christiane: Musikleben in Basel. Ein Führer durch die Vielfalt der Musikinstitutionen des Stadtkantons, in Zusammenarbeit mit der Musik-Akademie der Stadt Basel hrsg. im Auftrag der GGG, Basel 1982.
- [32] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 15.9.1978.
- [33] Vgl. dazu: Braunschweig, Sabine: Am Puls der gesellschaftlichen Herausforderungen. 40 Jahre FoyersBasel, Verein pädagogisch-therapeutischer Institutionen für weibliche Jugendliche 1973–2013, Basel 2013, S. 25f., und Piñeiro, Esteban: Die Einordnung der Zukunft. Zur Gründung der Schule für Sozialarbeit Basel (1962–1971), Basel 2009.
- [34] Vgl. für das Folgende: SWA: Institute 460: Stiftung Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge, 1. Jahresbericht 1963/64.
- [35] SWA: Institute 460: Stiftungsurkunde vom 10.4.1964.
- [36] Interview mit Daniel Heusler vom 8.5.2015.
- [37] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 22.10.1964.
- [38] Vgl. StABS: JD-REG 1a 8-0-4 (2) 2: Soziale Institutionen: Einladungsbrief von Daniel Heusler an alle massgebenden Kreise vom 1.6.1965.
- [39] Vgl. StABS: UNI-REG 4a 108 Institut für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge 1957–1967: Antworten aus dem Vernehmlassungsverfahren.
- [40] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1969, S. 3.
- [41] Vgl. Kapitel AJZ in diesem Band.
- [42] Der Grosse Rat nahm den «Ratschlag zur Subventionierung des Schulvereins für soziale Berufe», Basel» am 8. Oktober 1970 an.
- [43] StABS: ED-REG 25d (1) 8-2-5 Schulverein für soziale Berufe Basel: Jahresbericht von 1995.
- [44] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 18.6.1997.
- [45] SWA: Institute 460, Jahresbericht der Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge von 1995.
- [46] SWA: Institute 460, Jahresbericht der Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge von 2000 und 2001.
- [47] SWA: Institute 460, Jahresbericht der Stiftung Institution für Sozialpädagogik und Sozialfürsorge von 2010 und 2011.
- [48] Ich danke Brigitta Kaufmann für ihre Unterstützung.
- [49] Kaufmann, Brigitta: educomm Schulpartnerschaften, in: StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 2006, S. 83.
- [50] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Abdruck des Testaments vom 10.10.1898 (Rechtschreibung im Original). Ich danke Felix Morgenthaler für seine Unterstützung.
- [51] Bericht über die die GGG-Vorstandssitzung, in: Allgemeine Schweizer Zeitung, 22.6.1902, S. 2.
- [52] Für das Folgende stütze ich mich auf Erlach, Alexander: Die

[Anm.]
S. 116–
S. 135

- Geschichte der Homöopathie in der Schweiz 1827–1971, Stuttgart 2009, und Morgenthaler, Felix: Von Medici und Chirurgen, Zahnärzten, Oculisten, Quacksalbern und Andreas Hess. Heilberufe in Basel im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, Basel 1987 (unveröffentlichte Lizentiatsarbeit).
- [53] Bruckner hatte in den USA die Homöopathie erlernt und praktiziert. Nach dem Tod seiner Frau kam er 1856 nach Basel zurück und praktizierte hier während vierzig Jahren als homöopathischer Arzt. Daneben publizierte er Artikel und Fachbücher. Sein Hauptwerk «Homöopathischer Hausarzt» ((evtl. kursiv)) erschien 1870. 1922 erlebte es die 11. Auflage und wurde ins Französische, Spanische und Portugiesische übersetzt. Vgl. Bruckner, Theophil: Homöopathischer Hausarzt: Anleitung zur Selbstbehandlung nach den Grundsätzen der Lehre Hahnemann's, Leipzig 1870.
- [54] Gemäss Basler Adressbuch führte die Römisch-Katholische Kirchgemeinde an der Hammerstrasse 45 etwa zwischen 1886 und 1904 eine Waisen- und Krankenanstalt. Vorsteherin war Catharina Ditner, die im angrenzenden Haus Nr. 47 wohnte.
- [55] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Albert Grubenmann, Präsident des Vereins homöopathischer Ärzte der Schweiz, an Präsident der GGG, 28.1.1902.
- [56] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Albert Grubenmann, Präsident des Vereins homöopathischer Ärzte der Schweiz, an Präsident der GGG, 6.7.1902.
- [57] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Gedruckte Vereinbarung vom 21.9.1902.
- [58] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: «Basel. Gemeinnützige Gesellschaft: Bericht über Hergang und Sitzung», in: Basler Nachrichten, 21.10.1902.
- [59] StABS: PA 146: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 17. Oktober 1902.
- [60] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: die weiteren Mitglieder waren: Albert Simon-Sichler, Direktor der Bälzle Feuer; Emil Stöcklin-Kussmaul, Zivilgerichtsschreiber; Bürgerratspräsident Wilhelm Uhlmann-Becker; Prof. Dr. Daniel Burckhardt-Werthemann, Prof. Dr. Rudolf Burckhardt, Prof. Dr. Fr. Heman-Blaul, J. Hörnlimann-Nehracher.
- [61] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorstand, 9.12.1903.
- [62] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Präsidenten, 12.2.1904.
- [63] Für das Folgende, vgl. Erlach, Die Geschichte der Homöopathie, S. 291f., und K., J.: Dr. med. Edwin Scheidegger zum Gedenken, in: National-Zeitung, 25.1.1949.
- [64] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorstand, 25.9.1909.
- [65] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorstand, 30.9.1913.
- [66] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorsteher, 14.12.1913.
- [67] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Wilhelm Bruckner an GGG-Vorstand, 8.2.1915.
- [68] StABS: PA 146: Vorstandsprotokoll vom 12.3.1915 und PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben vom GGG-Vorsteher an Kommissionspräsident, 15.3.1915.
- [69] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung, Schreiben der Merian-Iselin-Stiftung Homöopathisches Spital an Sanitätsdepartement vom 30.10.1918. Vgl. zur Grippe in Basel: Braunschweig, Sabine: «Opfer treuer Pflichterfüllung». Der Einsatz des Pflegepersonals bei der Grippeepidemie in Basel 1918 und 1919, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 114 (2014), S. 143–165.
- [70] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben des Kommissionspräsidenten an den GGG-Vorstand, 3.11.1920.
- [71] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Gesprächsnotizen mit Dr. Sulger, 13.11.1920. Bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hiess es «der Spital».
- [72] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben von Dr. A. La Roche an Prof. Dr. Hans Iselin GGG, 21.12.1920.
- [73] Vgl. Erlach, Die Geschichte der Homöopathie, S. 116.
- [74] K., J.: Dr. med. Edwin Scheidegger zum Gedenken, in: National-Zeitung, 25.1.1949.
- [75] StABS: PA 146 N 7, Merian-Iselin-Stiftung: Schreiben der Stiftungskommission an die GGG, 5.1.1938.
- [76] Vgl. Lieb, Fritz: Dr. med. Edwin Scheidegger-Wüthrich †, in: National-Zeitung, 31.1.1947.
- [77] Vgl. für das Folgende Erlach, Die Geschichte der Homöopathie S. 177.
- [78] Zitiert aus Erlach, Die Geschichte der Homöopathie, S. 177: Schreiben des Stiftungsrats an R. Flury, SVHA, Oktober 1971.
- [79] Im Unterschied zur Universität Zürich, wo der St. Galler Jost Künzli (1915–1992) ab Herbst 1977 Homöopathie-Vorlesungen («Künzli-Vorlesungen») abhielt.
- [80] GGG-Archiv: 53 Entlassene Organisationen Merian-Iselin-Stiftung, Entlassung 1999 als B-Organisation: Grundsätze für die Belegärzte des Merian-Iselin-Spitals, Punkt 7, vom 30.5.1981, revidiert am 30.9.1990, unterzeichnet vom Präsidenten des Stiftungsrates Dr. M. Theurillat und vom Verwaltungsdirektor der Spitalleitung E. Bracher.
- [81] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht von 1998, S. 46.
- [82] GGG-Archiv: 53 Entlassene Organisationen Merian-Iselin-Stiftung, Entlassung 1999 als B-Organisation: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 16.6.1999.
- [83] Merian Iselin (ck): Geschichte, Basel, Juni 2013, 12-seitige unveröffentlichte Chronologie.
- [84] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht von 1900, S. XX–XXII.
- [85] Nienhaus, Eugen: Bericht über die ersten 15 Jahre, in: 50 Jahre Basler Heilstätte für Lungenkranke in Davos, 1896–1946, 1946, S. 10.
- [86] StABS: PA 878a (1), C2, Basler Höhenklinik Davos, Protokolle der Verwaltungskommission, 24.10.1952; Kaufmann, Marie-Theres: Beschäftigungstherapie in schweizerischen Krankenanstalten. Aufgaben, Formen und Entfaltungsmöglichkeiten der Beschäftigungstherapie, dargestellt im Hinblick auf die Frage, ob in der Schweiz Beschäftigungstherapeuten ausgebildet werden sollen, in: Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit 9 (1949), S. 241.
- [87] StABS: PA 878a (1) C 2, Basler Höhenklinik Davos, Protokolle der Verwaltungskommission, Sitzung vom 2.3.1965.
- [88] Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 29.4.1971.
- [89] StABS: PA 878a (1) A 3, Basler Höhenklinik Davos, vgl. für das Folgende Schreiben des Stiftungspräsidenten Dr. Oswald Karli Benkler, Allschwil, an Prof. Dr. med. Christian Virchow in Wiesen, 31.7.1992. Virchow brauchte die Informationen für einen Aufsatz, vgl. Virchow, Christian: Neue medizinische Entwicklungen in Davos, in: Halter, Ernst (Hg.): Davos. Profil eines Phänomens, Zürich 1994, S. 187–195.
- [90] Ebenda.
- [91] Die TSH wurde von 1982 bis 1985 in eine moderne Höhenklinik umgebaut für Kranke mit Atemwegs-, orthopädischen und Kreislauferkrankungen. Sie verstand sich als Zwischenglied zwischen der ärztlichen Praxis und dem Akutspital und bot neben Diagnostik und medikamentöser Therapie auch physikalische Behandlung und «körperliche und seelische Erleichterung» an, vgl. Virchow, Neue medizinische Entwicklungen, S. 189.
- [92] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll, 12.8.1987 und Mitgliederversammlung, 15.6.1988.
- [93] StABS: PA 146 N 18, Basler Walderholungsstätte, Schreiben von Präs. C. D. Bourcart und Kassier B. Vischer, Kassier an GGG vom 28.11.1911.
- [94] StABS: PA 146 Z 1, Blaubuch von 1912, S. XXII.
- [95] StABS: PA 146 N 18, Jahresbericht der Kommission für Walderholungsstätten 1912.
- [96] StABS: PA 146 N 18, Jahresbericht der Kommission für Walderholungsstätten 1915.
- [97] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1974, S. 3.
- [98] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 8f.
- [99] StABS: PA 146 b C 1–1 (1), Kommission Tagesheim Egliseholz der GGG Basel: Jahresbericht von 1972.
- [100] StABS: PA 146 b C 1–1 (1), Kommission Tagesheim Egliseholz der GGG Basel: Jahresbericht von 1976, S. 3: Erfahrungsbericht.
- [101] StABS: PA 146 b C 1–1 (1), Kommission Tagesheim Egliseholz der GGG Basel: Jahresbericht von 1998.
- [102] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 2006.

- [103] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Bericht und Protokoll vom 22.10.1986. Ich danke Nelly Tanner für ihre Unterstützung.
- [104] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 29.6.1971.
- [105] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 4.6.1975.
- [106] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Protokoll vom 6.11.1986.
- [107] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, aus: Referat von Peter Burkhard: Neue Wege in der Drogenhilfe – Eine Herausforderung für die GGG?, Ottenbach, Januar 1987. Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG und Protokoll vom 22.10.1986.
- [108] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Protokoll vom 1.4.1987.
- [109] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Beschlussprotokoll vom 24.4.1987.
- [110] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben vom Leiter der Koordinations- und Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenfragen an GGG, z. H. Jacqueline Schmid, 12.6.1987.
- [111] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben vom Vorsteher und Delegierten der GGG an den Vorsteher des Sanitätsdepartements vom 24.6.1987.
- [112] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben des Regierungsrats an die GGG vom 15.10.1987.
- [113] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG, Beschlussprotokoll vom 3.6.1988.
- [114] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben der GGG an die Arbeitsgruppe Neue Aktivität der GGG vom 12.7.1988: Gemeinsame Stellungnahme zur Frage «Wie weiter?» gemäss Protokoll der Besprechung vom 21.6.1988.
- [115] Ebenda.
- [116] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben des Jugendamtes an die Arbeitsgruppe vom 1.11.1988.
- [117] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben von O. Karli an die Arbeitsgruppe «Neue Aktivität der GGG» vom 2.2.1989.
- [118] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Schreiben der GGG-Stiftung für das Gesundheitswesen an die ZLV vom 31.5.1989.
- [119] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Projektphase, Protokoll vom 12.6.1989.
- [120] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Liquidation, Bericht des Leiters vom 14.4.1991.
- [121] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Basler Zeitung, 24.9.1991: Die GGG schliesst das Krankenzimmer, und Jahresbericht der GGG von 1991, S. 1.
- [122] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Liquidation, Schreiben des Kantonsarztes vom 6.12.1991.
- [123] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Liquidation, Schreiben einer Benutzerin vom Dez. 1991.
- [124] GGG-Archiv: 53 Krankenzimmer für Obdachlose: Liquidation, Schreiben des Vereins für Gefangenenbetreuung und Gefährdetenhilfe an die GGG vom 11.1.1992 und Jahresbericht der GGG von 1991, S. 1.
- [125] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Schreiben von Otto Stocker an die GGG vom 6.6.1913.
- [126] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Schreiben der GGG an Otto Stocker vom 1.2.1914.
- [127] StABS: PA 146 Blaubuch von 1918, Jahresbericht, S. 218.
- [128] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Schreiben des Vereinspräsidenten an die GGG vom 19.6.1918.
- [129] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Vgl. Prospekt von ca. 1960.
- [130] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Vgl. Aufnahmekriterien von 1976.
- [131] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Mitteilung an die GGG vom Oktober 1989.
- [132] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Schreiben des Zentralsekretärs Niggi Merz an die Sozialpädagogischen Wohngruppen vom 5.2.1991.
- [133] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Schreiben von Niggi Merz an Vorsteher A. Fischer vom 24.4. und Schreiben von A. Fischer an N. Merz vom 3.5.1991.
- [134] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Schreiben des Heimleiters an die GGG vom 14.2.1991.
- [135] StABS: PA 146 P 21 Lehlingsheim: Protokoll der Mitgliederversammlung des Vereins Basler Lehlingsheim vom 3.7.1996.
- [136] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1997: letzte Erwähnung, Karpfenweg 15, Sozialpädagogische Wohngruppen Basel, Verein Basler Lehlingsheim C (1917): Aufnahme von Jugendlichen nach Schulabschluss, die aus sozialen Gründen nicht bei ihren Eltern wohnen können. Adresse des GGG-Delegierten, S. 51.
- [137] StABS: PA 146 P 27: Verein Basler Lehtöchterheim, Jahresbericht von 1931, S. 6.
- [138] StABS: PA 146 P 27: Verein Basler Lehtöchterheim, Jahresbericht von 1930, S. 3.
- [139] StABS: PA 146 P 27: Verein Basler Lehtöchterheim, Jahresbericht von 1931, S. 13.
- [140] StABS: Vereine und Gesellschaften E 28: Verein Basler Lehtöchterheim: Bericht des Departements des Innern an den Regierungsrat vom 6.10.1931.
- [141] StABS: Vereine und Gesellschaften E 28: Verein Basler Lehtöchterheim: Bericht des Departements des Innern an den Regierungsrat vom 6.10.1931, Regierungsratsbeschluss vom 27.10.1931.
- [142] StABS: PA 146, Blaubuch von 1934, S. 219.
- [143] StABS: PA 146 P 27: Verein Basler Lehtöchterheim, Jahresbericht von 1931, S. 7.
- [144] Für das Folgende vgl. Schürch, Franziska; Koellreuter, Isabel: Heiner Koechlin (1918–1996). Porträt eines Basler Anarchisten, Basel 2013, S. 51–58.
- [145] StABS: PA 146 Q 20, Vereinigung Ulme, Schreiben der GGG an Pfarrer Eduard Thurneysen vom 16.3.1936.
- [146] StABS: PA 146 Q 20, Vereinigung Ulme, Schreiben des Kassiers an den Vorsteher vom 3.6.1932.
- [147] StABS: PA 146 Q 20, Vereinigung Ulme, Schreiben der Ulme an den GGG-Delegierten vom 12.2.1942.
- [148] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1942, S. XX–XXII.
- [149] Nach Beginn des Ersten Weltkriegs erschienen in verschiedenen Zeitungen Aufrufe an die Eltern, Kinder von der Strasse zu holen und zu schützen, in: StABS: Erziehung B 59, 1914.
- [150] Vgl. für das Folgende Eugster, Timm: 60 Jahre Jugendarbeit – Chronik der Basler Freizeitaktion, in: INFO der BFA 10, Oktober 2003, S. 3–39.
- [151] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1950, S. 29.
- [152] Basler Chronik, www.baslerchronik.ch (7.5.2015). Basel feierte die im Jahre 44 v. Chr. erfolgte Gründung der Colonia Raureka durch Munatius Plancus. Zum Verwaltungsbezirk dieser Kolonie gehörte auch die römische Siedlung Basel.
- [153] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1956/57, S. 8.
- [154] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 10.10.1967.
- [155] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 10.10.1967.
- [156] Wie der Film aufgenommen wurde, geht aus den Akten nicht hervor.
- [157] GGG-Archiv: Protokolle der MV vom 1.7.1964.
- [158] Vgl. Eugster, 60 Jahre Jugendarbeit, S. 18.
- [159] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 14.1.1969.
- [160] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 13.1.1970.
- [161] Vgl. Webseite der Zürcher Gemeinschaftszentren <http://www.gz-zh.ch/?id=479> (12.5.2015).
- [162] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 1.4.1965.
- [163] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.9.1965.

[Anm.]
S. 152–
S. 168

- [164] Vgl. Tréfás, David: Die Kaserne in Basel. Der Bau und seine Geschichte, Basel 2012, S. 101.
- [165] Vgl. für das Folgende Braunschweig, Sabine: Vom Blaukreuzhaus zum Hotel Rochat, 1899–1999, Basel 1999, S. 11f.
- [166] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.5.1964.
- [167] GGG-Archiv: Vorstandsprotokolle vom 22.4., 20.5., 17.6. und MV vom 24.6.1965.
- [168] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 8. Ich danke Martin A. J. Steiner für seine Unterstützung bei diesem Unterkapitel.
- [169] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.2.1967.
- [170] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 8.3.1971.
- [171] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 31.8.1971, vgl. auch das Kapitel Krankenzimmer für Obdachlose in diesem Band.
- [172] GGG-Archiv: Vorstandsprotokolle vom 6.4. und 28.9.1971.
- [173] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 7.12.1971.
- [174] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 18.1.1972.
- [175] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 15.2.1972.
- [176] Weil sich die Beratungsstelle für Alkoholgefährdete neu neben dem Alkoholismus auch mit der Abhängigkeit von Medikamenten wie Saridon, Optalidon, Valium, Librium und Schlafmittel befasste änderte sie den Namen zu Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenprobleme.
- [177] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Schreiben der GGG an Regierungsrat Franz Hauser vom 10.3.1972.
- [178] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Bericht des Leiters der Sicherheitsabteilung des Polizei-Inspektorates Basel-Stadt vom 24.3.1972.
- [179] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 21.3.1972.
- [180] Vgl. für das Folgende StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Schreiben des Aktionskomitees für ein AJZ an die Bevölkerung vom Mai 1972.
- [181] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Anzug mit Dringlichkeit betr. AJZ mit Unterschriften von 18 GrossrätInnen, 7.6.1972.
- [182] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 28.9.1971.
- [183] StABS: PD-REG 4f 13–3 (1) 1 (Interpellationen) Kommunen 1971–72, Interpellation A. Lauper (NA) betr. Rowdytum in Basel und Inserat im Baslerstab, 15.9.1972, zahlreiche Leserbriefe in Zeitungen.
- [184] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Basler Nachrichten, 7.9.1972.
- [185] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Aktennotiz vom 9.1.1973 über «die Meinung der leitenden Köpfe im AJZ».
- [186] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Aktennotiz vom 9.10.1972 der Besprechung mit der GGG und dem Polizeidepartement.
- [187] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Schreiben des PD an die GGG vom 17.10.1972.
- [188] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Notiz der Besprechung vom 9.11.1972.
- [189] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, National-Zeitung, 22.11.1972, Polizeikontrolle im AJZ.
- [190] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Aktennotiz der Situation im AJZ vom 17.1.1973.
- [191] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, Protokoll vom 26.1.1973.
- [192] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 17.1.1973.
- [193] StABS: PD-REG 1c 2 (1) 764, AJZ, National-Zeitung, 3.4.1973.
- [194] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht von 1988, S. 2.
- [195] Vgl. für das Folgende Vuilleumier, Marc: Ausländer, in: HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D10384.php> (21.4.2016). Ich danke Robert Weller für seine Unterstützung.
- [196] Der Bericht «Das Problem der ausländischen Arbeitskräfte» erschien 1964, vgl. Skenderovic, Damir: Fremdenfeindlichkeit, in: HLS: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16529.php> (21.4.2016).
- [197] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 19.10.1961.
- [198] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 8.3.1962.
- [199] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 5.4.1962 und 27.6.1962.
- [200] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 14.2.1963.
- [201] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1963, S. 9.
- [202] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1963, S. 10.
- [203] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 1.7.1964.
- [204] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 8.
- [205] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1965, S. 11.
- [206] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 13.8.1968.
- [207] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1971, S. 11.
- [208] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1984, S. 14.
- [209] GGG-Archiv: Eleonore Wettstein, in: Informationen 1984.
- [210] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1991, S. 6.
- [211] Beschluss des Grossen Rats vom 10.12.2014: Nr. 14/50/14G (P141288): Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Ausländerberatung für die Jahre 2015–2017. Diesen Hinweis verdanke ich Robert Weller.
- [212] Vgl. GGG EINBLICK 19, Juni 2016, S. 3, S. 7f.
- [213] StABS: PA 146, Blaubuch von 1955/56, S. 10.
- [214] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Rundbrief vom März 1956.
- [215] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Ratschlag 5590.
- [216] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Einladung und Protokoll der Jahresversammlung vom 26.2.1957 im Hotel Baslerhof.
- [217] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Jahresbericht des Vereins von wohl 1958.
- [218] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: National-Zeitung, 25./26.5.1957.
- [219] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Der Ratschlag 5590 war dem Grossen Rat am 18.9.1959 zugestellt worden. Ein Protokoll der Debatte ohne Datum ist im Vereinsbestand erhalten.
- [220] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Schreiben von Präsidentin Elisabeth Schönmann-Hodel und Aktuarin Dorothee Rapp an Grossrat M. Bruckner, Präsident der Kommission zur Beratung des Ratschlages 5590 vom 30.10.1959.
- [221] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: National-Zeitung, 24.6.1960: sten.: Die GGG stimmt für Erhaltung der Frauenbade!
- [222] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Rechnung des Malermeisters W. Känzig vom 4.7.1960.
- [223] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Nationalzeitung vom 6.7.1960: Leserinnenbrief von Elisabeth Schönmann-Hodel.
- [224] StABS: PA 1161 a G: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Schreiben der Präsidentin Dorothea Herzog-Christ an die GGG-Kommission, an den Verein, an das Personal und die Winterabonnentinnen vom 18.4.1961.
- [225] StABS: PA 1161 a C: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Protokoll der Jahresversammlung vom 8.6.1964 im Restaurant Basler Kanne.
- [226] StABS: PA 1161 a C: Verein Frauenbadanstalt Pfalz: Protokoll der Jahresversammlung vom 18.6.1975 im Restaurant Safranzunft.
- [227] GGG-Archiv: Protokoll der Vorstandssitzung vom 3.10.1977.
- [228] GGG-Archiv: Protokoll der Vorstandssitzungen vom 18.2.1981 und 28.4.1981.
- [229] <http://www.lexfind.ch/dtah/114281/2/785.740.pdf> (29.4.2016).
- [230] StABS: PA 146 P 17, Schülergärten, Schreiben von Ernst König-Hagenbuch an die GGG vom 24.11.1909.
- [231] StABS: BD-REG 7a 4–2 (1) 14, Schülergärten, Vertrag vom 22.11.1910.
- [232] StABS: Erziehungsakten B 59, Schülergärten, Jahresbericht der Kommission für Schülergärten 1915.
- [233] Basler Nachrichten vom 15.11.1955.
- [234] Arioli setzte sich während drei Jahrzehnten für die städtische Flora Basels ein, organisierte 1954 im Gewerbemuseum eine Ausstellung zu Gärten in der Schweiz und war Mitautor der Publikation: Portmann, Adolf; Arioli, Richard: Gärten, Menschen, Spiele, Basel 1960 (Fotos von Paul und Esther Merkle).
- [235] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1959, S. 10.
- [236] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1960, S. 12.
- [237] Urban Agricultural Netz Basel, www.urbanagriculturebasel.ch (6.5.2015).

- [238] StABS: PA 146 P 25 Verein für Jugend-Herbergen (VJH), Brief von Max Bider, VJH, an die GGG vom 5.11.1925.
- [239] StABS: PA 146 P 25 VJH, Brief der GGG an den VJH vom 19.1.1926 und VJH an die GGG vom 2.2.1926.
- [240] StABS: PA 146 A 9 Vorstandsprotokoll vom 19.3.1926 und Protokoll der Allgemeinen Sitzung vom 26.3.1926.
- [241] StABS: PA 146 P 25 VJH, Bericht des Delegierten zum VJH Dr. Eduard Sieber vom 29.5.1926.
- [242] Vgl. für das Folgende: Grunder, Hans-Ulrich: Jugendherbergen, in: HLS, <http://www.hls-dhs-dss.ch> (4.5.2015).
- [243] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1931, S. 206.
- [244] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1935, S. XX–VII.
- [245] StABS: PA 146 P 25 VJH, Bericht des Delegierten zum VJH Dr. Eduard Sieber vom 26.4.1940.
- [246] Tz: Umstrittene Jugi-Fusion, in: Arbeiter-Zeitung, 27.8.1982.
- [247] Muschter, Musikleben in Basel. Ich danke Thomas Nidecker und Anita Treml für ihre Unterstützung.
- [248] Vgl. für das Folgende 10 Jahre basel sinfonietta, hg. basel sinfonietta, Basel o.J. [1990].
- [249] Braunschweig, Sabine: Zwischen Kunst und Arbeit. 100 Jahre Schweizerischer Musikerverband, 1914–2014, Zürich 2014.
- [250] GGG-Archiv: Brief der basel sinfonietta an die GGG, 6.10.1992.
- [251] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 20.10.1993.
- [252] Ebenda.
- [253] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 15.6.1994.
- [254] Vgl. Janner, GGG 1777–1914, S. 386ff.
- [255] Spiess, Otto: Die Anfänge der Patria, Basel 1953 (Separatdruck aus der Festschrift zum 75jährigen Jubiläum der PATRIA), S. 30.
- [256] Vgl. Patria, Schweizerische Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit (Hg.): Patria–1878–1978: Panorama eines Jahrhunderts Lebensversicherung, Basel 1978, S. 59. Verwaltungsratspräsident war von 1920 bis zu seinem Tod 1935 Bankdirektor Christian Buchmann, ehemaliges Vorstandsmitglied der GGG.
- [257] 1938 übergab die Patria das Gebäude der Zinsertragenden Ersparniskasse ZEK, vgl. Kapitel YY in diesem Band.
- [258] StABS: PA 146 S 6,3 Patria: Schreiber der GGG an Patria vom 20.6.1936.
- [259] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 3.12.1964.
- [260] GGG-Archiv: Vorstandsprotokolle vom 10.9.1968, 24.6.1969 und 3.2.1970.
- [261] GGG-Archiv: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 10.6.1970.
- [262] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 29.9.1970.
- [263] GGG-Archiv: Vorstandsprotokoll vom 4.11.1970.
- [264] GGG-Archiv: Jahresbericht der GGG von 2002, S. 101.
- [265] Vgl. Barth, «Ungesunde Lesewuth», Hungerbühler, Eine Schule macht Schule, und Janner, Sara: Mögen sie Vereine bilden....: Frauen und Frauenvereine in Basel im 19. Jahrhundert, Basel 1995 (173. Neujaahrsblatt der GGG).
- [266] StABS: PA 146 Z 1, Jahresbericht der GGG von 1984, S. 2.

